Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Preis: 2 Euro

LOTTA

antifaschistische Zeitung aus NRW

Nr. 11
Winter 2002/2003

www.free.de/lotta

RechtsRock - Begleitmusik zu Mord und Totschlag

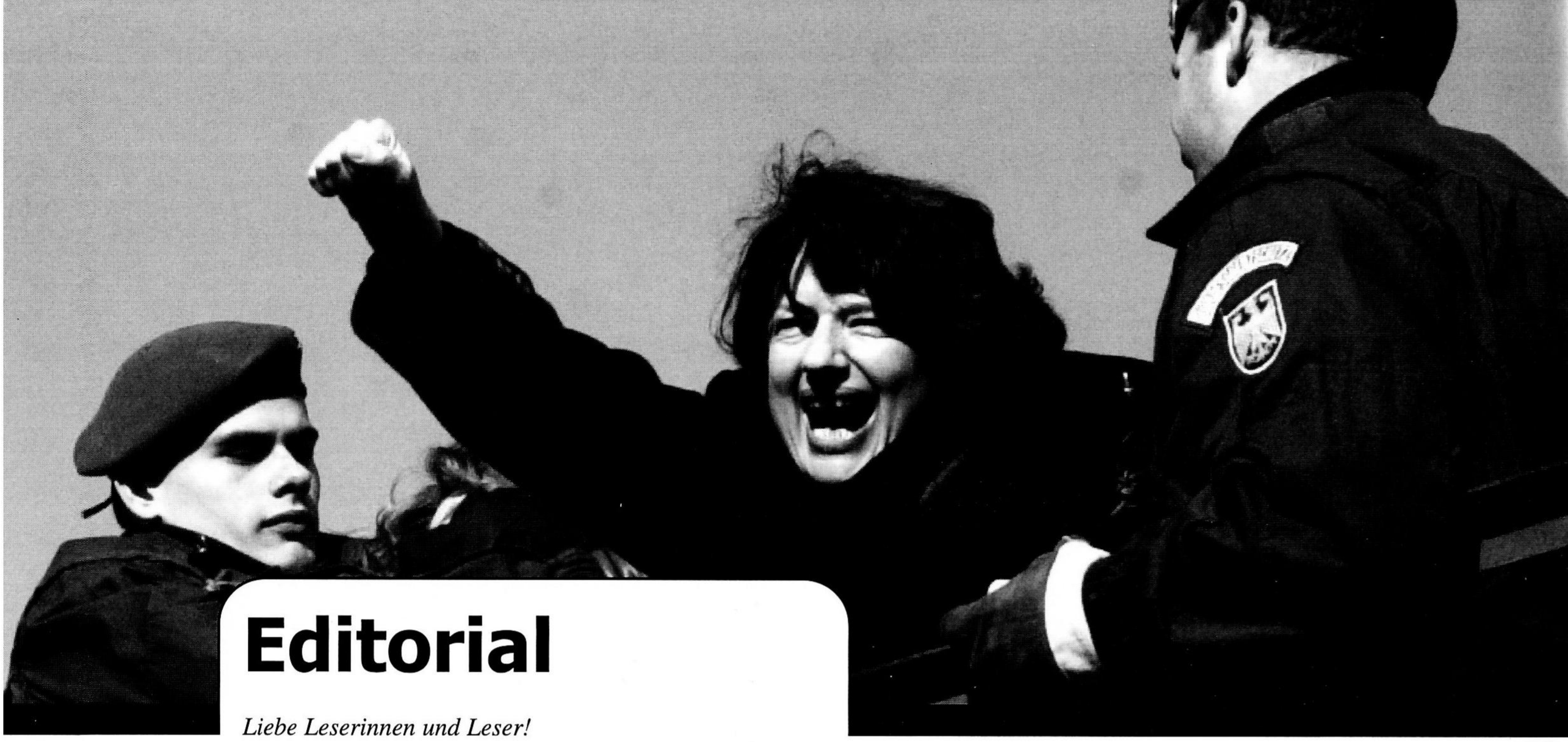
11 Seiten Schwerpunktthema

Die sogenannten Vertriebenen

Grundlagenwissen über den völkischen Imperialismus der "Vertriebenen"

Lokalbericht Köln

Organisierter Neonazismus in der Domstadt



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Zunächst einmal wünschen wir allen unseren Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches Jahr 2003. Während Ihr unter dem Weihnachtsbaum wertvolle Geschenke aus liebevoll gefalteter Geschenkfolie geblättert habt, um Euch anschliessend an reichstreuen Mastgänsen oder deren Verwandten aus Tofu zu erfreuen, haben wir bereits strebsam und fleissig an dieser Ausgabe gebastelt.

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist das Thema RechsRock. Rechte Musik ist in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten, vielleicht sogar zu *dem* wichtigsten Ideologieträger der extremen Rechten geworden. Und dabei spielt der Musikstil lediglich eine untergeordnete Rolle. Von klassischen Skinhead-RechtsRock über Schlager, Liedermacher und Volksmusik bis hin zu Dark Wave, Metal, Hip-Hop, Punk und Techno: Kein Musikstill bleibt unberührt. Wir sehen diesen Schwerpunkt als unseren Beitrag zur anlaufenden Kampagne gegen RechstRock "We will rock you - tour 2002. Kein Raum der Nazi-Musik!" von antifaschistischen Gruppen aus NRW (*siehe www.antifa-nrw.de*), der wir hiermit viel Erfolg wünschen.

Bedanken möchten wir uns dieses mal insbesondere bei unseren Schwerpunktautoren Christian Dornbusch und Jan Raabe, deren kürzlich erschienenes Buch "Rechts-Rock" (erschienen Ende 2002 in Münster) wir hiermit wärmstens empfehlen möchten.

Schwerpunkt unseren nächsten Ausgabe wird das Thema Antisemitismus sein. *Redaktionsschluss ist der 3. März.*

Eure LOTTA-Redaktion

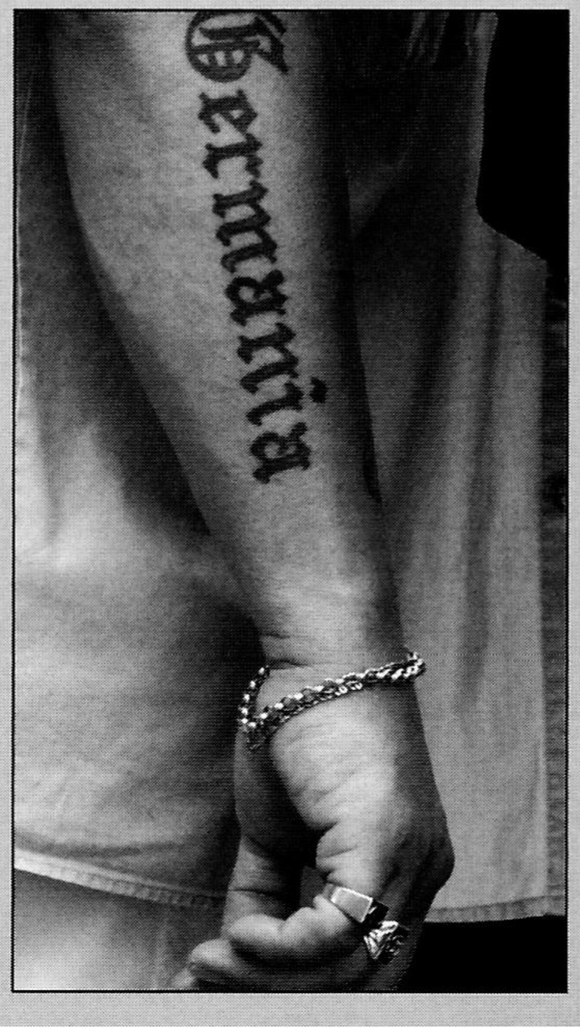
Errata

In der letzten Ausgabe hat sich ein kleiner dummer Fehler eingeschlichen. Auf Seite 25 wurde der Vorname des Stolberger Ratsmitglieds Willibert Kunkel (Ex DVU, heute NPD) in der Bildunterschrift versehentlich mit "Willibald" angegeben. Wir bitten um Nachsicht.

Preisrätsel

Zunächst einmal zur Auflösung der Preisfrage in der letzten Ausgabe: Der gesuchte Nazi, der die zitierten Worte mit doitschen Tränen in den Augen sprach, war der Führer der "Freien Kameradschaften", Christian Worch, persönlich. Anlass: Der Auftritt der Band "Oidoxie" auf der neonazistischen Demonstration am 20. Juli 2002 in Soest. Die Gewinnerin wurde von uns benachrichtigt.

Neues Spiel – Neues Glück: Welchem Nazi gehört der auf dem Bild mit allen Finessen des Schmuck-Designs und der Tätowierkunst ausgestatteter Unterarm? Einsendungen bitte bis 1. März 2003 an lotta@koma.free.de. **Preis:** Ein Exemplar des neuen Standardwerkes "RechtsRock" von Dornbusch / Raabe. Bei mehreren richtigen Einsendungen entscheidet das Los.



Inhalt

Gesellschaft

Der große Wurf 4
Den Arbeitslosen geht es an den Kragen

Schwerpunkt

Der rechte Sound bestimmt 6

szene

18

nzone

24

27

28

dlagen

30

32

Schwerpunkt: RechtsRock

Extrem rechte Musik- und Jugendkultur geht heute nicht mehr zwangsläufig mit Glatze, Bomberjacke und Schnürstiefel einher. Was vor zwanzig Jahren in und aus der Skinhead-Szene als eine neue völkische und rassistische Jugendszene entstand, hat sich vor zehn Jahren etabliert und seitdem ausdifferenziert.

ab Seite 6

Grundlagen: "Vertriebenenverbände"

In dieser Ausgabe werden die "Vertriebenen", die historischen Hintergründe ihrer vermeintlichen Vertreibung und das politisches Wirken der "Vertriebenenverbände" unter die Lupe genommen.

Seite 32

(Anti)Rassismus

Roma erkämpfen "Wintererlass" 36

Linke Debatte

Bilder - Slogans - Revolution 37
Oder: eine kleine Plakatrevue

Repression

Kurzberichte 40
Repression in Wuppertal | Geldstrafe für Antifaschisten | VVN-BdA bittet um Solidarität

Rezension

Fear of a Kanak Planet
HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap 41

RechtsSprecher Ronald Schill 42

Von Karl Slegne

Der große Wurf

Den Arbeitslosen geht es an den Kragen

Als sich vor einem Jahr herausstellte, dass die Bundesregierung ihr Versprechen, die Arbeitslosenzahlen deutlich zu reduzieren, nicht einlösen konnte, wurde der VW-Personalvorstand Peter Hartz engagiert, der mit der Propagierung eines Konzepts zur radikalen Umwandlung des Arbeitsmarktes die Chancen auf einen Wahlsieg von SPD und Grünen erheblich verbessern sollte. "Der große Wurf", wie die SPD das Konzept bezeichnete, erzielte tatsächlich – neben der staatsmännischen Betreuung der Flutkatastrophe in den östlichen Bundesländern – die erwünschte Wirkung im Hinblick auf Mobilisierung der Wählermassen zu Gunsten der Regierung.

Denn dem gefügigen Wahlvolk leuchtet ein: Staatsmännisches Handeln zeichnet sich durch Konsequenz aus. Und das hat der Kanzler bewiesen, einmal durch seine penetrante Präsenz bei den Opfern der Flut und zum anderen in seiner Entschlossenheit, die Arbeitslosen ihrer Bestimmung zuzuführen, für das Kapital kostengünstig den Buckel krumm zu machen.

Zwar sind die grundsätzlichen Überlegungen der Reform des Arbeitsmarktes nichts Neues. Schließlich rühmten sich die Arbeitsminister vergangener Jahre immer damit, man habe genug Mittel in der Hand, den Arbeitslosen Feuer unter dem Hintern zu machen. Dennoch ist es die Leistung von Peter Hartz, der bei seinem Arbeitgeber VW bewiesen hat, wie man Proleten effektiv für die Geldvermehrung einsetzen kann, ein revolutionäres Konzept aus einem Guss vorzustellen, das mit den Mitteln des Zwangs und der Erpressung die aussortierte Arbeitnehmerschaft dem Kapital zur Verfügung stellt.

Nun die Maßnahmen im Einzelnen:

1. Wurf: Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialämtern

Zunächst wird die arbeitslose Menschheit in zwei Kategorien geteilt: Erwerbsfähige und nicht Erwerbsfähige. Letztere landen wie bisher bei der Sozialhilfe, der Rest hat dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Durch diesen Dreh werden laut Frankfurter Rundschau vom 12.8.02 "600.000 bis 900.000 erwerbsfähige Empfänger von Sozialhilfe in das System der Arbeitsverwaltung integriert".

An Zahlungen sieht das Hartz-Konzept drei Abstufungen vor: Das Arbeitslosengeld I, das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld. Wobei das Arbeitslosengeld II der bisherigen Arbeitslosenhilfe entspricht mit der Einschränkung, dass dieses sich nicht mehr an einem ehemals gezahlten Lohn, sondern an der Bedürftigkeit des Arbeitslosen orientiert: also quasi die Rückstufung auf das Niveau des Sozialhilfeempfängers.

2. Wurf: Das Job-Center

Erste Anlaufstelle für von Kündigung betroffene Arbeitnehmer ist das Job-Center. Hier haben sie sich vorzustellen, wenn ihnen der Rausschmiss bekannt wird. Zwar kann sich der zukünftige Arbeitslose noch selbst nach geeigneten Stellen umschauen, darf aber unter Androhung von Leistungskürzungen einen vom Job-Center angebotenen zumutbaren Job nicht ablehnen. Was zumutbar ist, bestimmt das Gesetz. Und da hat sich die Hartz-Kommission in Sachen schlechterer Bezahlung und größerer Flexibilität nicht lumpen lassen. Außerdem hat der Arbeitslose die Beweispflicht, dass er die eventuelle Nichtvermittlung nicht verschuldet hat.

3. Wurf: Die Personal-Service-Agenturen (PSA)

Hat die "Quick-Vermittlung" nicht geklappt, wird der Arbeitslose nach sechs Monaten der PSA, dem Herzstück der Reform, überstellt. Diese arbeitet wie eine Zeitarbeits-

firma. Sie übernimmt den bisher nicht zu Vermittelnden in ein arbeitsrechtliches Verhältnis und tritt so in der Rechtsposition des Arbeitgebers dem Arbeitslosen mit allen Konsequenzen des Arbeitsrechtes gegenüber. Falls es zu einer Vermittlung kommt, erhält der Leiharbeiter in der Probezeit einen Lohn in Höhe des Arbeitslosengeldes, anschließend einen tariflich vereinbarten PSA-Lohn. Der soll sich zwar am Lohn der Stammarbeiter orientieren, jedoch fallen grundsätzlich die außertariflichen Zulagen weg. Das bedeutet, dass "Leiharbeitskräfte im Westen fast 40 Prozent weniger als ihre fest angestellten Kollegen" verdienen (*Jungle World, 27.11.02*).

Da die PSA in der ersten Zeit einen Lohnzuschuss bis zu 100 % übernimmt, die Leih-Arbeitgeber von der Zahlung der Sozialabgaben befreit sind und jederzeit den Leiharbeiter rausschmeißen können, werden die Arbeitslosen den Unternehmern zu unschlagbar günstigen Konditionen als beliebige Manövriermasse offeriert.

Falls der Arbeitslose die ihm vermittelte Arbeitsstelle ablehnt, gelten auch hier die Regelungen der Leistungskürzungen.

In diesem Zusammenhang muss man der Hartz-Kommission auch mal ein Kompliment aussprechen: Auf eine solche Idee – auch angesichts von ein paar Millionen Arbeitslosen – ist wirklich noch niemand gekommen! Es gilt, einen Arbeitsdienst in einer Wirtschaft zu organisieren, in der Rentabilität der Arbeit das oberste Gebot ist.

4. Wurf: Die Ich-AG / Familien-AG

Durchaus sympathisch verhält sich die Hartz-Kommission der Schwarzarbeit gegenüber – mit der kleinen Ausnahme, dass hier dem Staat die ihm zustehenden Steuern entgehen. Darum soll dieser Bereich legalisiert werden. Denn der volkswirtschaftliche Nutzen dieser billigen Ein-Mann-Selbstverleiherfirmen ist unbestreitbar: Es wird Arbeit abgeliefert zu Konditionen, die sich im Vergleich zu denen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt gelten, sehen lassen können. Diese "Selbstständigen" sollen sich in Zukunft vor allem in Privathaushalten oder kleineren Betrieben tummeln, wo sie bis zu einem Verhältnis von 1:1 zu den regulären Arbeitskräften eingesetzt werden können.

5. Der Rest

Wie es sich für einen großen Wurf gehört, hat die Hartz-Kommission sich auch noch Gedanken über die Verwendbarkeit der Menschen jenseits der midlife-crisis gemacht. Sichere Arbeitsverhältnisse gibt es auch für diese Klientel des Arbeitsmarktes nicht mehr, dafür darf man aber eine Versicherung abschließen, die den drohenden Verdienstausfall abdecken soll.

Für die jungen Berufsanfänger hat Herr Hartz einen hübschen Tipp fürs nächste Weihnachtsgeschenk: das Ausbildungszeitwertpapier. Mittels einer Ausbildungsversicherung können in Zukunft Oma und Opa die Ausbildung ihres Enkels selbst bezahlen.

Natürlich kosten Arbeitsplätze auch viel Geld. Das soll in Zukunft der Arbeitnehmer als Dank für die Überlassung desselbigen selbst mitbringen. Mit einem Kreditgutschein in Höhe von etwa 75.000 Euro in der Hand stellt sich der Arbeitnehmer bei seinem neuen Arbeitgeber vor. Da bekanntlich Arbeit das höchste Gut für Proleten in unserer Gesellschaft ist, dürfen sie sich schließlich an der Tilgung des Kredits selbst beteiligen.

Fazit

Eigentlich ist es eine phantastische Sache, in einer Gesellschaft zu leben, in der im Überfluss produziert wird und 10 Prozent keinen Handschlag dafür zu tun brauchen. Dumm ist nur, dass dieser Teil der Bevölkerung an den Fortschritten in der gesellschaftlichen Produktion nicht partizipieren kann. Nicht arbeiten zu dürfen, ist also in unserer Gesellschaft kein Glück, sondern ein Pech.

Der Zweck der kapitalistischen Produktion ist nicht die Versorgung der Menschen mit den notwendigen Gütern, sondern die Geldvermehrung, von der der Prolet ausgeschlossen ist, weil er eben Mittel zu diesem Zweck ist. So wird die einfache Tatsache, dass die Arbeitslosen arm sind, weil ihnen die Mittel fehlen, einigermaßen anständig über die Runden zu kommen, in dem Sinne verkehrt, dass man behauptet, ihnen fehle es an Arbeit. Darauf zielt das Konzept des Herrn Hartz ab: Damit mehr Menschen in den Genuss von Arbeit kommen, müssen die Ausbeutungsbedingungen verschärft werden – und muss ihre materielle Lage verschlechtert werden. Die Vernutzung der Arbeitskraft soll schließlich für den Unternehmer attraktiv sein.

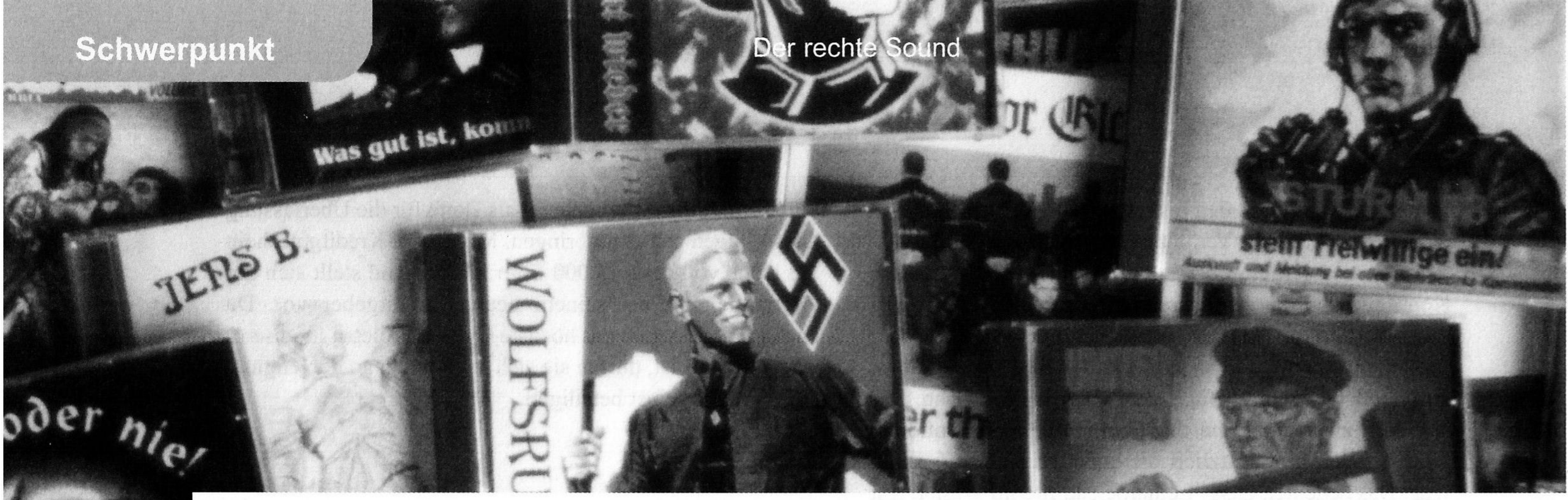
Zur geplanten Ausweitung der Mini-Jobs - darum hat sich Peter Hartz natürlich auch gekümmert - meldete am 17.12. der ARD-Videotext, der Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA, Fischer, habe von einem "sensationellen Weihnachtsgeschenk" gesprochen. Genau so hat sich die Hartz-Kommission die Umsetzung ihres Konzepts gedacht.

Lesetipps:

Der ‚große Wurf' der Hartz-Kommission.
Das neue Arbeitsamt: vermarkten statt vermitteln
in Gegenstandpunkt 3-02, München 2002-12-17
http://www.gegenstandpunkt.com/gs/02/3/hartz-x.htm

Der Bericht der Hartz-Kommission
http://www.bma.bund.de/download/Hartz-Kommission/Bericht_gesamt.pdf

http://www.bma.bund.de/download/Hartz-Kommission/Bericht-Kurzfassung.pdf



Von Christian Dornbusch

Der rechte Sound bestimmt den Kampf um Nation & Alltag

Extrem rechte Musik- und Jugendkultur geht heute nicht mehr zwangsläufig mit Glatze, Bomberjacke und Schnürstiefeln einher. Was vor zwanzig Jahren in und aus der Skinhead-Szene als eine neue völkische und rassistische Jugendszene entstand, hat sich vor zehn Jahren etabliert und seitdem ausdifferenziert. Längst schon existieren nicht mehr nur Skinhead-Bands, die extrem rechten Sound fabrizieren, sondern auch im Heavy Metal bzw. Black Metal setzen Gruppen auf extremen Antisemitismus und die Verherrlichung des Nationalsozialismus. Unter die melancholischen Töne der Schwarzen Szene mischten sich unterdessen braune Melodien und selbst in der Tekkno-Szene, die aufgrund mangelnder Liedtexte kaum Möglichkeiten bietet, ideologische Inhalte über das gesungene Worte zu transportieren, etablierte sich in Teilen des Gabber ein extrem rechter Bodensatz. Doch Ausdifferenzierung bedeutet nicht, dass sich altbekannte Rechts-Rocker neuen Stilen zuwandten. Vielmehr wurden in den einzelnen Szenen, ob im Black Metal, Dark Wave oder Gabber, neue Bands oder Projekte von Fans der Musik gegründet, um so ihrem eigenen, rechten Selbstverständnis Ausdruck zu verleihen. Um sie schart sich jeweils ein eigener Kreis von "Kameraden" und Fans, die mitsamt den Bands quasi eine Szene in der Szene bilden. Diese verschiedenen extrem rechten Ränder aber formieren sich nicht als eine szenenübergreifende 'Gegenkultur' - dafür stellt das jeweilige Selbstverständnis und Auftreten eine Hürde gegenüber den anderen dar. Der adrette, sich intellektuell gebende Hörer neofolkloristischer Bands wie "Orplid" oder "Von Thronstahl" hat wenig gemein mit dem etwas grobschlächtigen und prolligen "Landser"-Fan oder dem langhaarigen Schwarzmetall'er, auf dessen Kutte ein großer "Burzum"-Patch prangt. Neben dem unterschiedlichen Habitus kommt hinzu, dass ihre politischen Vorstellungen, obwohl sie alle auf der extremen Rechten angesiedelt sind, sich an wesentlichen Punkten unterscheiden und auch hier eine Zusammenarbeit bzw. ein gemeinsames Miteinander erschweren. Denn während die Recken des 'klassischen' RechtsRock zumeist allgemein auf die extrem rechte Politik im Sinne des Nationalsozialismus setzen, beschwören die Protagonisten des NS-Black-Metal vor allem dessen arische 'Herrenmenschen'-Ideologie samt seinem Vernichtungsgedanken. Die rechten Dark-Waver beziehen sich indes auf Literaten und Vordenker der so genannten Konservativen Revolution, auf Männer wie **Jünger**, **Spengler** oder **von Salomon** oder auf Theoretiker der "Nouvelle Droite", wie **Alain Benoist**.

Skinhead-RechtsRock

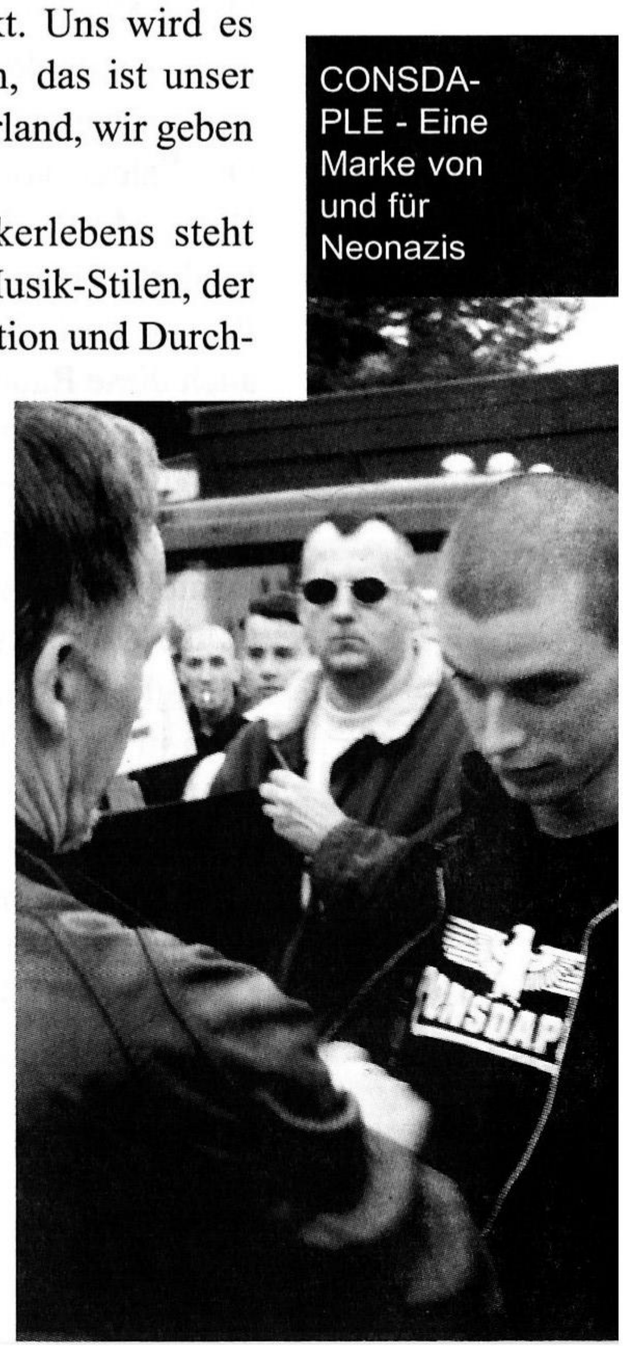
"Sturmwehr", "Offensive", "Weisse Wölfe", "Ruhrstörung", "Barkings Dogs", "Body Checks", "Rheinwacht", "Reichswehr", "Eskil", "Starkstrom", "Boots of hate", "Oidoxie" - sind nur einige Namen nordrhein-westfälischer RechtsRock-Bands, in denen vorwiegend Skinheads spielen. Schwierig ist es jedoch, die Musik als rechten Skinhead-Rock zu bezeichnen. Denn vom frühen Street-Punk bzw. Oi sind diese Bands weit entfernt. Ihre Musik ist vor allem irgendwie Hardrock mit einer Prise Punk - kehliger, röhrender Gesang, harte Gitarren mit einem treibendem Schlagzeug und das alles etwas amateurhaft inszeniert. In den letzten Jahren hat die Musik verschiedene andere Stile integriert. Während nunmehr einige Bands mehr auf Balladen setzen, wie zum Beispiel die Mülheimer Band "Reviermacht", bauen Gruppen wie "Oidoxie" aus Dortmund dagegen mehr auf Geschwindigkeit und Härte. Der Hatecore-Stil US-amerikanischer Bands wie "Intimidation One" läßt grüßen. Bundesweit ist zurzeit davon auszugehen, dass ca. 120 aktive Bands dieses Genres existieren. Die meisten kommen aus dem bevölkerungsstärksten Bundesland und eben nicht aus Sachsen oder Brandenburg. Beim medialen Hype um die 'Nazis im Osten' gerät, zumindest in bürgerlichen Medien, häufig genug eben dies in Vergessenheit, ebenso wie die Tatsache, dass auch maßgebliche Teile der Szene-Infrastruktur in den alten Bundesländern angesiedelt sind. Aber die Anzahl der Bands sagt nichts über ihre Qualität

aus. Während sich so mache Band mit drei Akkorden durch zehn Lieder auf einer CD spielt, sind Gruppen wie "Landser" (Berlin), "Oidoxie", "Kraftschlag" (Kellinghusen, Schleswig-Holstein), "Race War" (Schwäbisch-Gmünd, Ba.Wü) oder die "Weisse Wölfe" (Arnsberg) eher Ausnahmen. Neben den extremen Texten hebt ihr musikalisches Können sie vom Rest ab – auch wenn es, gemessen an Bands aus dem linken Punk oder Hardcore noch nicht famos ist. Die Texte dieser Bands sind im übrigen durchgängig politisch geprägt und beziehen politisch Stellung. Hier liegt wohl der wesentlichste Unterschied zu extrem rechten Dark-Wave- oder Black-Metal-Bands, die vielmehr auf mythische, esoterische und okkulten Themen setzen. Die 'klassischen' RechtsRock-Gruppen singen über den Zustand der Demokratie, die sie als "Republik der Strolche" (Landser) deklassieren und bejammern ein ums andere Mal das 'deutsche Vaterland': "Was passiert nur mit Dir, Du mein schönes Vaterland. ... Es tut so weh zu sehen, was hier geschieht." (Offensive, Bonn). Verantwortlich für den von ihnen diagnostizierten Untergang Deutschlands sind Zuwanderung, die Demokratie als System, 'die' Linken und der vermeintliche 'nationale Selbsthass'. Die Misere nahm gleich 1945 ihren Ausgang, so die unterschwellige oder manchmal auch deutliche Botschaft in den Texten der Bands, als die Alliierten via Re-Education dem 'deutschen Volk' seinen Stolz nahmen: "Schon lange haben wir genug von dieser geheuchelten Demokratie und dem ganzen Volksbetrug. Mit erhobenen Zeigefinger, so bläuen sie uns ein: Jeder Deutsche ist ein Verbrecher, ein Mörder und ein Nazi-Schwein. Wo man auch hinsieht, stehen Mahndenkmäler rum. Dieser gottverdammte Judenstaat verkauft uns für dumm." (Weisse Wölfe). Im Umkehrschluß verherrlichen sie in ihren Liedern den Nationalsozialismus, die Wehrmacht, die Waffen-SS und deklarieren das imperialistische 'Dritte Reich' zum Friedensstaat, wenn sich Hitler-Stellvertreter **Rudolf Hess** in ihren Liedern aufschwingt nach England, um den Frieden zu bringen. Die Musik selbst, RechtsRock, ist ihr Medium, um ihre politischen Botschaften zu verbreiten: "Wir spielen Rechtsrock für's Vaterland" (Oidoxie).

Lifestyle & Lebenswelt

Doch RechtsRock ist mehr als nur ein verlesenes Flugblatt oder eine vertonte Parteirede. Die Bands des Genres etablieren um sich eine eigene Lebenswelt und prägen einen eigenen Lifestyle. Viele Mitglieder der 'klassischen' RechtsRock-Bands sind Skinheads, wie auch die Mannen von "Oidoxie" singen: "Rechtsrocker sind die Macht, kahlgeschoren und tätowiert." Entsprechend ist die Szene zum großen Teil geprägt vom Dresscode der Skinheads: Glatze bzw. sehr kurze Haare, Tätowierungen, Schnürstiefel, Polo-Hemden, Bomber- oder Armeejacken sowie Marken wie "Lonsdale" oder "Fred Perry". Doch dieses viele Jahre unisono bestehende Erscheinungsbild hat sich aufgelöst. Auf Demonstrationen traben nunmehr neben Kahlköpfen junge Männer mit Irokesenschnitt oder Langhaarige sowie Frauen mit kurzem als auch langem Haar. Die vorherige, vermeintliche Eindeutigkeit verliert sich und findet sich höchstens in den bevorzugten Bekleidungsmarken und T-Shirt-Motiven wieder. Nachdem die englische Firma "Lonsdale" vor einigen Jahren mehr auf den Mainstream und ein breiteres Käufersegment abzielte, wurden in Deutschland neue Marken entworfen, deren Schriftbild dem von "Lonsdale" angeglichen sind. Doch in politischer Hinsicht sind die neuen Kreationen offensiver. Während früher rechte Skinheads "Lonsdale" bevorzugten, da bei einer halb geöffneten Jacke die mittleren Buchstaben 'nsda' und damit ein Teil des Parteikürzels NSDAP zu sehen war, sind die neuen Marken eindeutig: "Masterrace" (also "Herrenrasse") oder "CONSDAPLE". Letztere beinhaltet so denn auch die komplette Kurzform der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" im Schriftzug: Andere Motive stammen hingegen aus der Hardcore- oder Skater-Szene, wie beispielsweise die schwarze Billiardkugel mit Feuerschweif. Einzig die aufgedruckte 28 anstatt der 8 deutet an, dass der Träger sich zum Neonazismus und zu "Blood & Honour " (B = 2. Buchstabe, H = 8. Buchstabe im Alphabet) bekennt. Dies sind nur Beispiele aus einer mittlerweile sehr umfassenden Palette an Lifestyle-Produkten, die es dem oder der Träger/in ermöglichen, je nach Fasson ein deutlich sichtbares Bekenntnis zur Schau zu tragen oder vielleicht lieber dezentere Varianten zu bevorzugen. Und so öffnet sich der RechtsRock und die damit verbundene extreme Rechte allen weißen Jugendlichen und Erwachsenen, die nicht Skinheads sind oder sein wollen. Egal, ob sie 'Normalos' sind, Punks, Skater, Metaller, Skinheads, Bündische oder gar auf HipHop schwören, was zählt ist das politische Bekenntnis. Attraktivität versucht die Szene auch aus ihrer Abgrenzung gegen Bürger und 'Spießer' zu ziehen, wenn die Bands in ihren Liedern ein ums andere mal damit kokettieren, dass sie es seien, die die Wahrheit verkünden und dafür verfolgt würden: "In ihren Augen bist Du rechtsradikal, nur weil Du anders denkst, sozial und national. Die Wahrheit wird bewußt von ihnen verdrängt, jeder Funke von Stolz im Lügensumpf ertränkt. Uns wird es immer geben, für die Freiheit zu streiten, das ist unser Leben. Nichts hält uns auf, deutsches Vaterland, wir geben Dich nicht auf." (Sleipnir, Gütersloh).

Im Mittelpunkt des kollektiven Musikerlebens steht beim RechtsRock, wie auch bei anderen Musik-Stilen, der gemeinsame Konzertbesuch. Die Organisation und Durchführung solcher Events verläuft zumeist klandestin. Zwar wissen jene, die sich in der Szene bewegen, meist schon einige Wochen vorher, dass ein Konzert irgendwo ansteht, doch genauere Informationen werden erst wenige Tage vor der Veranstaltung oder sogar erst am Tag selber bekannt gegeben. So soll verhindert werden, dass die Polizei oder antifaschistische Gruppen im Vorfeld erfahren, wo das Konzert stattfinden soll. Erst am Konzerttag selbst werden die Schleusungspunkte bekannt gegeben, über die Besucher zum Ort des



CONSDAPLE - Eine Marke von und für Neonazis

Geschehens gelangen können. Dieser Aufwand erinnert stark an Schnitzeljagden bei früheren Kindergeburtstagen. Allerdings besteht hier der Nervenkitzel nicht nur im Entdecken des 'Schatzes', sondern bereits die Suche nach ihm bzw. die Anreise zum Konzert, ist ein kleines Abenteuer. Und jedes ohne Probleme mit der Polizei oder der Antifa durchgeführte Konzert stärkt das Selbstbewußtsein, dem 'ZOG' ("Zionist Occupied Government", also "Zionistische besetzte Regierung"), sprich dem Staat, oder der 'roten Brut', sprich der Antifa, ein Schnippchen geschlagen zu haben. Dabei sind die Risiken des Besuches eines solchen Konzertes kalkulierbar. Wie Analysen solcher Veranstaltungen in den letzten Jahren zeigen, wird im schlimmsten Fall das Konzert abgesagt und der Besucher ist umsonst angereist oder das Konzert wird von der Polizei abgebrochen und aufgelöst. Dann 'droht' dem Besucher erfahrungsgemäß höchstens eine Personalienfeststellung.

Das Erleben solcher gemeinsamen Unternehmung, die abenteuerliche Anreise, das Gefühl von 'Feinden' umgeben zu sein, um dann doch mit den "Kameraden" zu feiern und 'seinen' Bands zu lauschen, macht einen wesentlichen Teil der extrem rechten Erlebniswelt aus. Auch neonazistische Aufmärsche, Geländewettkämpfe (Wehrsport) oder andere kollektive Freizeitaktivitäten gehören dazu. Es ist die Verbindung von Spaß, Abenteuer & Politik, die anspricht und fesselt und die das Gefühl von Gemeinschaft entstehen lässt.

Begleitet wird diese Szene von Fanzines, die aus der Szene für die Szene gefertigt werden. Ihr genauer Inhalt variiert nach Herkunft und Anliegen des Herausgeber bzw. Herausgeberkreises. Das in Hilden erstellte Magazin "Rock Nord" widmet sich ausschließlich dem RechtsRock - es werden Bands interviewt, von Konzerten berichtet, Neuerscheinungen rezensiert und Szenetratsch verbreitet. Die Palette vorgestellter Bands reicht dabei von rechten Black-Metal-, Dark-Wave bis zu Skinhead-Kapellen und Liedermachern á la Frank Rennicke. Das mittlerweile in Bottrop ansässige Heft "Der Förderturm" präsentiert zwar auch diese Bandbreite, doch von zentraler Bedeutung sind in dem Polit-Zine vor allem politische Artikel als auch solche zu Demonstrationen des selbst erkorenen 'Nationalen Widerstand'. Inhaltlich sind es gerade die Konzert- und Demonstrationsberichte sowie die häufig ausführlichen Grüße & Danksagungen, die dem Wir-Gefühl der Szene zuträglich sind. Gepflegt wird dieses 'Wir' im übrigen auch in Chat-Räumen und virtuellen Gästebüchern, wenn die 'Kameraden' über das vergangene Wochenende chatten, über neue CDs diskutieren oder sich über die alltäglichen Politik empören.

Was bei der Betrachtung von Bands, Lifestyle und Lebenswelt nicht vergessen werden darf, ist der finanzielle Aspekt. Die Herstellung von Fanzines bringt zwar, mit Ausnahme des "Rock Nord" und einiger weniger anderer semi-professionell erstellten Hefte, kaum etwas ein, doch beim Verkauf von CDs und Szenebekleidung wird viel Geld umgesetzt. Ein Beispiel in NRW ist derzeit **Marcel Ingignoli,** der das Label "Ohrwurm-Records" unterhält, die Bekleidungsmarken "Steelcap-Limited Skinwear", "Working Class Streetwear" und "Terror Kids" kreierte und die beiden Ladenlokale "Ranger Streetwear" in Enneptal-Milspe und "Attacke" in Gevelsberg führt (*siehe LOTTA Nr.10, S.23*). Politisches Engagement und Erwerbsarbeit fallen hier zusammen. Während Ingignoli wie auch einige andere in der extremen Rechten ihren Lebensunterhalt durch die Produktion und Verkauf von Rechts-Rock-CDs und Szene-Klamotten sichern, sorgen sie damit zugleich für die weitere Verbreitung und letztlich auch Etablierung extrem rechten Gedankenguts und eines rechten Lifestyle.

Zwischen Selbstverständnis und Instrumentalisierung

Jene, die an verschiedenen Ecken an der Verbreitung und Etablierung dieser extrem rechten Lebenswelt stricken, kommen häufig aus der RechtsRock-Szene und waren oder sind Skinheads. Andere, wie beispielsweise der frühere Inhaber des RechtsRock-Label und -Versandes "Diko" **Dieter Koch**, kommen aus den Strukturen der JN, NPD oder den 'Freien Kameradschaften'. Sie eint der 'Kampf um Deutschland', der wieder und wieder in den Liedern des RechtsRock propagiert wird: "Voran, voran, es ist soweit, die Schlacht beginnt, wir sind bereit. Die Heimat scheint in fremder Hand, doch wir leisten heftig Widerstand. Viel zu viele schauen einfach weg, wie das Vaterland versinkt im Dreck. Doch wir stehen hier und glauben daran, daß man hier noch etwas ändern kann." ("Reviermacht"). Seit Jahren stellen junge Männer zwischen 16 und 30 das Rekrutierungspotenzial für neonazistische Demonstrationen dar - die einen Teil ihrer von RechtsRock-Texten geprägten Lebenswelt bilden. Nachdem in den letzten Jahren kaum noch ein Verbot eines solchen Aufmarsches der gerichtlichen Prüfung standhielt, gerieten sie, zumindest aus antifaschistischer Perspektive, zum Alltag. Beinahe alle 14 Tage 'demonstriert' irgendwo in NRW der 'Nationale Widerstand'. Einzig die Konzerte sind nach wie vor von Verboten und Auflösungen durch die Polizei bedroht. Daraus zog **Christian Worch** im Herbst 2001 seine Schlüsse und formulierte das Ziel, zukünftig mehr Rechtssicherheit für die Organisation von Konzerten schaffen zu wollen: "Denn die meisten von Euch wissen wahrscheinlich, daß wir zwar nahezu jede Demo durchkriegen, aber Konzerte viel zu häufig noch immer von der Polizei hochgenommen und aufgelöst werden", heißt es in einem Schreiben von Worch an den Kameradenkreis. Die Strategie sieht in erster Instanz vor, zum Abschluss angemeldeter und genehmigter Demonstrationen eine Band auftreten zu lassen. "Je mehr öffentliche Auftritte von Szene-Bands wir - bei welchen Gelegenheiten auch immer - durchsetzen, desto schwerer wird es für die Behörden, bei Konzerten dann noch Repression

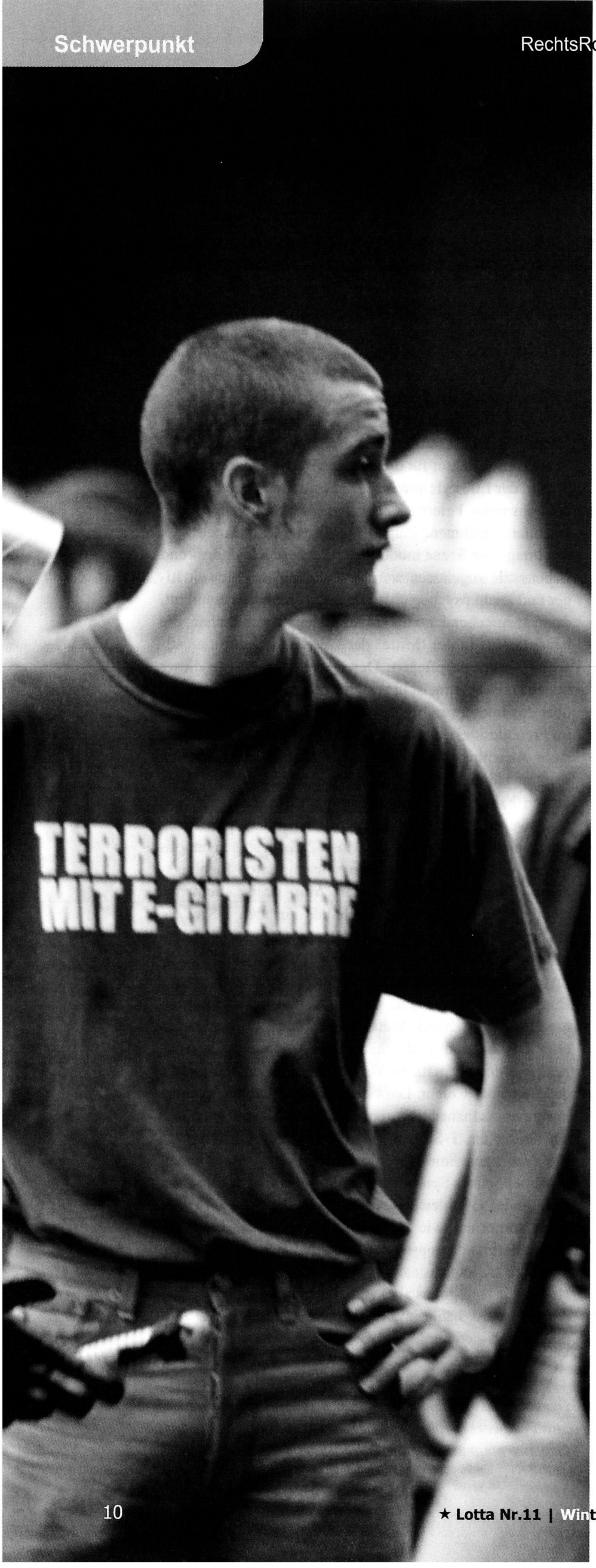
auszuüben", argumentiert er. Umgesetzt wurde das Konzept zuerst am 3. November 2001, als die Band "Oidoxie" auf einer Demonstration in Leipzig spielte. Auch auf den beiden weiteren Demonstrationen in Leipzig am 6. April und 8. Juni 2002 trat die Band auf - beim letzten Termin allerdings nur der Sänger der Band, **Marco Gottschalk**, begleitet von der Formation "Reichswehr". Auch in den alten Bundesländern setzte Worch an, das Konzept zum Wohlgefallen der Szene umzusetzen. Am 20. Juli marschierte der 'Nationale Widerstand' für "Meinungs- und Musikfreiheit auch für Nationalisten - gegen Konzertverbote" schließlich durch Soest. Bei der abschließenden Kundgebung trat erneut die "Oidoxie" auf. Erstaunlich ist dieses Engagement von Worch angesichts eines Interviews im Hamburger Sturm 1999, in dem er davon sprach, dass er seit dem 'Rock gegen Links'-Festival in Lübeck 1984 auf keinem Skinhead-Konzert mehr war. Zwei Jahre später aber avanciert er nun 'plötzlich' zum Protegé des RechtsRock. Offen bleibt, ob sein Enthusiasmus rein strategisch bedingt ist oder ob er sein Herz für diese Art Musik wieder entdeckt hat. Immerhin war er vor Ort, als in Witten am 5. Oktober ein von **Thorsten Heise** (Northeim) und Dortmunder Neonazis organisiertes Open-Air mit den US-amerikanischen Bands "Intimidation One", "Final War", "Max Resist", "Aggressive Force", "Aggravated Assault", "Barserker", "Extreme Hatred" und "Brigade M" stattfinden sollte. Das Konzert konnte nach Kündigung durch den Vermieter nicht durchgeführt werden (*siehe Konzertchronik in dieser Ausgabe*), doch konnte Heise als Ausweichort am nächsten Tag eine von **Robert Warnecke** angemietete Halle in Kirchseelte, Kreis Delmenhorst, anbieten. Auf verschiedenen Gästebüchern im Netz waren die Fans voll lobender Worte über das Konzert. Aber auch die NPD/JN wird zunehmend zum Mäzen des RechtsRock. Beim alljährlichen "Deutsche-Stimme-Pressefest" am 3. August diesen Jahres traten neben den Rednern und Diskutanten wie beispielsweise **Horst Mahler**, **Jürgen Schwab**, **Wolfram Nahrath**, **Friedhelm Busse**, **Peter Naumann**, **Meinolf Schönborn**, **Rolf Kosiek** sowie **Nick Griffin** von der "British National Party" (BNP) auch die Bands "Spreegeschwader" (Berlin) und Sleipnir sowie die Liedermacher Frank Rennicke (Ehningen), **Lars Hellmich** (Berlin) und **Jörg Hähnel** (Frankfurt/O.) auf. Am 31. August lud die Partei dann zum Friedensfest nach Ramstein unter dem Motto "Frieden in Deutschland - Ami go home" - mit dabei "Noie Werte" (Stuttgart) und "Brigade M" (NL). Und eine Woche später beim Benefizkonzert für "hochwassergeschädigte Kameraden" spielten "Spreegeschwader", "Sleipnir", "Selbststeller" (Riesa) und "Sturm & Drang" (Senftenberg) bei Riesa für die Partei auf.

Wer heute Erfolg haben möchte im extrem rechten Lager, kommt nicht an den RechtsRock-Bands vorbei. Sie sind, je nach Line-Up, Garant dafür, dass viele, vor allem junge Leute zu den Veranstaltungen kommen - und sie sind es, die die rechten Ideologen erreichen wollen. Der oft geäußerte Verdacht, die Kader jener neonazistischen Organisationen würden die Musik instrumentalisieren um die vermeintlich unschuldigen Hörer zu ködern, ist unbegründet. Denn Kader und Musiker wollen das gleiche, und selbst der unbedarfteste Hörer wird angesichts der Texte im RechtsRock daran keinen Zweifel hegen.

Freizeitspaß und politischer Kampf

RechtsRock ist mittlerweile der maßgebliche politische Sozialisationsfaktor für die extreme Rechte geworden. Die Musik, der Lifestyle sowie die präsentierte Lebenswelt aus gemeinsamen Feiern, Konzerten und Demonstrationen fasziniert zunehmend junge Erwachsene. Und je mehr sich das Image der Szene modernisiert, andere Kleidungs- und Lebensstile zugelassen werden und der Anteil gewalttätiger und leicht psychopathischer Nazi-Skinheads abnimmt, desto ansprechender wird sie für all jene Jugendlichen, die heute bereits in der 'Mitte' der Gesellschaft ihre rassistischen Vorurteile pflegen. Der erste 'Einstieg' zu dieser Szene verläuft zumeist über die Musik, die ohne Probleme über das Internet zu beschaffen ist oder häufig auch schon im Freundeskreis als Kopie von irgendwoher kursiert. Wer dann Anschluss finden möchte, dem bieten die lokalen rechten Cliquen oder Kader einen Anlaufpunkt. Unterdessen haben sich ehemals linke Musikszenen wie beispielsweise die des Hardcore zunehmend entpolitisiert. Bei schnellen Rhythmen und Mosh-Zirkeln stehen unpolitische Fans mittlerweile neben solchen, deren Lieblingsband "Blue Eyed Devils" oder "Max Resist" heißen – zwei neonazistische Vorzeigebands aus den USA, die Hatecore spielen. Auch in der Black-Metal-Szene fragen nur wenige nach dem politischen Standort ihrer 'Lieblinge' oder nach dem der Fans, auf deren Kutten große Burzum-Patches prangen. Und so treffen sich bei normalen Hardcore-, Black-Metal- oder Industrial-Konzerten oder Diskoabenden, die häufig in Autonomen Jugendzentren oder alternativen Veranstaltungsorten stattfinden, die Fans aller Coleur. Dass der eine dann vielleicht einen obskuren Aufnäher trägt, ein anderer dubiose Runen und ein Dritter ein T-Shirt mit dem Schriftzug einer rechten Band stört zunehmend weniger Menschen - keiner möchte schließlich als Spaßverderber dastehen. Der rechte Lifestyle findet so schleichend seine Akzeptanz und wird vielleicht so normal, wie es für manche schon ist, dass Neonazis allerorts demonstrieren, während sich über alles ein dumpfer Alltagsrassismus legt. Diesem scheinbaren Normalzustand gilt es aber zu begegnen. Was als 'normal' definiert wird, hängt immer auch davon ab, was als 'normal' zugelassen wird.

Der Autor ist zusammen mit Jan Raabe Herausgeber des Standardwerkes: RechtsRock, Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002, ISBN 3-89771-808-1



Von Jan Raabe

RechtsRock in

Geld, politische Strategie

Als 1984 die LP "Hail the new dawn" der englischen RechtsRock-Kultband "Skrewdriver" veröffentlicht wurde, geschah dieses auf dem Kölner Label "Rock-O-Rama" (ROR). Auch die ersten Veröffentlichungen deutscher RechtsRocker, wie "Tätowiert & Kahlgeschoren" der Moerser Band "Body Checks" oder die Kultplatte "Der nette Mann" der "Böhsen Onkels" erschienen dort. Es war der Kölner **Herbert Egold**, der sein Geld bisher durch den Handel und die Produktion von Punk-Rock- und Independent-Schallplatten verdient hatte und nun seine Vertriebsstruktur den Klängen des RechtsRock zur Verfügung stellte und diese gegen klingende Münze weltweit in Umlauf brachte. In NRW wurde RechtsRock ab Mitte der 80er Jahre jedoch nicht nur produziert, sondern auch eingespielt und konsumiert. Gerade im Ruhrgebiet gab es ab dieser Zeit eine sehr aktive rechte Skinheadszene. Mit den schon erwähnten "Body Checks" stammt eine der ältesten deutschen RechtsRock-Bands aus NRW. Auch einige zum Teil bundesweit bedeutende Fanzines wie das "Force of Hate" (1985-88) aus Oberhausen, welches sich vom Punk- zum RechtsRock-Magazin entwickelte, oder das "Oi! The Delirium" (1987-90) von **Stefan Spiller** ebenfalls aus Oberhausen waren Ausdruck dieser aktiven Szene. Sind die zuletzt genannten Zines eher Ausdruck einer subkulturell orientierten Szene, so politisierte der ab 1987 von **Andreas Zehnsdorf** herausgebebene "Querschläger" aus Essen im Sinne der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP). Hier fand sich schon sehr früh eine Mischung aus extrem rechten Inhalten, Musik und der Propaganda für neonazistische Organisationen. Auch eine andere Partei versuchte in NRW mit dem Rechts-Rock bzw. mit der ‚Ausstattung' der rechten Skinheadszene Geld zu verdienen und politischen Einfluß zu gewinnen. 1986 wurde der zur "Nationalistischen Front" (NF) gehörende "Klartext"-Versand und -Verlag gegründet. Die Ende 1992 verbotene Kadertruppe um **Meinolf Schönborn** aus Gütersloh, die Zentren in Bielefeld und dann in Detmold unterhielt, verdiente damit bis zu 120.000 DM jährlich. Mit dem Geld wurde neben dem eigenen Lebensunterhalt auch ein Großteil der Parteiarbeit finanziert. Die Kundendatei des "Klartext"-Versandes umfasste 1992 rund 7.600 Adressen. Diese wurden nicht nur mit den gängigen Produkten aus Tonträgern, "T-Hemden", Aufklebern und Modelbausätzen beliefert, sondern auch mit Propagandamaterial versorgt.

Den Produzenten des RechtsRock ging es nicht nur um politischen Einfluß, sondern auch um´s Geld. Finanzierte die NF über den Klartext-Versand noch ihre politischen Aktivitäten, so produzierte beispielsweise Herbert Egold die RechtsRock-Platten nicht aus Überzeugung, sondern um damit Geld zu verdienen. Ein Gemisch aus beidem liegt oder lag wohl den Aktivitäten des Düsseldorfers

Nordrhein-Westfalen

und immer mehr Konzerte

Torsten Lemmer zugrunde. Lemmers politische Kariere führte von der Jugendorganisation der FDP, über die REP-Abspaltung "Freiheitliche Volkspartei" (FVP) und einem kurzen Intermezzo bei den Kölner REPs zur Düsseldorfer REP-Abspaltung "Freie Wählergemeinschaft" (FWG), für die er als Fraktionsgeschäftsführer der Ratsfraktion und als Pressesprecher tätig war. 1992 stieg er in den Rechts-Rock-Markt ein und baute mit dem Label "Funny Sounds", der "Creative Zeiten" GmbH mit integrierten "Moderne Zeiten Vertrieb" (heute VGR, "Verlagsgemeinschaft Rheinland Multimedia GmbH" mit integriertem "Nordcore-Versand") und dem Zine "Moderne Zeiten", später in "Rock Nord" umgewandelt, das nach ROR bundesweit zweitgrösste RechstRock-Unternehmen auf. Als sonnenbankgebräunter "Schönling", der nach eigenem Bekunden lieber Rotwein "beim Italiener" als Bier trinkt, passt der heute angeblich nicht mehr RechtsRock-Geschäft tätige[1] Lemmer aber absolut nicht in die Szene. Sein strategisches Herangehen an selbige galt der Gewinnung von Einfluß und dem persönlichem Gewinn. Als solcher baute er in Kooperation mit dem in der Szene hoch geschätzten Andreas Zehnsdorf, ein ganzes Geflecht diverser Label und Verlage auf, welches hunderte von CD´s veröffentlichte und zigtausende davon verkaufte. Heute leitet Zehnsdorf das Unternehmen.

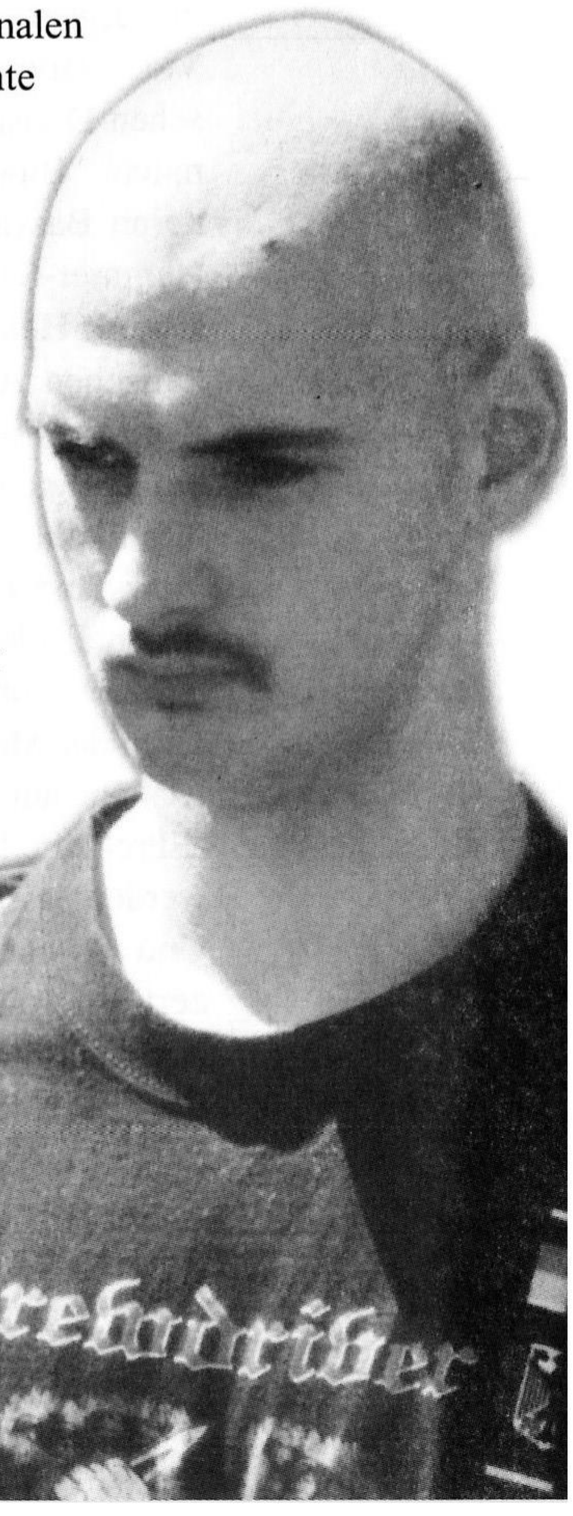
Neben Lemmer, Egold und Schönborn gab und gibt es in NRW eine ganze Reihe von bedeutenden Produzenten oder Vertreibern von RechtsRock, so den Kölner **Manfred Rouhs**, den Wuppertaler NPD´ler **Dieter Koch**, den Gevelsberger **Marcel Ingignoli** und viele mehr. Sie alle - ob nun selbst Teil der Szene oder nur Strategen - haben durch ihr Wirken die Verbreitung und Wirkung des RechtsRock erst ermöglicht, aus welchen Motiven auch immer.

Neue Dynamik - die letzten Jahre

Während gerade auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach 1989 die rechte Szene bommte und erste Großkonzerte mit über 1.000, später bis 2.000 Personen stattfanden, war es in NRW an der Konzertfront sehr ruhig. Lange Jahre fuhr man eher in den Osten, da dort weder Gegenwehr von einer antifaschistischen Szene noch Repression von Seiten der Polizei zu befürchten war. Die Situation dort hat sich in den letzten 2-3 Jahren aber verändert, zumindest was die Repression durch die Polizei anbetrifft. Diese löst inzwischen dort mindestens so häufig Konzerte auf wie im Westen. Unter anderem dieser Umstand hat zu einer Verlagerung der Konzerte geführt, die inzwischen mehr oder weniger gleichmäßig in ganz Deutschland verteilt stattfinden, seit Anfang 2001 auch verstärkt in NRW. Dieses aber allein auf eine verstärkte Repression im Osten zurückzuführen, wäre falsch. Organisiert und getragen werden die Konzerte, unter denen sich vereinzelt auch Großevents befanden (z.B. das Konzert am 16.3.2002 in Dortmund, *siehe Konzertchronik*) nämlich zumeist nicht von auswärtigen Kadern aus fernen Bundesländern, sondern von "Führungskameraden", Bands und anderen RechtsRock-Strukturen vor Ort. Die vielen kleineren Konzerte werden zudem nicht von einem von fern angereisten Publikum besucht, sondern von Szeneangehörigen aus dem lokalen und regionalem Umfeld. Vielerorts sind in NRW regionale Gruppen und Cliquen entstanden, aus diesen heraus sich Bands gebildet haben, Fanzines herausgegeben und nicht zuletzt Gewalttaten gegen Andersdenkende und anders Aussehende verübt werden.

Stach NRW über Jahre durch die besonders starke Konzentration der Infrastruktur des RechtsRock heraus, so hat sich in den letzten Jahren also hier auch wieder eine sehr aktive RechtsRock-Szene etabliert, welche die Politisierung und den lebensweltlichen Zusammenhalt organisiert. Dies ist allerdings nur teilweise direkt auf die hier angesiedelte Infrastruktur zurückzuführen. So kam es schon früh zu einem Bündnis von Politik und Kultur. So wurde z.B. aus dem langjährigen Führer der (FAP)-"Kameradschaft Recklinghausen" **Dieter Riefling** ein führender Aktivist der im Jahr 2000 verbotenen deutschen "Blood & Honour"-Division. Derartige Bündnisse aus Politik und Kultur lieferten die Grundlage für den derzeitigen Boom des RechtsRock, dabei wirkten die in NRW ansässigen Produzenten weit über den regionalen Raum hinaus und beeinflussten die gesamte bundesdeutsche und internationale Entwicklung.

Will man gegen diese Entwicklung sinnvoll vorgehen, so darf dies nicht nur bei lokalen Aktivisten und Bands ansetzen, sondern müssen auch jene oft unauffälligen, aber stetig und effektiv wirkenden Strukturen im Hintergrund Ziel von Kampagnen und Aktionen sein. ROR und VGR zum Beispiel sind nach wie vor Marktführer in Sachen (legalem) RechtsRock – bundesweit.



[1] zu Lemmers angeblichem "Ausstieg" siehe LOTTA Nr. 7, S. 20

Von Pierre Briegert

"Oidoxie"

Eine RechtsRock-Band gibt Gas

Kaum ein RechtsRock-Konzert in NRW, bei dem "Oidoxie" derzeitig nicht auftritt. Und auch in anderen Bundesländern und im Ausland ist die Dortmunder Band anzutreffen. "Wir spielen Rechtsrock [...] für's Vaterland", heißt es auf ihrer CD "Schwarze Zukunft": "Wir sprengen die Ketten, und schlagen uns frei. Wir kämpfen für Deutschland, und bleiben dabei. [...] Und schreien immer wieder: Heil, heil!" Derartige ‚Reimkunst' weiß die Szene zu verzücken, nicht immer aber auch die Staatsanwaltschaft, die einen Beschlagnahmebeschluß über die "Schwarze Zukunft" verhängte. Grund für Frontmann und Sänger **Marko Gottschalk** aus Dortmund-Brechten sowie seine Mitstreiter, zu denen u.a. **Dennis Linsenbarth** aus Werne und **Christian Errit** aus Meinerzhagen zählen, sich auf ihren anderen CDs, wie z.B. "Kann denn Glatze Sünde sein?", "Treue und Ehre" und "Weiß & Rein" ein wenig zu mäßigen.

"Welcome to the white world of the Kriegsberichters"

Kaum aber bewegt sich die Band außerhalb des direkten Zugriffs der deutschen Justiz, gibt sie Gas: "Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um, hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz" singt "Oidoxie" auf der kürzlich erschienenen fünften Ausgabe der Videoproduktion "Kriegsberichter", hergestellt von der finnischen Firma "Ainaskin Production". Vertrieben wird das Video über die Organisation "Thule" in Schweden und von der "NS88 Video Division" in den USA, also von der us-amerikanischen Division der in Deutschland verbotenen internationalen "Blood & Honour"(B&H)-Struktur. "Oidoxie", deren Bassist Linsenbarth in einem Interview mit dem Hammer-Skin-Blatt "Hass Attacke" **Ian Stuart** und **Rudolf Heß** als Band-Vorbilder angab, machte den musikalischen Auftakt auf diesem Video. Gezeigt wird ein Konzert-Mitschnitt, bei dem "Oidoxie" das oben zitierte, berüchtigte und verbotene "Hakenkreuz-Lied" der Band "Radikahl" vorträgt. Auf dem Video sind neben Interviews und weiteren Bandauftritten Szenen geschnitten, in denen Bilder aus Konzentrationslagern gezeigt werden, Schwarze und Juden erschossen werden und mit Karikaturen der Mord an Behinderten dargestellt wird.[1]

Nicht nur aus der Tatsache, dass nicht jeder Band die ‚Ehre' zuteil wird, auf dem "Kriegsberichter" verewigt zu werden, lassen sich gute Kontakte zu B&H schlussfolgern. Und so wundert es auch nicht, dass u.a. zu dem Großkonzert am 16. März 2002 in Dortmund neben "Oidoxie" hochkarätige us-amerikanische Bands wie "Max Resist" und "Intimidation One" aufspielten (*siehe S.15 und LOTTA Nr.8, S. 28*).

"Oidoxie"

Kampf um die Köpfe und Kampf um die Straße

Doch nicht nur auf der Bühne, auch auf der Straße ist die Band zu Hause. So organisierte "Oidoxie", deren Mitglieder dem Spektrum der "Freien Kameradschaften" zuzurechnen sind, bereits zwei Demonstrationen unter dem Motto "Veranstaltungsfreiheit auch für national gesinnte Deutsche! Gegen Polizei- und Staatswillkür!" Anlass war Eigenangaben zufolge, dass eine Geburtstagsparty von Gottschalk und dem "Oidoxie" nahestehenden "Kameradschaftsführer" aus Dortmund, **Carsten Jährling**, Ende Dezember sowie eine Silvester-Party – beide vermutlich mit geplanten Liveauftritten - nach Einflussnahme durch die Polizei nicht stattfinden konnten. Statt dessen demonstrierten am 28.12.2002 auf Anmeldung von Jährling ca. 100 sowie am 4.1. diesen Jahres mit Unterstützung des dieses Mal als Anmelder auftretenden neonazistischen Liedermachers **Nico Schiemann** aus Frankfurt/O. ca. 200 Neonazis "Wir lassen uns das Feiern nicht verbieten!"-skandierend durch Bochum. Bei letzterer Demo war auch der Führer der "Freien Kameradschaften", **Christian Worch** aus Hamburg, als Redner zugegen.

"Oidoxie" verfügt insbesondere im Ruhrgebiet und im Ennepe-Ruhr-Kreis über ein großes Umfeld und ist auch bundesweit bekannt und beliebt. Es lag also nahe für Worch, sich bei seiner Offensive für mehr Rechtssicherheit bei der Organisation von Konzerten für "Oidoxie" als Liveband auf Demonstrationen zu entscheiden (*vgl. S. 8*). Die "Oidoxie-Saalschutz"-Truppe, in der mit **Ronald Guziewski** aus Wetter sowie **Marc vom Ort** (Gevelsberg) und **Michael Müller** (Ennepetal) auch diverse Rottenführer der regionalen "Kameradschaften" zu finden sind, ist bei derartigen Events natürlich stets mit von der Partie.

Ausblick

Der Auftritt von "Oidoxie" auf der Demonstration in Soest am 20.7.2002 war nur der Anfang einer neuen neonazistischen Offensive in NRW. Vergleichbar mit den ab 1998 immer häufiger angemeldeten Demonstrationen, soll verstärkt versucht werden, RechtsRock-Konzerte sowie Bandauftritte bei politischen Aktionen durchzusetzen und zu etablieren. Für April wurde bereits eine weitere Demo mit Bandauftritt(en) in Bochum angekündigt. Das Ziel ist klar: eine größere Zielgruppe mit zeitgemäßen Mitteln anzusprechen. "Oidoxie" wird bei diesem Konzept eine wichtige Rolle spielen.

[1] Zum "Kriegsberichter", vgl.: Der Rechte Rand Nr. 80

Von Johannes Lohmann

NS-Black-Metal in NRW

"Satans Söhne des Krieges"

Nordrhein-Westfalen kann im Gegensatz zu Thüringen und Sachsen sicherlich nicht als eine Hochburg des NS-Black Metal bezeichnet werden. Trotzdem lohnt es sich, auch hier einen Blick auf diverse Projekte aus dieser Szene zu werfen.

Der spektakuläre "Satansmord" in Witten am 9. Juli 2001 hatte für Aufsehen gesorgt und rückte auch die Black Metal-Szene in den Blick der Öffentlichkeit (*siehe LOTTA Nr. 7, S. 17-18*). Daniel und Manuela Ruda, die einen Arbeitskollegen Daniel Rudas mit symbolträchtigen 66 Stichen und Schlägen ermordet hatten, inszenierten sich nach ihrer Verhaftung als Befehlsempfänger Satans und bedienten damit das Interesse der Medien, die sich - fasziniert von einer Mischung aus Okkultismus, Horror und Sex - auf diesen Fall stürzten. Während Black Metal als solcher immer noch vornehmlich mit Satanismus assoziiert wird, vertritt der rechte Flügel der Black Metal-Szene, inspiriert von der nordischen Mythologie, ein sozialdarwinistisches und rassistisches Gesellschaftsbild, bis hin zu neonazistischer Ideologie, gepaart mit einem gewalt- und kriegsverherrlichenden Gestus.

Eine NRW-Reise durch das "Feuer der Dunkelheit" (Magog)

Namen wie "Waffen SS", ein Projekt der Oberhausener NS-Black-Metal-Band "Coven Of The Worm" (C.O.T.W.), sind Programm. Bei C.O.T.W., die ihr Demo "Crush The Dogs" auf dem Duisburger Label "Dark Empire Production" von **Manuel Melzer** veröffentlichten, wirkte u.a. der Oberhausener **Thorsten Kunz** mit, genannt "Krieg". Dessen Hauptaugenmerk gilt jedoch seiner Ein-Mann-Band "Wehrhammer". Kurze Zeit hatte er diese auf Eis legen müssen, da "Krieg" im Mai 2001 auf einen antifaschistischen Punk geschossen und diesen lebensgefährlich verletzt hatte *(siehe LOTTA Nr. 6, Seite 17)* und dafür verurteilt wurde. Während er für seine Tat eine Haftstrafe verbüßte, konnte er sich der Solidarität seiner "Kameraden" sicher sein. Die neonazistische Postille "Der Förderturm" bezeichnete die Tat von Kunz als "Notwehr" gegen einen "prozionistischen Black-Metaller". **Jens Schöpfe** ("Brand") aus Mudersbach bei Siegen, der Kunz während der Schießerei zur Seite gestanden und ein Messer gezückt hatte, veröffentlichte auf seinem Label "Torment Records" sogar eine Single mit dem Titel "Freiheit für Krieg". Auf der Scheibe gibt sich neben der NS-Black Metal Band "Panzerfaust" die Band "Armatus" die Ehre, neben "Satans Sign Of War" eine weitere NS-Black Metal Band Schöpfes. Der umtriebige Siegener zeichnete zudem für das Fanzine "Satanic Underground" verantwortlich und betreibt darüber hinaus einen Versand, der ebenfalls unter dem Namen Torment Records firmiert. "New fucking releases on Torment Records!!! But... warning... JUDEN WERDEN HIER NICHT BEDIENT", sondert Schöpfe im Gästebuch des Labels und "Versands Christhunt Productions" aus Leopoldshöhe ab. Der Inhaber von Christhunt, **Marco Martin**, veröffentlicht und vertreibt neben gewöhnlichen, eher "unpolitischen" Bands wie "Impending Doom" auch etliche neonazistische Gruppen wie "Sadorass" oder "Nachtfalke". So ist es kein Zufall, dass Christhunt auch den Nazi-Skin Versand "V7" und den "Deutsche Stimme-Versand" der NPD beliefert. Der Name "Christhunt" verweist im Black Metal-Kontext auf den Kampf gegen das "judeo-christliche System". So ruft auch **Christoph Ott** aus dem nur wenige Kilometer von Leopoldshöhe entfernten Bielefeld mit seiner Black Metal Band "Imperium Sacrum" zum "Kampf für Blut und Ehre" gegen die Christen auf, die er als "dekadente Ansammlung von Untermenschen" bezeichnet.

In der Öffentlichkeit weit weniger rechts gibt sich "Vatryas Vakyas" aus Düsseldorf. Das alleinige Mitglied

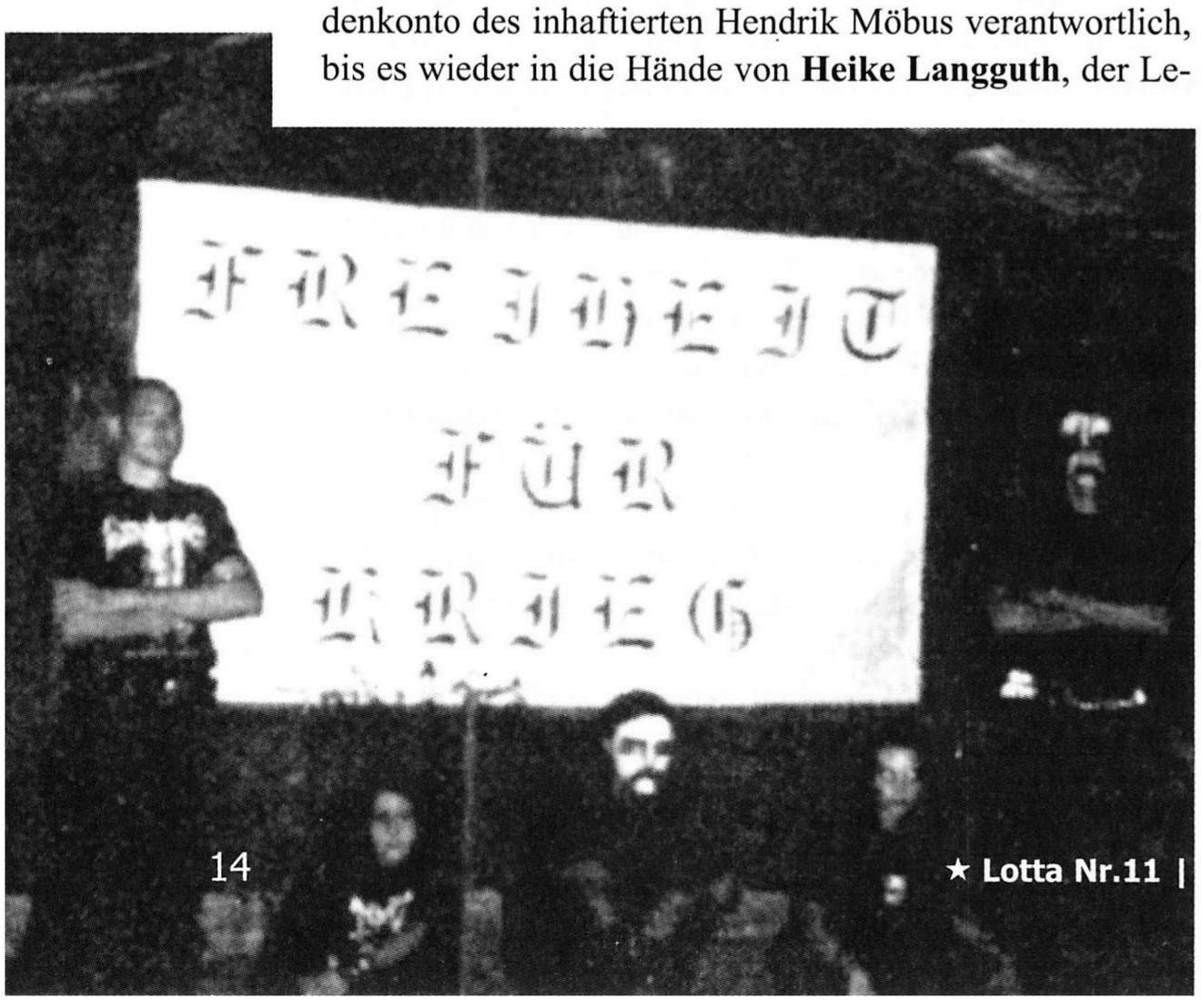
der Band **Falkenbach** bezeichnet in Interviews zwar schon mal **Alfred Rosenberg** als einen lesenswerten Autor, dennoch werden auf seinem Label "Scaldic Art" hauptsächlich vermeintlich unpolitische Gruppen wie die in Deutschland äußerst beliebte Pagan Metal-Band "Menhir" veröffentlicht. Die heidnische Ausrichtung solcher Gruppen wie Menhir zeigten jedoch oftmals starke Affinitäten mit genuin rechter Ideologie. Auch wenn die inhaltlichen Bezüge anderer Art sind, agieren Bands wie "Obscure Vortex" aus Oberhausen, "Zarathustra" aus Solingen und "Darkened Nocturn Slaughtercult" aus dem Bergischen in einer ähnlichen Grauzone. Die Kölner Gruppe "Mjölnir" um **Brian Gaus** ("Lord Arkthorn") und **A. Frank** (alias Goozer) ist jedoch eindeutig im NS-Spektrum zu verorten. Die CD "Hinweg über die Tore der Zeit" war das erste Produkt aus der Zusammenarbeit zwischen den Labels "Darker than black" (DTB) von **Hendrik Möbus** und dessen Bruder **Ronald Möbus** und "Hate Records" von **Mirco Hesse** von den "Hammerskins Sachsen". Sowohl um "Mjölnir", als auch um diverse andere Projekte von Gaus und Frank, wie die Band "Thy Majesty" herrscht schon lange Funkstille. Nicht viel anders verhält es sich inzwischen mit "Frozen Illusion", in der Goozer Schlagzeug spielt. "Frozen Illusion" geben sich zwar unpolitisch, hatten jedoch keine Probleme, sich bei der Gestaltung ihrer Homepage von Goozers Bekannten, der Ex-Kölnerin und Black Metal-Liebhaberin **Lisa Sagrudny** vom Bund Heimattreuer Frauen, unter die Arme greifen zu lassen. Sagrudny betreibt betreut auch die Homepage der KDS-"Kameradschaft Köln". Wenn auch äußerst selten, so wirken auch in der NS Black Metal-Szene Frauen mit. Das zwischenzeitlich eingestellte Fanzine "Darkness" beispielsweise wurde von **Sarah Helmich** aus Düsseldorf herausgegeben, erschien aber genauso wie das Duisburger Magazin "Leichenkuss" aus Duisburg über Manuel Fröbel. Aus Bochum stammt das Fanzine "Runenblut", herausgegeben von **Malte Baus**. In der ersten und bislang einzigen Ausgabe vom Frühjahr 2002 werden neben den üblichen Konzert- und Tonträgerbesprechungen Interviews mit bekannten NS-Black Metal Bands wie "Magog" und "Barad Dür" geführt. Vertrieben wird das Magazin über "Lelysses Distribution" (ebenfalls Bochum). "Lelysses" waren auch kurze Zeit für das Spendenkonto des inhaftierten Hendrik Möbus verantwortlich, bis es wieder in die Hände von **Heike Langguth**, der Lebensgefährtin von Ronald Möbus überging. Ein anderes NS-Black-Metal-Blatt ist das "Blutvergießen"-Zine aus Essen, herausgegeben von **Heiko Urbanzyk**, der auch einen gleichnamigen Versand betriebt. Doch nachdem Urbanzyk den von ihm anvisierten Job als Erzieher bei der Stadt Oberhausen aufgrund von antifaschistischer Aufklärungsarbeit nicht bekam, stellte er vorerst auch seine politischen Aktivitäten ein. Probleme mit engagierten AntifaschistInnen bekam auch **Richard Neu** aus Bergisch Gladbach, der bereits Anfang 2001 seine Magazine "Viking Force" und "Germanenmacht" sowie die NS-Black-Metal-Bands "Siren" und "Lestat" zu Grabe trug.

Thorsten "Krieg" Kunz (r.)

Aktiv ist dagegen noch die "Deutsche Heidnische Front" (DHF), die deutsche Sektion der von **Kristian Vikerness** ("Varg") gegründeten Nazi-Organisation "Allgermanische Heidnische Front" (AHF). Neben dem Bonner Studenten **Thorsten Albinus**, der zusammen mit der bereits erwähnten Helmich das "Arische Black Metal Forum" initiiert hatte, gehört **Frank Krämer** als Verantwortlicher des "Gau Rheinland" zur "Führungsriege" der ansonsten mitgliedsschwachen DHF (*siehe LOTTA Nr. 7, Seite 19*). Der aus Hennef (Rhein-Sieg Kreis) stammende Krämer ist Mitglied der neonazistischen Skin-Combo "Stahlgewitter" und der NS-Black Metal Band "Halgadom". Von "Halgadom" erschien im Herbst 2002 die zweite CD "Verdunkelung des Göttlichen", die als "Heidnische Klänge im Neo-folk-Gewand" (sic!) beworben wird.

Fazit

Auch wenn die NS-Black-Metal-Szene und deren - oft kurzlebige - Projekte im Vergleich zur "klassischen" neonazistischen Skinhead-Szene im RechtsRock-Bereich nur einen geringen Anteil einzunehmen scheint, so ist es AntifaschistInnen dennoch angeraten, den NS-Black-Metal auch in NRW nicht aus den Augen zu verlieren. Nicht zuletzt der fast tödlich verlaufende Angriff von Thorsten Kunz auf einen Antifaschisten zeigt, dass es in der NS-Black-Metal-Szene nicht bei großspurigen und nach innen gerichteten Sprüchen und markigem Getue bleibt.



Eine garantiert unvollständige[1] Chronik von RechtsRock-Konzerten 2002 in NRW

Zusammengestellt von Jan Spreuk und Pierre Briegert

8. März 2002 - Arnsberg

In der Arnsberger Schlossruine spielen drei Bands, darunter vermutlich "Oidoxie" aus Dortmund und "Hauptkampflinie" (HKL) aus Kassel. Auf der Homepage des "Siegener Bärensturms" ist anschließend von 150 Teilnehmern die Rede; der VS berichtet von 120.

16. März 2002 - Dortmund

In den Dortmunder "Eventhallen" spielen die US-Bands "Max Resist" und "Intimidation One", dazu "Oidoxie" aus Dortmund und "Boots of Hate" aus Viersen und Krefeld, HKL sowie "Legion of Thor" aus Berlin. Weit mehr als 1.000 Zuhörer kommen zum bisher größten Neonazi-Konzert in NRW.

31. März 2002 - Kirtorf, für Dortmund geplant

Siegfried Borchardts Dortmunder "Borussenfront" (BF) plant ein Konzert zum 20-jährigen Bestehen der Gruppierung. Die Stadt Dortmund untersagt die Nutzung der angemieteten Halle. Verboten werden auch alternativ angemeldete Demonstrationen der "Borussenfront" in Dortmund. Die BF weicht auf Privatgelände ins hessische Kirtorf aus, wo die rechte Hooligan-Band "Kategorie C" aus Bremen open air vor 600 bis 800 Zuhörern spielt.

5. April 2002 - Neheim-Hüsten

In ein SGV-Wanderheim bei Neheim-Hüsten (Arnsberg) lädt die Rechts-Rock-Band "Weisse Wölfe" ein. Nach VS-Angaben kommen rund 100 Konzertbesucher.

13. April 2002 - für Düsseldorf geplant

In einer ehemaligen Punkrock-Kneipe soll ein Konzert mit der Krefelder Band "Barking Dogs" und der sich als "unpolitisch" verstehenden Oi-Punk-Band "Verlorene Jungs" (Dinslaken) stattfinden. Nachdem dies öffentlich bekannt und diskutiert wurde, sagen die "Verlorenen Jungs" (VL) ab, das komplette Konzert wurde daraufhin gecancelt. Kommenar eines VL-Musikers: "Es ging um Musik, (...) Rechts und links - es kotzt mich an".

27. April 2002 - Neheim-Hüsten

Drei Wochen nach dem ersten erfolgreichen Konzert in Neheim-Hüsten werden diesmal nach VS-Angaben dort 120 Zuhörer gezählt.

18. Mai 2002 - Schmerlecke

In der Discothek "Klabautermann" in Schmerlecke (Stadt Erwitte) spielen HKL, "Oidoxie", "Gegenschlag" und die Reste von "Radikahl" aus Fürstenwalde. Die Polizei spricht von rund 600 Teilnehmern an der "störungsfreien" Veranstaltung.

1. Juni 2002 - Herne

Reibungslos verläuft auch ein Konzert in der Partyhalle des Getränkehandels "Schön" in Herne-Baukau. Unter anderem spielt erneut "Oidoxie". Zeitungsberichten zufolge kommen rund 260 Zuhörer.

22. Juni 2002 - für Soest geplant

Ein Open-air-Konzert zur Sommersonnenwende in der Nähe von Soest fällt aus, weil der Besitzer der Wiese, auf der das Konzert stattfinden soll, seine Zustimmung zurückzieht. Zu diesem Zeitpunkt waren nach Polizeiangaben bereits 150 bis 200 Konzertbesucher vor Ort. Weitere 100 befanden sich auf der Anreise. Der überwiegende Teil der Neonazis versammelt sich später am Abend in Dortmund-Holthausen am Dortmund-Ems-Kanal, um den Kummer über das entgangene Konzert in Alkohol zu ertränken.

29. Juni 2002 - für Köln gelpant

"Eskil" aus Düsseldorf und Mettmann, "Nordwind" aus Fürth sowie "In Memoriam" aus Frankreich und die rechte Darkwave-Formation "Von Thronstahl" aus München sollen beim "Signal-Pressefest" von Manfred Rouhs in Köln spielen. Doch dazu kommt es nicht. Josef Klumb ("Von Thronstahl") sagt ab, "In Memoriam" wird an der Grenze festgehalten. "Nordwind" und "Eskil" weigern sich wegen der desolaten Organisation aufzutreten.

20. Juli 2002 - Soest

Bei einer von Christian Worch organisierten Demonstration zum Thema "Meinungs- und Musikfreiheit auch für Nationalisten – gegen Konzertverbote" in Soest mit rund 100 Teilnehmern tritt am Nachmittag "Oidoxie" auf.

20. Juli 2002 - Bottrop

In einer Lagerhalle eines Abschleppunternehmers in Bottrop spielen abends – organisiert vom "BB-Versand" – vor etwa 200 Neonazis die niederländische Band "Brigade M", "Barking Dogs" aus Krefeld und Düsseldorf sowie "Faustrecht" aus Kempten. Kurz vor Mitternacht endet das Konzert: Die Polizei habe mit den Feiernden vereinbart, die Veranstaltung um 23.30 Uhr aufzulösen, berichten die "Ruhrnachrichten". "Oidoxie" und die französische Band DSH können daher nicht mehr auftreten.

5. Oktober 2002 - für Witten geplant

"Brigade M", die US-Bands "Final War", "Max Resist" und "Intimidation One" sowie "Gegenschlag" sollen bei der "Waldgaststätte Vogel" in Witten ein Konzert geben. Veranstalter ist u.a. Thorsten Heise. Der Besitzer der Gaststätte verbietet den bis zum Zeitpunkt des Verbotes rund 200 Angereisten vor Konzertbeginn den Zutritt. Das ausgefallene Konzert wird am Tag darauf im niedersächsischen Kirchseelte nachgeholt.

5. Oktober 2002 - Bad Salzuflen

Liederabend mit 150-200 Teilnehmern in Bad Salzuflen mit "Sleipnir", "Selbststeller" (Riesa) und der "Weisse Wölfe"- und "Oidoxie"-nahen Band "Weaponed Hate".

21. Dezember 2002 - Kreis Mettmann

"Eskil" tritt zur "Windersonnenwende" auf einem selbst organisierten "weihnachtlichen Konzert" im Kreis Mettmann auf. Die Zahl der Teilnehmer ist nicht bekannt, dürfte aber in der Größenordnung bis 100 Personen gelegen haben.

28. Dezember 2002 - für Bochum geplant

Eine Geburtstagsparty aus den Reihen von "Oidoxie" sowie eine Silvesterparty in Bochum können, nach Intervention der Polizei, nicht stattfinden. Stattdessen richten die Veranstalter eine Demonstration in Bochum aus. (*vgl. S. 12*)

---

[1] Es fehlen beispielsweise szeneinterne Liederabende und kleinere "private" Auftritte.

Von Pierre Briegert

RechtsRock-Projekte in NRW

Teil I: Bands, Zines und Läden

Auflistungen jeweils ohne NS-Black-Metal-Projekte (*siehe S.13*). Aufgeführt sind nur Projekte, die derzeit aktiv sind bzw. deren Auflösung bislang noch nicht feststeht.

BANDS

BARKING DOGS (Krefeld)

1995 gegründete Band, deren Frontmann seit ca. 1997 der Düsseldorfer Ingo Wolff ist, der häufig auch bei der britischen Kultband "Brutal Attack" am Schlagzeug aushilft. Drei CD-Veröffentlichungen.

BODY CHECKS (Moers/Duisburg)

1983 gegründete Kultband um Jürgen Drenhaus und Peter Vogel, die sich 1985 auflöste und erst 1997 wieder zusammenfand. Ihre aktuellste Veröffentlichung ist die CD "Brutal deluxe" (1998). Nach dem "Ausstieg" von Drenhaus 2002 nicht mehr in Erscheinung getreten

BOOTS OF HATE (Viersen/Krefeld)

Niederrheinische Band, die bisher zwei CD`s veröffentlichte. Durfte auf dem bisher grössten RechtsRock-Konzert in NRW am 16.3.2002 in Dortmund auftreten.

ESKIL (Düsseldorf/Mettman)

Band aus dem Umfeld der "Kameradschaft Düsseldorf". Der Frontmann Dennis Seegers ist zugleich Vorsitzender des "Schill-Partei"-Ortsverbandes Mettmann I (*siehe S. 28*). Eine CD-Veröffentlichung, eine zweite ist angekündigt.

KONZEPTE FÜR DIE ZUKUNFT (KfZ, Duisburg)

U.a. von Peter Klein gegründetes Bandprojekt, das bislang zwei CDs veröffentlichte. Bei bekannt gewordenen Konzerten bislang aber nicht in Erscheinung getreten.

KURZER PROZESS (westliches Ruhrgebiet)

Wurde im Januar 2002 in der Ausgabe 74/75 der "Rock Nord" interviewt. Laut Eigenangabe des Gitarristen (Spitzname "Beton-Micha") bislang eine Demo-CD-Veröffentlichung mit dem Titel "Stahlbetonbunker".

OFFENSIVE (Euskirchen)

1990 gegründete Band um ihren Sänger und ehemaligen FAPler Ralf Wildhagen. Wurde 1992 aufgelöst und 1995/1996 reformiert. 2002 erschien nach langer Zeit mit "Nürnberg" wieder eine CD.

OIDOXIE (Dortmund)

Derzeitig wohl wichtigste und aktivste RechtsRock-Band in NRW um Frontmann und Sänger Marko Gottschalk sowie Dennis Linsenbarth. 5 CD-Veröffentlichungen, von denen eine beschlagnahmt wurde. Siehe auch Seite 12 in dieser Ausgabe.

PECH UND SCHWEFEL (Erkrath, Kreis Mettmann)

Band um den Erkrather Ingo Grau ("Inge"), die bislang eine CD veröffentlichte. Einer der Musiker verliess kürzlich die Band und spielt nun bei der sich als "unpolitisch" verstehenden Oi/Punk - Band **VERLORENE JUNGS** (Dinslaken), die aber keinerlei Berührungsängste gegenüber RechtsRock-Bands hat.

RABAUKEN (Erkrath, Kreis Mettmann)

1991 gegründete rechte Oi-Band um die Brüder Mario und Bernd Zippel sowie Oliver Gade, die bei Konzerten auch mit RechtsRock-Bands zusammen auftritt und beste Kontakte zu neonazistischen Bands pflegt. Bernd Zippel ist auch festes Mitglied der Band VERLORENE JUNGS.

REICHSWEHR (Düsseldorf)

Neonazistische Band aus Düsseldorf und benachbarten Städten, deren Bandmitglieder Dennis Volk, Marco Nehring, Dennis Heinrich Jörißen sowie Dennis und Thomas Wichrowski im Juni 2000 in Düsseldorf zwei Migranten angriffen und einen davon schwer verletzten. Kürzlich erschien ihre Debut-CD "Kaiserreichstreue".

REICHSWEHR (Minden)

Nicht mit der gleichnamigen Düsseldorfer Band identische "Blood & Honour"-nahe Band aus dem Umfeld des Mindener "Kameradschaftsführers" Dirk Fasold. Neben eigenen Stücken covert die Band Lieder der Berliner Band "Landser". Im Jahr 2002 nicht mehr in Erscheinung getreten.

REINHEITSGEBOT (Hamm/Westfalen)

Vermutlich zwischenzeitlich aufgelöste Band, die 1996 gegründet wurde und bislang drei CDs veröffentlichte.

REVIERMACHT (Mülheim/Ruhr)

Band um den Liedermacher Michael Bott. Eine Demo-CD- und eine CD-Veröffentlichung.

RUHRSTÖRUNG (Herne)

1992 gegründete, derzeitig inaktive Band aus Herne um Matthias Martin, die insgesamt fünf CDs veröffentlichte.

RHEINWACHT (Düsseldorf/Kreis Mettmann)

1993 gegründete Band um das langjährige "Rock Nord"-Redaktionsmitglied Frank Krämer aus Hilden (nicht zu verwechseln mit Frank Krämer aus Hennef von der NS-Black-Metal Band **HALGADOM** und der niedersächsischen Band **STAHLGEWITTER**). Mit Ausnahme von Krämer wechselnde Besetzung. Bislang 9 CD-Veröffentlichungen. In den letzten Jahren keine Live-Auftritte mehr.

SLEIPNIR (Gütersloh)

Zunächst Liedermacher, ab '99 dreiköpfige Band um Marco Lesch, die wie "Oidoxie" häufig auf Konzerten auftritt.

STARKSTROM (Düsseldorf)

Vermutlich zwischenzeitlich aufgelöste RechtsRock-Band um Stefan Rasche und dem RABAUKEN-Mitglied Oliver Gade. Zwei CD-Veröffentlichungen.

STURMWEHR (Gelsenkirchen)

1993 gegründete beliebte Band um Jens Bruchersiefer. Insgesamt 19 CD-Veröffentlichungen. "Jens B." tritt auch solo auf und beteiligte sich an diversen gemeinsamen Projekten mit anderen Bands.

TODESSTRAFE (Ennepetal)

Die Band um Maik Falkenrath veröffentlichte 1997 eine CD und 1998 zwei Sampler-Beiträge beim Label "Funny Sounds". Ob sie noch existiert, ist nicht bekannt.

WEISSE WÖLFE (Arnberg)

Erstmals 1996 aufgetretene und derzeitig häufig auftretende Band um Stjepan Jus. Engste Kontakte zu "Oidoxie", da auch "Oidoxie"-Frontmann Marko Gottschalk Teil der Band ist. Zwei CD-Veröffentlichungen.

RechtsRock-Fanzines und andere Szene-Zeitschriften, in denen RechtsRock Thema ist

DER FÖRDERTURM (Bottrop)

Blatt aus dem Spektrum der "Freien Kameradschaften" aus dem westlichen Ruhrgebiet, das u.a. vom Oberhausener Markus Marschinke erstellt wird. Verantwortlicher im Sinne des Presserechts ist der Bottroper Joachim Krause. Die erste Ausgabe war über das finnische "Blood & Honour"-Postfach erhältlich, anschliessend wurde ein Postfach in Duisburg präsentiert und in letzter Zeit eins in Bottrop als Bezugs- und Kontaktadresse genutzt. Inhaltlich präsentiert das Heft politische Artikel und Beiträge zu RechtsRock, auch zu rechtem Dark-Wave und NS-Black-Metal. Aktuelle Ausgabe ist die Nr. 4. Die seit langem angekündigte Nr. 5 ist bis heute nicht erschienen.

ROCK NORD (Hilden)

Hochglanzmagazin mit einer angeblichen Auflage von 15.000 Stück (tatsächlich ca. 5.000). Nachfolgeprojekt der "Moderne Zeiten" (MZ). Aktuelle Ausgabe ist die Nr. 86/87. Das Magazin thematisiert auch Musikstile wie Black-Metal, Dark Wave und andere. Als Herausgeber traten bislang der "Creative Zeiten"-Verlag (CZ), Andreas Zehnsdorf, Torsten Lemmer und tritt aktuell die "VGR Multimedia Verlagsgemeinschaft Rheinland GmbH" in Erscheinung. V.i.S.d.P. ist der Düsseldorfer Ferenc Szeplaki. Zentrale Figur und Macher des Blattes ist Andreas Zehnsdorf aus Essen.

UNSERE WELT (Bielefeld)

A4-Heft mit Farbcover, das neben Berichten zur Rechts-Rock-Szene auch politische Beiträge beinhaltet. Das "Magazin des Rock'n'Roll Widerstandes" wird herausgeben von Bernd Stehmann, Führungsfigur im Spektrum der "Freien Kameradschaften" aus Bielefeld. Aktuelle Ausgabe ist die Nr. 7.

TRISKELE (Essen)

Neonazistisches kulturpolitisches Frauenmagazin aus dem Spektrum der "Freien Kameradscchaften". Sehr wenige NRW-Bezüge in den Beiträgen. Verantwortliche im Sinne des Presserechtes ist die Essenerin Katharina Albrecht. Aktuelle Ausgabe ist die Nr. 6.

Szene-Verkaufsläden

VIKING SHIP (Gelsenkirchen)

Der Laden auf der Essener Str. in Gelsenkirchen bietet einschlägige neonazistische Accessoires an. Neben Tonträgern werden vor allem Textilien einschlägiger Trendmarken im Keller unterhalb des Ladenlokal angeboten. Des weiteren wird über Internet die hauseigene Trendmarke VIKING SHIP vertrieben.

BUY OR DIE (Dortmund)

Erst kürzlich eröffneter Szeneladen, der mit dem Angebot nicht nur in der Rechten beliebter Marken wie "Lonsdale", "Dobermann" und "Pitbull" wirbt und offenbar in der Anfangsphase keine Angriffsfläche für staatliche Repression bieten möchte. Inhaber ist der einschlägig vorbestrafte Peter Voss aus dem nahen Umfeld der "Kameradschaft Dortmund" und der Dortmunder "Borussenfront" um Siegfried Borchardt.

RANGER STREETWEAR (Ennepetal)

Im Herbst 1999 in der Fußgängerzone von Ennepe-Milspe von Marcel Ingignoli ("Ohrwurm-Records") eröffneter Szene-Laden. Das Angebot macht auf den ersten Blick einen moderaten Eindruck, doch der Schein trügt. Sämtliche im reichhaltig ausgestatteten "Ohrwurm-Versand" erhältlichen Artikel können über den Laden bezogen bzw. dort abgeholt werden. Vgl. auch LOTTA Nr. 10, S. 23.

ATTACKE 88 (Gevelsberg)

Zweiter Verkaufsladen von Marcel Ingignoli, der weniger Wert auf ein moderates Äußeres legt. Ein Blick auf die Aufmachung und das Angebot des angegliederten "Attacke-Warenhandels" offenbart ebenfalls die neonazistische Ausrichtung. Vgl. auch LOTTA Nr. 10, S. 23.

Neben Bands, Zines und Läden gibt es noch diverse Labels, Vertriebe und Versände in NRW. Insbesondere sind hier die Markführer "Rock O Rama" des Kölners Herbert Egold (seit 1994 im RechtsRock-Geschäft) und das ab 1993 agierende RechtsRock-Reich von Torsten Lemmer ("Funny Sounds" und "Creative Zeiten", heute von Andreas Zehnsdorf unter "VGR Multimedia" und "Rock Nord" von Hilden aus fortgeführt) zu nennen. Daneben gibt es eine Reihe weiterer derartiger Projekte, von denen sich in Bezug auf Professionalität und Größe insbesondere "Ohrwurm Records" nebst "Ohrwurm-Versand" von Marcel Ingignoli mit Sitz in Sprockhövel hervorhebt. Und natürlich verfügt die Szene auch über Kneipen, befreundete oder gar zur Szene gehörenden Tätooläden und vieles mehr. Dazu aber mehr in den nächsten beiden Ausgaben der LOTTA.

Anm. der LOTTA-Red.: Eine Reihe von Formulierungen in den obigen Auflistungen wurden vom Autor aus dem Buch von Dornbusch/Raabe: RechtsRock, Münster 2002 übernommen. *Wir haben den Herausgebern einmal mehr zu danken!*

Von Jan Spreuk

Hartmut Wostupatsch

Ein Nazikader unter der Lupe

Am Tag nach der Bundestagswahl kommt der Neonazi "HateSociety" im Internet ins Grübeln: "Die Npd wird es niemals schaffen! Es muss eine neue Kraft geben, zusammengesetzt aus allen Rechtsparteien mit geschulten Kadern und einem Charismatischen Führer!", schreibt er im Nationalen Forum. Und weiter: "Voigt wirkt auf mich wie ein Valium auf 2 Beinen; er hat zwar Ahnung- keine Frage- ist aber als Parteiführer ungeeignet! Spontan würde ich bei ‚Führungskräften' an Kamerad Wostupatsch denken, er hat Charisma, die nötige Intelligenz und ein geniales Redetalent!"

Hartmut Wostupatsch: Erst im Sommer 2001 tauchte er (wieder) in der Neonaziszene auf, und schon ein Jahr später wollte ihn der eine oder andere in der (Partei-) Führerrolle sehen. Auch wenn der Name nicht ganz so arisch klingt: "Er sollte sich einen ‚Arbeitsnamen' zulegen", empfiehlt ein sich "Gates" nennender User im Internet. Für geeignet hält er den Mann jedenfalls: "Also ich denke mal das dieser ‚Wostupatsch' den NS vertritt, wenn er schon mit Worch in Leipzig auf Demos auftritt."

Phoenix aus kalter Asche

Als Redner taucht er erstmals am 23. Juni 2001 neben **Annemarie Paulitsch** in Siegburg auf. In der Folge spricht er – zunächst mit Schwerpunkt in NRW, später auch in Ostdeutschland - zu so ziemlich jedem Thema, das Neonazis auf der Seele brennt. Im Juli 2001 in Gevelsberg pro "Todesstrafe für Kinderschänder", vier Monate später in Hagen für eine "Völkische Gemeinschaft statt Überwachungsstaat", ein paar Tage später in Schwelm wieder pro Todesstrafe, im Dezember in Bottrop für den "Erhalt der nationalen Energieversorgung – gegen den Abbau der Montanindustrie im Ruhrgebiet". Im Januar 2002 in Lüdenscheid träumt er von der "Reichsgründung vor 131 Jahren", im Februar und März pöbelt er in Bielefeld gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, die dort Station macht. Die "politische Repression im Sauerland" hat es ihm im April in Arnsberg angetan, und Mitte September trommelt er gemeinsam mit NPD-Parteichef **Udo Voigt** in Iserlohn für die NPD, die dort mit dem Direktkandidaten **Timo Pradel** antritt. Hinzu kommen Auftritte mit **Christian Worch** bei dessen Versuchen, in Leipzig bis zum Völkerschlachtdenkmal vorzudringen, in Karlsruhe, Gotha und Suhl.

Gleich sein erster Einsatz als Redner in NRW hatte Folgen. Die Nachrichtenagentur AP meldete über die Demonstration in Gevelsberg: Festgenommen worden sei "ein 40-Jähriger wegen des Verdachts der Verunglimpfung des Bundespräsidenten, übler Nachrede und Verleumdung". Wostupatsch war zu weit gegangen. Daniel Cohn-Bendit bezeichnete er als "Rassegenossen" von Joschka Fischer, dem er wiederum den Vornamen "Josele" verpasste (Wostupatsch: "Was übrigens keine Verunglimpfung ist, es ist nichts weiter als die hebräische Koseformel für den schönen, alttestamentarischen Namen Josef"). Bedauern hatte er in diesem Zusammenhang für "den armen **Dr. Josef Goebbels**" übrig, "der diesen Namen mit ihm teilen darf". Und weiter ging es an jenem Nachmittag in

Gevelsberg: Richard von Weizsäcker wäre "in besseren Zeiten, sprich in den Zeiten, wo in Deutschland noch Recht herrschte, 1945 mit einem Strick um den Hals am nächsten Baum aufgefunden worden". Ein "Deserteur und Feigling" sei Weizsäcker gewesen, einer, der "aktive Beihilfe zur Kinderschänderei" geleistet habe, "denn was die Bolschewisten in unseren Ostgebieten angerichtet haben, müsste ja jetzt eigentlich jedem klar sein". Wostupatsch voller Bedauern: "Irgendwie hat's damals auch nicht so ganz funktioniert mit dem Standrecht." Einmal so richtig in Fahrt, war er nicht zu bremsen: "Ich weiß von einer Bekannten aus Wuppertal, dass der jetzige Bundespräsident Rau es besonders liebte, bei Gartenpartys und anderen Gelegenheiten zwölf- bis 13-jährige Mädchen zu befummeln. Was das nun sein könnte, ob man da Kinderschänder dazu sagt oder ob man da nur von unsittlicher Belästigung sprechen könnte - wenn's stimmt, ich hab das aus glaubwürdiger Quelle, das bleibt jedem selbst überlassen." Und weiter ging's, als wäre man nicht auf einem Bahnhofsvorplatz, sondern in einem Hinterzimmer: "Es ist übrigens der selbe Rau, der in seinem Privatjet bzw. nein, von der Landesbank bezahlten Jet mit seinen Kumpanen zusammen fünf, nicht Hostessen, nicht Stewardessen, sondern Prostituierte brauchte." Zumindest den Aufmarsch in Gevelsberg konnte Wostupatsch nicht mehr mitmachen, weil er nach seiner Rede festgenommen wurde. Was seine Meinung aber eher bestätigt haben dürfte: "Dieser Staat ist ein Abgrund von Unmoral."

Inzwischen weiß Wostupatsch, der wahlweise als "Regimekritiker", "parteiloser Regimekritiker", "nationaler Aktivist", "freier Aktivist" oder "freier Nationalist" angekündigt wird, etwas genauer, was er sagen darf, ohne direkt anschließend Handschellen klicken zu hören. Bestimmte Elemente seiner Reden kehren immer wieder: Sein Antisemitismus gehört ebenso dazu wie die ungebrochene Verklärung des "Dritten Reiches" oder Beleidigungen des politischen Personals der BRD. Und es gehören seine "Anti-Antifa"-Tiraden dazu, derer er sich selbst dann bedient, wenn weit und breit kein Gegendemonstrant zu sehen ist. Sein Publikum hört's gerne. "Erwähnenswert ist hier die rhetorisch brillante Rede des Kameraden Hartmut Wostupatsch, der die aktuellen Ereignisse immer wieder perfekt mit unserer Vergangenheit, dem Kampf des deutschen Frontsoldaten im Zweiten Weltkrieg und interessanten Hintergrundinformationen verknüpfte. Ganz nebenbei watschte er auch noch zwei, drei krakeelende Linke in einer Art und Weise ab, die bei diesen Subjekten vermutlich zu Depressionen führen müßte, wenn sie denn noch etwas merken sollten", resümierte das "Aktionsbüro Nord" nach der Juni-Demonstration in Leipzig.

Wostupatsch war im Sommer 2001 aufgetaucht wie Phoenix aus der Asche. Dabei dürfte die Asche schon ziemlich kalt sein: Ende der 70er Jahre soll er in Würzburg für die Zeitung einer nationaldemokratischen Schülergemeinschaft verantwortlich gewesen sein. Ihr Name: "Volltreffer". Dem Störtebeker-Netz zufolge wurde er später wegen "Radikalität" aus den JN ausgeschlossen. Später sei er bis zu deren Verbot 1983 Mitglied der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten" (ANS/NA) von **Michael Kühnen** und dort im "Amt für nationalsozialistische Lebensanschauung und Schulung" aktiv gewesen. Danach verliert sich seine Spur erst einmal, was das "Störtebeker-Netz" mit einer "zeitweiligen Abstinenz aus beruflichen Gründen" erklärt.

Seine Vorliebe für Schulungsarbeit scheint er sich bewahrt zu haben. Vor dem "4. Strategiekongress der Revolutionären Plattform in der NPD" (RPF) am 21./22. Juli 2001 in Thüringen wurde "Hartmut Wostupatsch (Ex-ANS)" als einer der Referenten neben **Steffen Hupka**, **Thomas Wulff** und **Jürgen Schwab** angekündigt. Wostupatschs Beitrag beim RPF-Kongress: "Nationaler Sozialismus - Utopie oder Programm für die Zukunft?" Mit diesem Thema scheint er in der Folge auf Tournee gegangen zu sein. Dokumentiert sind Vorträge zum Thema Nationalsozialismus im Raum Remagen und in Bamberg. Einiges spricht dafür, dass Wostupatsch mit seinem Lieblingsthema "Nationalsozialismus - was ist das eigentlich?" auch der Referent bei einer Schulungsveranstaltung in Wuppertal am 6. Juli 2002 war.

Des neuen Führers Thron wackelt

Unumstritten ist Wostupatsch, der unter dem besonderen Schutz von Worch zu stehen scheint, in der Szene inzwischen nicht mehr. Neonazigruppen aus Franken unterzeichneten im Oktober eine gemeinsame Erklärung, in der sie ankündigten, sie würden "den Kontakt zu Hartmut Wostupatsch ab sofort einstellen, ihn nicht mehr zu Veranstaltungen einladen bzw. auch keine Demonstrationen mehr besuchen, bei denen im Vorfeld schon klar ist, daß Wostupatsch dort als Redner auftritt". Hintergrund: Wostupatsch hatte den Vorwürfen zufolge ein Gespräch zwischen ihm**, Uwe Meenen** vom "Deutschen Kolleg" und einem Staatsschützer arrangiert und dabei "Organisationsinterna von freien Strukturen" ausgeplaudert. Wostupatsch, so das Fazit, sei ein Sicherheitsrisiko. Die NPD ist inzwischen gleicher Meinung. Deren Präsidium untersagte, "daß zukünftig Hartmut Wostupatsch aus Würzburg auf NPD-Veranstaltungen aller Art auftritt".

Derweil wartet er immer noch auf sein Gerichtsverfahren wegen seines Auftritts in Gevelsberg. Eigentlich sollte ihm bereits Anfang Februar 2002 vor dem Amtsgericht Schwelm der Prozess gemacht werden. Doch der Termin wurde erst einmal abgesagt. Dabei hatte Wostupatsch in Kameradenkreisen schon die Werbetrommel gerührt. Ein solches Verfahren "Verunglimpfung des Bundespräsidenten" habe es "in 52 Jahren BRD noch nicht" gegeben: eine "rechtsgeschichtliche Premiere". "Johannes Rau vs. Hartmut Wostupatsch" hatte der Neonazi aus dem Fränkischen als Überschrift des Flugblattes gewählt, mit dem er zur Gerichtsverhandlung einlud. Wostupatsch gegen den Bundespräsidenten: ein kleiner Schritt auf dem Weg zum Führerdasein? Ein "Admiral Lütjens" übt schon einmal im Nationalen Forum: "HEIL Wostupatsch! neeeeeee - ist nicht toll. Na ja - nicht so schnell aufgeben. Noch ein Versuch: ‚Wir begrüßen unseren geliebten Führer, unseren Reichskanzler Wostupatsch'. *hüstel* - also, ... beim besten Willen - ich glaube das klappt nicht!"

NRW allgemein

"Heldengedenken" am Volkstrauertag

Auf eine zentrale Veranstaltung zum "Heldengedenktag" mussten die Neonazis am 17. November verzichten. Bis zum Bundesverfassungsgericht hielt das Verbot für einen Aufmarsch in Halbe. Statt dessen orientierte die Szene auf "regionale und lokale Gedenkaktionen", zu denen auch das "NIT Rheinland" aufrief, das nach mehr als fünfmonatiger Pause am 1.11. seine Arbeit wieder aufgenommen hat.
Unter schwarz-weiß-roten Fahnen – darunter nach Angaben der "Antifa Düren" auch eine Reichskriegsflagge – und unter den Augen der Polizei marschierten 40 Neonazis bei einer von der "Kameradschaft Aachener Land" organisierten Veranstaltung auf einem Soldatenfriedhof in Vossenack (Kreis Düren) auf.
In Wuppertal nahm eine zehnköpfige Gruppe von Neonazis unwidersprochen an einer offiziellen Veranstaltung zum Volkstrauertag teil. Mit dabei waren auch der Wuppertaler NPDler **Maik Hilgert** sowie die Kölner **Axel Reitz** und **Paul Breuer** vom "Kampfbund Deutscher Sozialisten". Als "Störer" wurden von Bürgermeister Jung nicht die Neonazis bezeichnet, sondern zwei Mitglieder des Bündnisses "Wuppertal stellt sich quer", die sich gegen die Teilnahme von Hilgert & Co. wehrten.
Neonazis aus dem Sauerland wichen für ihr Heldengedenken nach Hessen aus: In Willingen führten sie nach eigenen Angaben mit 20 bis 25 Teilnehmern eine Veranstaltung durch. Im Hochsauerlandkreis hatte die Polizei angekündigt, Versammlungen aufzulösen.
Der "Wattenscheider Widerstand" berichtete, 15 bis 20 Aktivisten hätten sich an einer Veranstaltung im Stadtteil Eppendorf beteiligt.
Deutsche und niederländische Neonazis führten zudem auf einem Soldatenfriedhof in Belgien eine Kranzniederlegung durch.

Von Jan Spreuk

NPD-Landesparteitag und JN-Bundeskongress hat gewählt

In ihrer Dezember-Ausgabe berichtet das Bundesorgan der NPD, die "Deutsche Stimme", über den "außerordentlichen" NRW-Landesparteitag der NPD, der am 10.11. einmal mehr völlig ungestört in Essen stattgefunden haben dürfte. Nötig wurde dieser wegen der Enttarnung des langjährigen Landesvorsitzenden **Udo Holtmann** als V-Mann des VS. Als neuer Landesvorsitzender löst nun der ehemalige Betreiber des zwischenzeitlich eingestellten Lüdenscheider "Donner-Versandes", **Stephan Haase**, den Interimsvorsitzenden **Timo Pradel** ab. Haase war in den letzten Jahren in der Berliner NPD-Bundeszentrale tätig gewesen und will sich wohl jetzt wieder auf NRW konzentrieren. Zu seinen Stellvertretern wurden Pradel, **Wolfgang Henning** aus Bochum und **Bruno Kirchner** aus Köln gewählt. Als Beisitzer fungieren **Horst Rosenow** (Dortmund), **Detlev Hebbel** (Velbert), **Erwin Kemna** (Ladbergen, Kreis Steinfurt), **Stefan Lux** (Heiligenhaus, Kreis Mettmann), **Manfred Gutsche** (Minden), **Bernd Kremer** (Essen), **Thorsten Bagehorn**, **Claus Cremer** (Bochum), **Willibert Kunkel** (Stolberg), **Nico Wedding** (Duisburg) und **Axel Hellmann** (Schwelm).
In einem weiteren DS-Artikel berichtet der Schwelmer **Thorsten Crämer** vom JN-Bundeskongress Mitte November im hessischen Kirchheim. Crämer leitete diesen Kongress eigenen Angaben zufolge als "Tagungspräsident", unterstützt vom ehemaligen Wuppertaler und heutigen rheinland-pfälzischen NPD/JN-Funktionär **Martin Laus**. Als neuer JN-Bundesvorsitzender löste der ehemalige Bundesvorsitzende der "Jungen Landmannschaft Ostpreußen" **Stefan Rochow** aus Hessen den bisherigen Vorsitzenden **Sascha Roßmüller** (Bayern) ab. Aus NRW gehören **Oliver Westerwinter** ("Amt Presse und Öffentlichkeitsarbeit") und die beiden Kemna-Attentäter Thorsten Crämer ("Amt Politik und Bildung"), und Nico Wedding dem neuen Bundesvorstand als Beisitzer an.

Von Pierre Briegert

Bochum

Eine Woche vor dem 9.11. sprühten Unbekannte in der Umgebung der NPD-Zentrale in Bochum-Wattenscheid Hakenkreuze und Nazi-Parolen. In der Nacht vor dem Gedenktag an die Reichspogromnacht wurde die Gedenktafel am Platz der ehemaligen Synagoge mit antisemitischen Parolen beschmiert. Anscheinend in der gleichen Nacht wurde das Kriegsdenkmal im Stadtpark mit Parolen versehen. In der näheren Umgebung wurden Hakenkreuze angebracht. Diese Beispiele aus der letzten Zeit stehen für eine bedenkliche Entwicklung in Bochum. Auch Neonazi-Angriffe mehren sich wieder. Die schweren Misshandlungen an Jugendlichen aus der Obdachlosenszene vor einigen Wochen, zeigen nur einen vorläufigen Höhepunkt auf. Die Täter gaben freimütig bei der Polizei an, sie seien "pervers" veranlagt. Damit entzogen sie ihren Taten, bewusst oder unbewusst, jeglichen politischen Hintergrund. Auch in der polizeilichen Pressemitteilung ist mit keinem Wort von einem rechten Hintergrund der Täter die Rede. Das durch die Medien geisternde Schlagwort "Prügelparty" spiegelt den oberflächlichen Charakter der Berichterstattung wieder. Bis heute ist auch weitestgehend ungeklärt, welche Rolle die hinter dem Hauptbahnhof gelegene städtische Anlaufstelle für obdachlose Jugendliche "Sprungbrett" spielt. Diese rief nach Bekanntwerden der Misshandlungen mögliche weitere Opfer unter den obdachlosen Jugendlichen dazu auf, sich zwecks vertraulicher Aussagen zu melden. Grotesk wird dieses vor dem Hintergrund, dass im "Sprungbrett" auch die Peiniger der obdachlosen Jugendlichen, nämlich sozial schwache Neonazis, verkehren. Bis heute ist nichts darüber bekannt

Herne/Bochum/Dinslaken

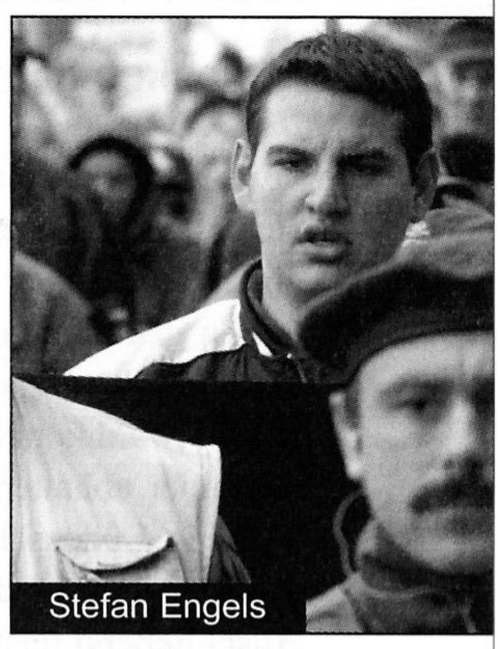
Schläger vor Gericht

Am 11.12.2002 standen vor dem Landgericht Bochum vier Neonazis vor Gericht, denen die Anklage mehrere im Oktober 2001 begangene Delikte vorwarf. **Roland Reimann**, **Marc-Alexander Hein**, **Benjamin Wendel** (alle Herne) und **Daniel Eichert** aus Dinslaken hatten gemeinsam mit weiteren acht Personen mit Baseballschlägern bewaffnet und vermummt den Proberaum einer Herner Metal-Band im sogenannten Bunker angegriffen. Zwei völlig unbeteiligte Personen wurden angegangen und das Inventar des "Bunkers" zerstört. Dass die Mitglieder der Band, die sich zu dem Zeitpunkt in dem Bunker befanden, mit heiler Haut davonkamen, verdanken sie lediglich der soliden Tür, die dem Ansturm der Neonazis standhielt. Anlass für den Angriff waren Eifersüchteleien Reimanns gegen den Schlagzeuger der Band. Anscheinend leicht reizbar, wenn es um seine Freundin geht, zog Reimann mit drei weiteren Personen, darunter erneut Marc Hein, später erneut los, um einen als "Zecke" und "Autonomen" bezeichneten Jugendlichen wegen einer angeblichen Beleidigung seiner Gefährtin zu bestrafen. Hierbei erlitt der Jugendliche einen Nasenbeinbruch. Bei einem dritten Vorfall wollten Reimann, Hein und ein weiterer Begleiter einen Mann zur Rede stellen. Reimann hielt hierbei dem Opfer, mit dem Tod beim nächsten Zusammentreffen drohend, eine Gaspistole an den Kopf. Außerdem griffen Reimann und drei weiteren Personen sechs Jugendliche an, die auf ihre Neonazi-Parolen mit dem Zeigen des Mittelfingers reagierten. Bei einer Hausdurchsuchung stellte die Polizei ca. 40 neonazistische CDs und eine Gaspistole in Reimanns Wohnung sicher. Dieser wurde zu 18 Monaten Haftstrafe auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 1.500 Euro, Marc Hein zu Freizeitarrest und 80 Sozialstunden und Benjamin Wendel zu 6 Monaten Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt.

Von der Antifa Herne

Düsseldorf

Düsseldorfer "Wehrwolf"


Stefan Engels

Am 4.11.02 ging in Düsseldorfer ein Prozess wegen eines neonazistischen Angriffes auf zwei Schwarze vor zwei Jahren zu Ende. **Daniela Rothe** (20) hatte die beiden damals rassistisch angepöbelt und dann mit einem Teleskopschlagstock bewaffnet und mit Unterstützung ihrer "Kameraden" vergeblich versucht, die Flüchtenden zu stellen. Für sie endete der Prozess mit lediglich vier Tagen Jugendarrest und 80 Arbeitsstunden, für **Jens Ramann** (25) mit 600 Euro Geldstrafe. **Sven Nagel** (28) und **Stefan Engels** (23) wurden freigesprochen. Sie seien zwar vermutlich bei dem Angriff dabei gewesen, so der Richter, dieses sei ihnen aber letztendlich nicht nachzuweisen. Großes Glück für den vorbestraften Engels: 1997 war er bereits wegen 26fachen versuchten Mordes zu einer viereinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Gemeinsam mit **Marcus Fink** und **Marcel Goeritz** hatte er sich am 31.7.1996 nachts in ein Düsseldorfer Aussiedlerwohnheim geschlichen, Feuer gelegt und beim Rückzug die beiden Feuerlöscher mitgenommen. Wäre nicht zufällig ein aufmerksamer Nachbar um diese Zeit nach Hause gekommen, die BewohnerInnen hätten keine Chance gehabt. Bereits am 22.5.1999 wurde Engels in Köln wieder auf einer Neonazi-Demo gesichtet. 1999 schloss er sich der "Kameradschaft Düsseldorf" an und ist bis heute ständiger Teilnehmer an neonazistischen Aktionen, häufig auch als Ordner. In der ersten Ausgabe der neonazistischen Zeitschrift "Düsseldorfer Beobachter", stellte er sich der Redaktion um **Sven Skoda** Anfang 2000 als Interviewpartner zur Verfügung, anonymisiert als "abgeurteilter Wehrwolf". Vorgestellt wurde er als "Kamerad, der ... nur noch im gewaltsamen Aufstand eine Möglichkeit sah, sein Recht auf seine Heimat auszudrücken".

Von Pierre Briegert

---

geworden, ob - und wenn ja, wie - sich das "Sprungbrett" dem Problem stellt bzw. ob ein solches überhaupt erkannt worden ist. Der Polizei ist die Präsenz von Neonazis im "Spungbrett" aus Ermittlungen im vergangenen Jahr jedenfalls bekannt. Von hier kann aber wohl mit Aufklärung der Hintergründe gerechnet werden. Polizeilicherseits wird auch in Bochum die Existenz einer organisierten Neonaziszene bestritten. Eine derartige Behauptung ist nicht einmal bei der Betrachtung der rechten BesucherInnen des "Sprungbretts" aufrecht zu erhalten, wenngleich die allermeisten von ihnen nicht dem festen Stamm der Szene angehören. Mindestens einer von ihnen und zugleich einer der Täter, ist jedoch regelmäßig auf bundesweiten Neonazi-Demonstrationen und auch in der Wattenscheider NPD-Landeszentrale anzutreffen und zudem einschlägig vorbestraft. Parteimitglied der NPD aber dürfte auch er nicht sein und erst recht kein Kader. Offensichtlich Grund genug, auch ihn von Seiten der Polizei nicht als Neonazi zu verorten, erst recht nicht als organisierten. Dieses lässt tief blicken, welches Verständnis von Organisierung (nicht nur) polizeilicherseits anzutreffen ist: Kein Parteibuch, kein Kader einer "Kameradschaft", also auch kein Neonazi, so einfach ist das. Einmal ganz zu schweigen davon, dass der über soziale und kulturelle Kategorien bestimmte rechte Zusammenhalt einmal mehr völlig entpolitisiert wird.

Von Antifas aus Bochum

(Hoch)sauerland(kreis)

Gedenken mit Hürden im Sauerland

"Ein Nationalsozialist vergisst keinen Nationalsozialisten", dachten sich auch in diesem Jahr rund 50 Neonazis, die Ende November zu einer Gedenkfeier für die vor fünf Jahren bei einem Autounfall ums Leben gekommenen **Andree Zimmermann**, **Thomas Kubiak** und **Harald Theo Mehr** ins Sauerland kamen. In der Schützenhalle in Brilon-Wald konnten sie am 23. November völlig ungestört eine Gedenkfeier abhalten, nachdem am Abend zuvor bereits am Grab von Mehr in Lüdenscheid ein Kranz abgelegt worden war. Der Staatsschutz beließ es dabei, die Veranstaltung in Brilon zu beobachten. Anschließend reisten rund zwei Dutzend der Kameraden zum Friedhof in Winterberg weiter, wo Zimmermann und Kubiak begraben sind.

Eine Allianz von "politischen Bullen und kriminellen Antifaschisten" sahen die Neonazis am Abend und in der Nacht darauf am Werk: Zunächst habe der Staatsschutz auf dem Friedhof in Winterberg zwei Kranzschleifen – unter anderem mit der Aufschrift "Der Kampf geht weiter" – "gestohlen". Anschließend hätten "Linke" die beiden verbliebenen Schleifen verbrannt und die Reste auf dem Wagen "einer führenden Aktivistin" – gemeint sein dürfte **Daniela Wegener** – hinterlassen. "Wir fordern den Staatsschutz auf, umgehend und schnellstens die Ermittlungen aufzunehmen!!! Wer solche Aktionen durchführt ist kurz gesagt ein Charackterschwein!!!", hieß es auf der Internetseite des "Siegener Bärensturms" später. Verantwortlich für die Seite zeichnet **Martin Scheele**, der kurz zuvor eine mehrmonatige Haftstrafe wegen Volksverhetzung abgesessen hatte.

Von Jan Spreuk

Köln

Einer geht noch ...
Noch ein "V-Mann" in der NPD NRW

In einer Pressemitteilung vom 29.11.02 machte der frühere NPD/JN- und DVU-Aktivist und heutige Journalist, Buchautor und aktive Antifaschist Jörg Fischer einen weiteren "VS-Skandal" und zugleich das "Ergebnis einer 41-monatigen investigativen Recherchetätigkeit, die zum Ziel hatte, die Arbeitsmethoden und die Verflechtungen des VS mit der NS-Szene zu analysieren und zu dokumentieren", bekannt. Der ehemalige Vorsitzende des JN-Bezirkverbandes Ruhr und spätere stellvertretende nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der JN, **Peter Viola**, hätte sich 1998 mit der Bitte um Hilfe beim Ausstieg aus der Szene an das nordrhein-westfälische Landesamt für Verfassungsschutz, aber auch an ihn selbst gewandt. Der VS habe Viola bedrängt, als V-Mann weiterzumachen. "Nach einigen Treffen, langen Gesprächen" mit ihm, so Fischer, hätte sich Viola zum Schein auf das Angebot des VS eingelassen, um zu "dokumentieren und zu belegen, dass [...] die neonazistische Szene zwar keine Erfindung dieser Behörde ist, wohl aber von ihr unterstützt und alimentiert wird." In über drei Jahren habe Viola "regelmäßig unbrauchbare ‚Informationen'" geliefert, "die teilweise an Lächerlichkeit kaum zu überbieten waren. Bis zu 2.500 DM Monatshonorar [...] unbelegte Spesen [...], ein Faxgerät" habe Viola (Deckname "Taste") hierfür erhalten.

(*siehe hierzu auch "stern" vom 28.11.2002, Seite 66*)

Von Pierre Briegert

Wuppertal

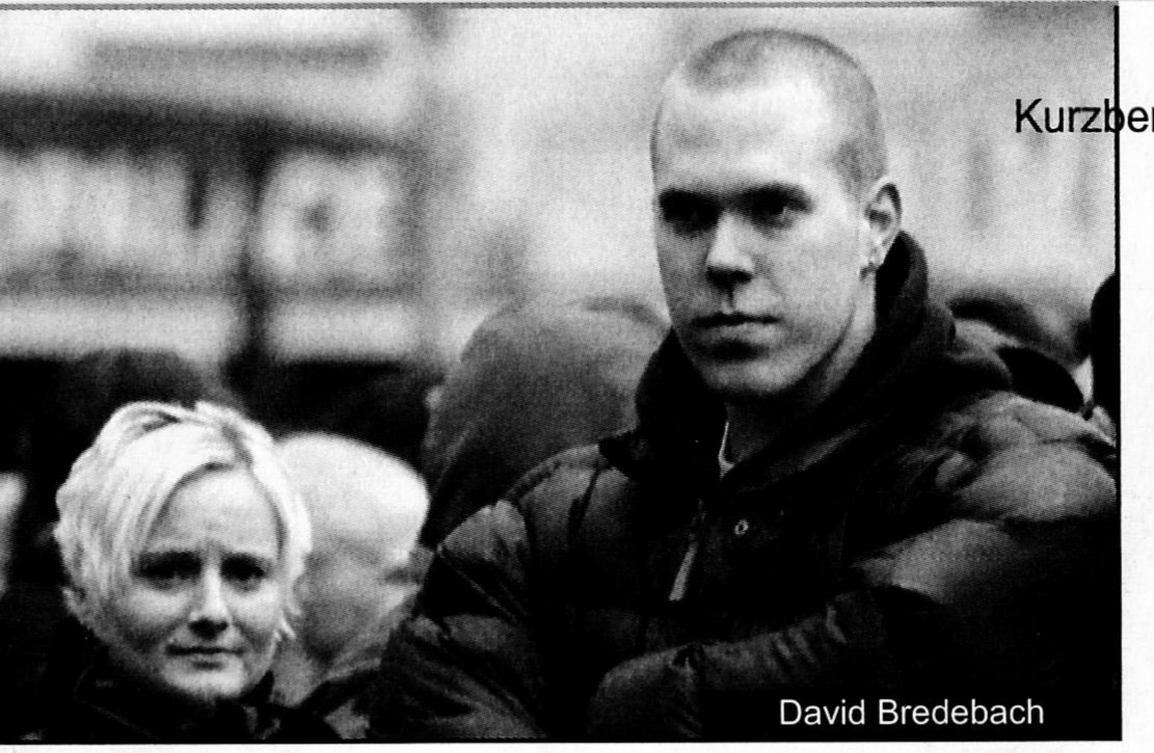
Klage gegen die Bundesrepublik zurückgewiesen

Die Klage eines Opfers des Neonazi-Überfalls am KZ-Mahnmal Kemna (*siehe LOTTA Nr. 5, Seite 3-4 und LOTTA Nr. 8, S. 24-27*) gegen das Land NRW und die Bundesrepublik auf Schmerzensgeld ist im November vom Landgericht Wuppertal zurückgewiesen worden. Die vorgetragenen Tatsachen seien "nicht hinreichend schlüssig". Das Gericht hatte dem Kläger bereits im Vorfeld "Rechtsmissbrauch" vorgehalten. Nicht der Schadensersatz stehe für ihn im Vordergrund, sondern "die Aufdeckung der Verflechtung des Biotops aus Staatsschutzbehörden, V-Leuten und NPD". Hintergrund der Klage war die vom CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach in Spiel gebrachte Beteiligung von V-Leuten am Kemna-Überfall im Juli 2000. Ein Beweis dieser Behauptung hätte das NPD-Verbotsverfahren endgültig scheitern lassen.

Die "Interessengemeinschaft Kemna-Überfall" hatte Klärung von den Verfassungsschutz-Ämtern verlangt. Als auch Anfragen an die parlamentarischen Kontrollkommissionen unbeantwortet blieben, wurde eine Zivilklage wegen Schadenersatz angestrengt. Wie die Enttarnung des V-Mannes **Bernd Schmitt** beim Prozeß wegen des mörderischen Brandanschlages 1993 in Solingen zeigt, führen Aussagen von V-Leuten bei einem regulären Verfahren wegen der fehlenden Aussagegenehmigung automatisch zur Enttarnung.

Neben **Thorsten Crämer** und **Nico Wedding**, die von Bosbach als V-Männer benannt wurden, steht vor allem **Axel Boris Hausweiler**, der sich als angeblicher Aussteiger mit Fernsehauftritten und mit belastenden Aussagen als Kronzeuge Straffreiheit erkaufte, in Verdacht. Hausweilers Behauptung, er hätte sich kurz vor dem Angriff heimlich von der Gruppe entfernt und nicht am Angriff teilgenommen, wurde vom Gericht akzeptiert. Der ebenfalls im Kemna-Verfahren verurteilte NPD-Mann **Norbert Wölk** soll nach Angaben von Thorsten Crämer in der Vergangenheit vom VS zur Zusammenarbeit angefragt worden sein. Wölk hat sich nach der Verurteilung ins Aussteigerprogramm "Exit" begeben. Am brisantesten sind aber die Vorwürfe gegen Thorsten Crämer, der übrigens nach Verbüßung der Strafe wieder im Bundesvorstand der JN sitzt. Crämer hatte laut Polizeiaufzeichnungen vor und nach dem Überfall telefonischen Kontakt mit dem Leiter des Hagener Polizeilichen Staatsschutzes Deffner. Am Abend telefonierte Crämer mit dem damaligen NPD-Landeschef **Udo Holtmann**, der in seiner Zweitfunktion bekanntlich langjähriger V-Mann des Verfassungschutzes war. Über den Inhalt dieser Gespräche liegen angeblich keine Abhörprotokolle vor. Bedienstete V-Männer belauscht man eben nicht. Der Kläger wird Rechtsmittel einlegen.

Von Antifas aus Wuppertal


David Bredebach

Olpe

Olper Neonazi im "Weltnetz"

Ende Dezember war der Hilferuf in einigen Neonazi-Foren zu lesen: "Bin grad dabei, die RAC-Suchmaschine neu zu basteln. Brauche aber Hilfe. Hat jemand Interesse mitzuarbeiten?" "Pluton" nannte sich der Autor. Hinter dem Pseudonym verbirgt sich **David Bredebach** aus Neuenkleusheim bei Olpe. Schon einmal hatte er eine Art RechtsRock-Lexikon im Internet aufgebaut - die, wie er selbst schrieb, "größte Rock against communism-Suchmaschine im Weltnetz". Etwas mehr als ein halbes Jahr war die Datenbank mit Angaben zu Bands und CDs auf einer eigenen Homepage zu finden, doch seit Oktober herrscht erst einmal Funkstille. Und auch in den Neonazi-Foren, in denen sich Bredebach regelmäßig tummelte, tauchte er seit dem Sommer 2002 seltener auf. Völlig von der Bildfläche verschwunden war er aber nicht. Ende November z.B. berichtete er im "Nationalen Forum" über das **Zimmermann-Kubiak-Mehr**-Gedenken (*s. Kurzbericht)*. Seit Jahren gehört Bredebach, der bis Ende 2002 bei dem hessischen Internetdienstleister "nwh Team" als Ansprechpartner für "Technik, Domains, Technischer Support" genannt wurde, zur Szene rund um den Siegener **Martin Scheele**, dessen Homepage er auch gestaltete. Er ist Mitglied im neonazistischen "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS). Häufig tauchte er bei Neonazi-Aktionen auf - ausgerüstet mit Kamera. Bredebachs Fotos wurden auf Scheeles Internetseite oder in den Foren, in denen Bredebach aktiv war, veröffentlicht. Während Scheele im Sommer und Herbst eine Haftstrafe absaß, wurde es etwas ruhiger um Bredebach. Schon damals war zu vermuten, dass sich das mit Scheeles Rückkehr wieder ändern würde.

Von Jan Spreuk

NRW-Nazis on the road

Ehemaliger Düsseldorfer Lehrer hilft bei Brandanschlag

Ehemalige Nachbarn und Kollegen in Düsseldorf und Willich beschreiben **Guido Stoffels** als schüchternen, konservativen und zurückgezogen lebenden Musiklehrer. Ende 2001/Anfang 2002 sei der 38-Jährige nach Wismar verzogen, wo er eine Stelle als Musiklehrer an einem Gymnasium angetreten haben. Am 6.11.2002 berichtete dann die Wismarer Zeitung von einem Brandanschlagsversuch auf einen Asia-Imbiss ein Tag zuvor. Die Polizei hatte im Gebäude zwei 18-jährige Schüler erwischt, die gerade Benzin entzünden wollten. Eine Woche später wurde Stoffels wegen des dringenden Verdachs auf Beihilfe zum versuchten Mord in U-Haft genommen. Er soll die beiden Täter bei einem NPD-Treffen kennen gelernt haben und später bei der Tatvorbereitung behilflich gewesen sein. Bei zwei Hausdurchsuchungen soll neonazistisches Propagandamaterial, eine Hakenkreuzflagge über dem Bett, ein Hitler-Portrait sowie Bilder, auf denen Stoffels mit anderen beim "Hitlergruß" zu sehen ist, gefunden worden sein, berichtete die "Schweriner Volkszeitung". Kollegen, so die SVZ, galt Stoffels als "konservativer Einzelgänger". Die OZ berichtete aber auch von einer Schülerin, die bestätigte, dass er "durch rechtsradikale Äußerungen in der Schule aufgefallen" sei. Während der Lehrkörper in Mecklenburg-Vorpommern darüber jammert, dass "das Ansehen der gesamten Lehrerschaft in unserem Lande in Misskredit gebracht" worden sei, liegt ein Mantel des Schweigens über der politischen Vergangenheit von Stoffels. Die SVZ berichtete am 6.12., dass zwischenzeitlich der Verfassungsschutz eingestanden habe, dass Stoffels "bereits früher wegen rechtsextremer Aktivitäten aufgefallen" sei und "seit längerem im Nachrichtendienstlichen Erkennungssystem (NADIS)" geführt würde. Er sei "früher in Krefeld als Aktivist der DVU ins Visier des Verfassungsschutzes von Nordrhein-Westfalen geraten". Zuletzt hatten sich Gerüchte gehäuft, Stoffels sei als V-Mann für einen Geheimdienst tätig gewesen. "Wir betonen, dass Herr S. zu keinem Zeitpunkt als Quelle oder Vertrauensperson für unseren Verfassungsschutz gearbeitet hat", stellte daraufhin ein Sprecher des Innenministeriums auf Anfrage der SVZ fest.

Von Pierre Briegert

Heim ins Reich

Knapp zwei Jahre nachdem sich der Neonazi **Michael Krick** in die Niederlande abgesetzt hatte, machte das höchste Gericht des Landes in Den Haag Anfang November den Weg frei für seine Auslieferung an die Bundesrepublik. Hier erwarten den 26-Jährigen mindestens zwei Gerichtsverhandlungen. Ihnen hatte sich der früher in der "Sauerländer Aktionsfront" aktive Neonazi, der später gemeinsam mit **Siegfried Borchardt** die Dortmunder Neonaziszene organisierte, durch seinen Umzug in die Niederlande entziehen wollen. Die Justiz in Dortmund suchte ihn mit internationalem Haftbefehl, weil er zu einem Verhandlungstermin nicht erschienen war. Krick hatte vor Gericht stehen sollen, nachdem er im September 2000 an der deutsch-holländischen Grenze gestoppt worden war – mit 15 CDs "Die Deutschen kommen II" im Gepäck. Gesucht wurde er auch von der Berliner Justiz. Sie ermittelte gegen Krick, weil seinen Hinterkopf das Tattoo eines SS-Totenkopfs "schmückte". Zeitungsberichten zufolge nahm auch das BKA Ermittlungen gegen ihn auf, nachdem er 2001 bei einer Veranstaltung der "Nederlandse Volksunie" (NVU) seinen "Kameraden" die baskische ETA als Vorbild empfohlen hatte. Vor seinem Wechsel in die NL war er zudem in Verdacht geraten, dem wegen Mordversuchs gesuchten Neonazi **Christoph Schulte** bei dessen Flucht behilflich gewesen zu sein. In Holland konnte er sich recht frei tummeln (*vgl.: LOTTA Nr. 8, Seite 34*). Zwar war er am 18.1.2001 festgenommen worden, als er mit der Fähre nach England übersetzen wollte, einen Monat später durfte er das Gefängnis aber schon wieder verlassen.

Von Jan Spreuk

Von Johannes Lohmann

Axel Reitz und Manfred Rouhs

Neonazismus in Köln

Mit dem Regionalbericht zu Neonazismus in Köln geht nach dem Raum Aachen, dem Hochsauerland, dem Münsterland unsere Reihe der Regional- und Lokalberichte aus NRW nun in die vierte Runde. Köln indes scheint für Neonazis im Gegensatz zu anderen Regionen kein gutes Pflaster zu sein. Diesen Eindruck bekommt man zumindest, wenn man ein Blick auf die letzten öffentlichen Aktionen der extremen Rechten wirft: Peinlich bis desaströs waren der Aufmarsch der örtlichen "Kameradschaft" und auch das "Signal-Pressefest" von Manfred Rouhs im Sommer 2002. Dennoch dürfen die Strukturen der örtlichen Naziszene keineswegs unterschätzt werden.

"Pro Köln"

Die zur Zeit aktivste Kölner Gruppierung ist zweifellos die selbsternannte "Bürgerbewegung Pro Köln e.V." um **Manfred Rouhs**. Doch außer ihrem Namen hat "Pro Köln" nichts von einer "grundgesetztreuen und bürgernahen" Gruppierung: In ihr tummeln sich altbekannte Leute, die vornehmlich aus dem Spektrum der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" stammen (DLHV) stammen. Das Programm wirkt auf den ersten Blick moderat formuliert. Außer der antisemitischen Agitation gegen die vermeintliche Dominanz der US-amerikanischen "Ostküste" liest sich der Forderungskatalog von "Pro Köln" wie eine Auflistung wohlbekannter rechtspopulistischer Rufe nach Law & Order, einer begrenzten Zuwanderungspolitik und der Ausgrenzung gesellschaftlicher "Randgruppen" (*siehe LOTTA Nr. 8, Seite 30-32*). Dementsprechend auch das öffentliche Auftreten von "Pro Köln": Aufmärsche, Mahnwachen und Kundgebungen, die sich direkt an die Bevölkerung richten sollen. Sei es das Thema "Drogenstrich", "Kalifatstaat" oder der Christopher-Street-Day. Überall dort, wo das deutsch-spießige Empfinden Kölner Bürger gestört ist oder diese meinen, von Benachteiligung betroffen zu sein und einem rassistisch-ausgrenzenden Unmutsgefühl Luft verschafft, versucht "Pro Köln" die Stimmung zu schüren und davon zu profitieren. Bisher musste die extrem rechte Vereinigung jedoch schwere Schlappen einstecken: Bei ihren Fackelmärschen gegen den "Drogenstrich" im Winter 2001/02 gelang es, diese massiv zu behindern. Die Demonstration gegen den Verfassungsschutz im März 2002 konnte "Pro Köln" nicht durchführen, da die Polizei nicht mehr für die Sicherheit garantieren konnte. Und das "Signal-Pressefest", das von Rouhs diesmal in Köln organisiert wurde, musste nach wenigen Stunden aufgrund technischer Probleme, interner Streitigkeiten und nicht zuletzt der Schwierigkeit der Teilnehmer, zum Veranstaltungsort zu gelangen, beendet werden. Eine angemeldete Kundgebung gegen den Christopher-Street-Day sagte "Pro Köln" daraufhin ab.

Pro Köln wurde 1996 von alten Kadern der DLVH als Verein mit dem Namen "Bürgerbewegung pro Köln e.V." gegründet. 1999 wurde fast das komplette Führungspersonal ausgewechselt. Nicht unwahrscheinlich, dass dadurch auch der Personenkreis um Manfred Rouhs mehr Einfluss bekommen und gleichzeitig missliebige Personen, wie beispielsweise das Gründungsmitglied **Paul Niessen,** ausgeschaltet werden sollten. Niessen hatte Rouhs' einst Räumlichkeiten für seinen "Europa Vorn"-Verlag in Eschweiler vermietet, bevor sich die beiden überwarfen. Seit 1999 fungiert Rouhs zwar offiziell "nur" als Schatzmeister der extrem rechten Regionalpartei, gilt jedoch als deren Kopf. Mit der politischen Erfahrung aus seiner langjährigen Karriere von JN über REP, für die er 1989 in den Kölner Stadtrat eingezogen war, bis hin zur DLVH, bestimmt er die Inhalte und vertritt die "Bürgerbewegung"

auch nach außen. Obwohl für das Internetangebot offiziell die Vereinsbeisitzende **Birgit Schmitz** aus Köln-Poll verantwortlich zeichnet, wird dieses genauso wie die Homepage seines von "Europa vorn" in "Signal" umbenannten Magazins und des "Europa Vorn"-Versandes von Rouhs selbst gestaltet. Ein weiterer Ausdruck der "Verjüngungskur" von Pro Köln ist die 1999 gewählte und seit Juni 2000 offiziell eingetragene Vorsitzende **Judith Wolter**. Die 24-jährige Jurastudentin löste **Sven Möller** ab. Bisher trat sie jedoch immer nur zurückhaltend und nur an der Seite von Rouhs auf. Mit einer jungen Frau an der Spitze will sich extrem rechte Organisation ein jugendliches Image verschaffen. Wolter ist auch Initiatorin einer "Plattform demokratischer Studenten" (pdst), dem studentischen Ableger von "Pro Köln". Dieser Plattform fehlt es jedoch an einer Basis in Form von studentischen Mitgliedern. Das ist auch der Grund, warum sich die pdst - trotz anderslautender Ankündigung - an den Wahlen zum Studierendenparlament Anfang Dezember 2002 nicht beteiligte.

Ein anderer Wechsel vollzog sich beim stellvertretenden Vorsitz, der von **Dietmar Dander** auf **Bernd Michael Schöppe** und **Volker Jung** überging. Auch Schöppe war zu früheren Zeiten bei der DLVH aktiv sowie zeitweilig lose mit der "Kameradschaft Köln" assoziiert. Derweil wirkt sein Bruder **Daniel Mike Schöppe** bei den "Republikanern" mit, für die er beispielsweise bei der Bundestagswahl 2002 kandidierte. Der ehemalige Lehrer Dander ist inzwischen als Vorsitzender beim "Bündnis für Deutschland" gelandet, jedoch immer noch bei "Pro Köln"-Aktionen anzutreffen. Ein weiterer wichtiger Funktionär der selbst ernannten "Bürgerbewegung" ist der Rechtsanwalt **Markus Beisicht**, der ebenso wie seine heutige Ehefrau, **Dr. Gabriele Beisicht** (geb. Schläper) Rouhs bereits zu Zeiten, als sie gemeinsam im "Ring Freiheitlicher Studenten" (RFS) organisiert waren, zur Seite stand. Der heute in Burscheid lebende Beisicht vertritt als Anwalt über die in Leverkusen ansässigen Kanzlei seines Schwiegervaters **Karl Heinz Schläper** auch militante Neonazis. Das jüngste Projekt von "Pro Köln" ist die Mobilisierung gegen den geplanten Moscheenbau in Köln-Chorweiler und Mülheim. Neben bereits durchgeführten Infoständen, Unterschriftensammlungen und Informationsveranstaltungen ist erneut eine Demonstration am 15. März 2003 geplant. Auch der Leverkusener Ableger von "Pro Köln", die "Leverkusener Offensive" unter dem Vorsitzenden **Hans-Dieter Sterman** agitierte gegen einen dortigen Moscheenbau und konnte sich der Unterstützung eines gewissen Teils der Bevölkerung sicher sein.

Der aktive Kern von "Pro Köln ist ein Personenkreis von ca. 10 bis 15 Personen, mit einem nur sehr kleinen Umfeld. Den Großteil der Teilnehmer der von Pro Köln angemeldeten Aufmärsche stellen militante Neonazis aus NRW aus dem Spektrum der "Freien Kameradschaften", darunter auch bekannte Neonazigrößen wie **Siegfried Borchardt** ("SS-Siggi") aus Dortmund sowie **Christian Malcoci** aus Korschenbroich, der heute in den Niederlanden lebt.

Die "Kameradschaft Walter Spangenberg"

Genau diesen Kreis zu mobilisieren tut sich die "Kameradschaft Walter Spangenberg", auch "Kameradschaft Köln" bezeichnet, schwer. Sie geriert sich zwar als nationalsozialistische Alternative zu der - wie es auf ihrer von der ehemaligen Kölnerin und heute in Hamm/Westfalen lebenden Aktivistin **Lisa Sagrudny** des "Bund Heimattreuer Frauen" (BHF) mehr schlecht als recht gepflegten Internetseite der Kölner Kameradschaft hieß - "schwarz-rot-gelbe Reaktion", was auch explizit gegen Manfred Rouhs und "Pro Köln" gemünzt ist. Doch die mit viel Pathos durchzogene unverhohlene Glorifizierung des Dritten Reiches, die nationalsozialistische Phrasendrescherei und ein geradezu grotesk anmutendes realitätsfernes Auftreten scheint nur wenig Anklang in der Neonazi-Szene zu finden. Zu den beiden bislang genehmigten KDS-Demonstration in Köln kamen nicht mehr als einmal 120, das andere Mal 60 Personen. Geführt wird die Gruppe von dem 20jährigen Kameradschaftsführer **Axel Reitz** und seinem Stellvertreter **Paul Breuer** ("Helle"), die auch auf vielen neonazistischen Aktion außerhalb von Köln auftauchen. Die "Kameradschaft Walter Spangenberg" bezieht sich in ihrer Namensgebung auf einen Kölner SA-Mann, der im Februar 1933 bei einer Auseinandersetzung zwischen Nazis und Kommunisten umkam und deswegen als das erste Kölner "Blutsopfer" stilisiert wird. Die Gruppe steht wie viele andere heutige "Freien Kameradschaften" zudem in der Tradition der Anfang 1995 verbotenen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) und in der von **Michael Kühnen** geleiteten "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF), insbesondere der GdNF-"Massenpartei" "Deutsche Alternative" (DA), die Ende 1992 verboten wurde. DA-Beauftragter für Köln war Anfang der neunziger Jahre der heute 35-jährige **Rainer Frank Gallianer**, als Bundesschatzmeister fungierte der 1927 geborene **Wilhelm Kuhl**. Erwähnenswert ist auch noch der damalige FAP-Kader **Detlef Woelk**. Insbesondere Gallianer und Woelk tauchten auch in den Folgejahren immer wieder auf. Noch vor dem Verbot der DA gründeten Kölner und Duisburger DA-"Kameraden" die für NRW zuständige DA-Nachfolgeorganisation "Deutscher Weg" (DW), die aber auch nur bis 1993 Bestand hatte. Die FAP schien zu diesem Zeitpunkt keine Alternative mehr zu sein, da auch hier ein Verbot zu erwarten war. Eine weitere kläglich gescheiterte Neugründung stellt der "Bund Nationaler Kameraden" (BNK) mit Sitz in Köln da, der zu keinem

Paul Breuer

Markus Beisicht

Zeitpunkt Bedeutung erlangen konnte. Auch der letzte Versuch, 1993 mit den "Deutschen Nationalisten" (DN) eine bundesweit GdNF-Partei in der Nachfolge der DA zu etablieren, scheiterte nach weniger als zwei Jahren. Gallianer wirkte an diesem Versuch in einer der führenden Funktionen mit. Diverse "Kameraden" wandten sich nun nicht verbotenen Organisationen wie der NPD und der JN zu. So verfügte die Kölner JN Mitte der neunziger Jahre unter der Leitung von **Achim Ezer** und **Oliver Händel** durchaus über eine gewisse Handlungsfähigkeit und eine gewisse Basis. Der damalige JN-Landesvorsitzende Ezer schied 1999 im Streit aus der JN und NPD aus und gründete das "Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft", später umbenannt in "Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG). Regional ist aber seit Jahren nichts mehr von Ezer und seiner BDVG zu hören. Oliver Händel zog nach Dresden und schied später ebenfalls im Streit aus der Partei aus. Der JN-Stützpunkt Köln wurde zwar noch eine Zeit lang von **Melanie Wosniak** weitergeführt, versank dann aber in die Bedeutungslosigkeit und politische Untätigkeit. Diverse Kölner "Kameraden" hatten sich zwischenzeitlich auch schon mit dem Organisierungsansatz als "Freie Kameradschaft" angefreundet, allerdings immer auf der Suche nach einer neuen bundesweiten Organisation mit Parteicharakter, die dann am 1. Mai 1999 mit dem Kühnen-Traditionsverein "Kampfbund Deutscher Soldaten" (KDS) geschaffen wurde, deren Kölner Ableger (auch "KDS Gau Rheinland" genannt) nahezu identisch mit der "Kameradschaft Spangenberg" sein dürfte. Ziel des in der Szene weitestgehend marginalisierten KDS ist die Schaffung einer rot-braunen Einheitsfront, jedoch auf der Basis eines "gemeinsamen Bekenntnis zu Volk und Staat". Ideologisch äußerst diffus werden als Vorbilder Friedrich Engels, Josef Goebbels und das nordkoreanische Staatsoberhaupt Kim Jong II benannt. So scheint es auch nicht zu verwundern, dass das Gründungsmitglied **Michael Koth** aus Berlin, der Organisationsleiter und ehemalige Kühnen-Stellvertreter **Thomas Brehl** aus dem hessischen Langen und der "Gausekretär Oberbayern", **Peter Habermann** aus Garmisch-Patenkirchen, zusammen mit dem "Gausekretär Rheinland" **Axel Reitz** im Herbst 2002 im Braunhemd in der irakischen Botschaft auftauchten, um dem irakischen Volk ihre Solidarität im Kampf gegen die USA und Israel zuzusichern. Ein solches Auftreten schien zumindest bei einer weiteren "Kameradschaft" gut angekommen zu sein. Der "Nationale Sturm Köln", Ende 2001 von **Horst Uwe Pendsinski** aus Köln-Mülheim initiiert, fusionierte im letzten Jahr mit der "Kameradschaft Walter Spangenberg". Diese Gruppe, deren Internetseite Mitte 2002 gesperrt wurde, bleibt jedoch als "Vorfeldorganisation" innerhalb der Kameradschaft Köln weiter bestehen, wie es in einer gemeinsamen Erklärung heißt. Die "Kameradschaft Köln" hat es bislang nicht geschafft, einen größeren Personenkreis an sich zu binden. Auch wenn vereinzelt Feiern wie beispielsweise am 9.11.2002, als ca. 30 Nazis in einer Kleingartenanlage der Deutschen Bahn die "Reichskristallnacht" zelebrierten, stattfinden, so bleibt das Umfeld vornehmlich auf einen kleinen Bekanntenkreis von Reitz, Pendsinski und Breuer beschränkt, die sehr gute Kontakte zu Wuppertaler Neonazis pflegen. Kameradschaftsaktivist Paul Breuer war zusammen mit seinem Bruder **Thomas Breuer** im übrigen auch Mitglied der NPD.

NPD und Umfeld

Der Kreisverband der NPD unter der Führung von **Peter Lingnau** ist jedoch auch aufgrund von mangelndem Zulauf kaum noch aktiv. Die Internetseite ist schon lange aus dem Netz entfernt. Lediglich zu Wahlkampfzeiten tritt die Partei lokal in Erscheinung. Für die Bundestagswahl trat sie in drei von vier Kölner Wahlkreisen an und erzielte dabei ein Ergebnis von durchschnittlich 0,25 %. Empfohlen hatte sie sich dabei mit dem Slogan "NPD KV Köln: 100% deutsch". Auf dem achten Platz der Landesliste kandidierte der ehemalige DLVH-Kommunalwahlkandidat **Bruno Kirchner**, der erst kürzlich zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD gewählt wurde. Seit längerer Zeit nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten ist dagegen **Ingo Halberstadt** alias "Rene Heizer", der nicht nur NPD/JN-Aktivist und Liedermacher war, sondern in seinem "Midgard-Versand" neben CDs auch Schmuck und Waffen anbot.

Bislang lassen sich noch keine weiteren Organisierungsversuche des neonazistisch orientierten subkulturellen Spektrums, das vornehmlich im Bereich der Kölner Altstadt und in Kneipen wie dem "Cave" und dem "Lalic" anzutreffen ist, erkennen. Auch die Nazi-Bands "Kieckers Fünfte Kolonne und die Holländer" und "Mjölnir" scheinen aufgelöst worden zu sein. Dagegen führt **Herbert Egold** von Köln-Brühl aus mit "Rock-O-Rama" (ROR) nach wie vor das bundesweit größte RechtsRock-Unternehmen, das sowohl als Label als auch als Vertrieb und Versand auftritt. Daneben existiert im Kölner Süden mit dem "Alternativ CD-Vertrieb" von **Wolfgang Missale**, dem ehemaligen "Rock-O-Rama"-Geschäftsführer, noch ein wesentlich kleinere RechtsRock-Vertrieb.

Fazit

Köln hält was die Anzahl der Naziaufmärsche betrifft in NRW einen traurigen Rekord. Doch trotz starker Präsenz gelingt es den Strukturen der Neonazi-Szene vor Ort bislang noch nicht, eine breitere und kontinuierliche Basis zu schaffen und ihr Potential zu nutzen. Hieran gilt es anzuknüpfen, um den Spielraum für den örtlichen Neonazismus noch enger werden zu lassen. Einmal mehr gilt für AntifaschistInnen, weiterhin einen langen Atem zu bewahren.

Ein Wahlrückblick

Für die letzte LOTTA-Ausgabe kam sie etwas zu spät, die Bundestagswahl am 22.9.2002. Deshalb aber auf eine Auswertung der Wahlergebnisse der Rechtsaußen-Parteien ganz zu verzichten, erscheint wenig sinnvoll. Darum im Folgenden ein Blick auf deren Abschneiden in NRW.

Die Republikaner waren im Rechtsaußen-Spektrum auch in NRW die großen Verlierer bei der Bundestagswahl 2002, die NPD der Gewinner. Während die Truppe von REP-NRW-Chefin **Uschi Winkelsett** knapp zwei Drittel der 1998 gesammelten Stimmen verlor und gerade noch auf 40.669 Zweitstimmen kam, verdoppelte die NPD ihr Ergebnis: Sie holte 25.883 Zweitstimmen gegenüber 12.316 vor vier Jahren.

Insgesamt halbierte sich das Ergebnis der Rechtsaußenparteien: 143.222 Mal machten Wähler in NRW ihr Kreuzchen bei REPs, NPD, "Christlicher Mitte" (CM), "Bürgerbewegung Solidarität" und "Schill-Partei" (1,4 Prozent). 1998 waren 302.285 Voten für das "Bündnis für Deutschland", die "Bürgerbewegung", den BFB, die REPs, "Pro DM", NPD, CM und DVU gezählt worden (2,8 Prozent). Die DVU, die vor vier Jahren noch knapp 100.000 Stimmen geholt hatte, trat diesmal nicht an.

REPs und NPD

Von 1,0 auf 0,4 Prozent schrumpften die REPs, die nur zwei Direktkandidaten aufgestellt hatten. Ihren Schwerpunkt hatten sie im Ruhrgebiet. In Gelsenkirchen erzielten die REPs ihr bestes Ergebnis mit 1,2 Prozent. Noch besser war dort ihr Erststimmenergebnis mit 1,7 Prozent für den 24-jährigen Studenten Keven Gareth Hauer. 0,9 Prozent holten die REPs in Essen II, Herne-Bochum II und Soest, wo der Listenzweite, der Ex-CDU-Politiker **Klaus Petri** wohnt und seine Partei gegen den Trend sogar einen Zuwachs verzeichnen konnten. 0,8 Prozent erzielten sie in Duisburg II. **Hans Kemper**, der im Kreis Aachen kandidierte, kam auf 0,9 Prozent.

Die NPD stellte in vier Wahlkreisen Direktkandidaten auf – was sich dort auszahlte: In allen vier Kreisen erzielte sie überdurchschnittliche Ergebnisse. Auf 0,5 Prozent kam die NPD in Duisburg II und im Märkischen Kreis II. 0,4 Prozent waren es im Rhein-Sieg-Kreis I, Mettmann II, Oberhausen-Wesel III und Essen II, 0,3 Prozent im Kreis Aachen und im Rhein-Sieg-Kreis II. Das beste Erststimmenergebnis holte mit 0,7 Prozent bzw. 1201 Stimmen **Timo Pradel** im Märkischen Kreis II. **Marcus Andreas Spruck** kam im Rhein-Sieg-Kreis I auf 0,6 Prozent, **Hermann-Josef Koch** im Rhein-Sieg-Kreis II auf 0,5 und der Ex-DVU-Politiker **Willibert Kunkel** im Kreis Aachen auf 0,3 Prozent. Insgesamt holte die NPD in NRW 0,2 Prozent, halb so viel wie im Bundesdurchschnitt.

"Christliche Mitte" (CM), "Bürgerbewegung Solidarität" (BüSo) und "Bündnis für Deutschland"

4116 und damit gerade einmal vier Promille der Stimmen gewann die CM. Ihre Landesliste wurde angeführt von der Bundesvorsitzenden **Adelgunde Mertensacker** aus Liesborn sowie dem Großhandelskaufmann **Peter Rudolf Keck**. Wahlkreiskandidaten hatte die Partei in NRW nicht aufgestellt. Noch schwächer als die CM schnitt die BüSo ab, die 1561 Zweitstimmen sammelte. Ihre Direktkandidaten kamen auf lediglich 0,1 bzw. 0,2 Prozent im Rheinisch-Bergischer Kreis, in Düsseldorf I und II, Bottrop-Recklinghausen III und Herford-Minden-Lübbecke II. Anders als 1998 fanden nur die Wähler im Rhein-Sieg-Kreis das "Bündnis für Deutschland" auf ihrem Wahlzettel. Das Ergebnis war so kläglich wie die Demonstrationsversuche dieser Gruppierung: In den beiden Rhein-Sieg-Wahlkreisen entfielen auf **Helmut Arno Fleck** 118 und auf **Dominique David Oster** 141 Stimmen.

Die "Schill-Partei"

Fast die Hälfte der Rechtsaußenwähler in NRW votierten für die "Schill-Partei", die in 52 der 64 Wahlkreise Direktkandidaten aufgestellt hatte. Allerdings hatte die Partei mit einem weit besseren Ergebnis gerechnet. Lediglich 70.993 Stimmen bzw. 0,7 Prozent entfielen auf die Ableger des Hamburger Innensenators, dessen Bodyguards bei einem Wahlkampfauftritt in Dortmund die Colts locker sitzen hatten. Das beste Ergebnis erzielte die Partei im Märkischen Kreis II mit 1,4 Prozent, in Paderborn und Gelsenkirchen kam sie auf 1,3, in Duisburg II auf 1,2, in Bottrop-Recklinghausen III und Recklinghausen I auf 1,1 Prozent. Am besten schnitten die Direktkandidaten **Klaus-Dieter Gütting** im Märkischen Kreis II mit 1,6 Prozent, **Hartmut Hüttemann** in Paderborn mit 1,5, **Dietmar Petrat** in Duisburg II, **Uwe Mertesacker** in Bottrop-Recklinghausen III und **Horst Günter Baumgart** in Herne-Bochum II mit 1,4 Prozent ab.

Als Landratskandidat kläglich gescheitert

Im Ennepe-Ruhr-Kreis war am 22. September auch ein neuer Landrat zu wählen. **Willibert Kunkel**, der im Frühjahr 2002 von der DVU zur NPD gewechselt war, weil ihm die Frey-Partei zu zahm und zu wenig aktionistisch war, wollten gerade einmal 0,8 Prozent der Wähler als neuen Chef im Kreishaus des Ennepe-Ruhr-Kreises sehen. Sein bestes Ergebnis erzielte er in Ennepetal mit 1,0 Prozent.

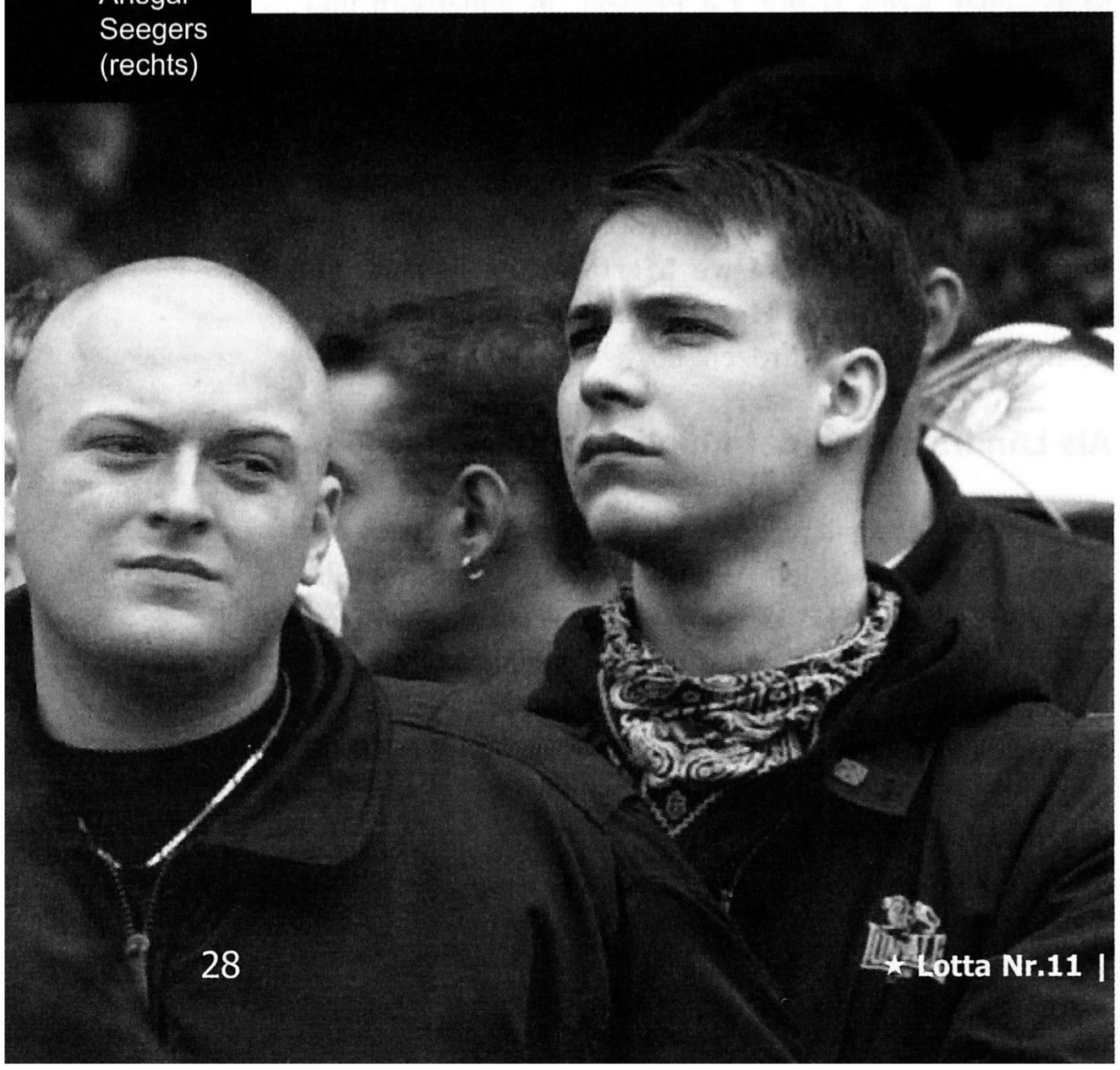
Von Pierre Briegert

Alles, was recht(s) ist

Ein Neonazi leitet einen Ortsverband der "Schill-Partei" in Mettmann

Bei der "Schill-Partei" rechnet man ja eigentlich mit allem. Hamburg Innensenator **Ronald Barnabas Schills** Brandrede im Bundestag und die brutalen Einsätze seiner Polizeitruppen in Hamburg sprechen für sich. Dass aber – wie sich im November herausstellte [1] - ein Ortsverband der "Schill-Partei" in NRW von einem seit Jahren aktiven Neonazi geleitet wird, überrascht dennoch ein wenig.

1.246 Mitglieder, verteilt auf 40 Orts- und Kreisverbände, meldete der NRW-Landesverband der "Partei Rechtsstaatlicher Offensive", also der sogenannten "Schill-Partei", Ende Dezember stolz auf seiner Homepage. "Rechtsextremisten", so Schill, hätten aber in der Partei nichts verloren: "Wir haben eine Aversion gegen Rechtsextremisten". Schließlich – so steht es in der Präambel der Partei – möchte man den "Schutz der Gemeinschaft vor kriminellen und/oder subversiven sowie autonomen Kräften" sicherstellen und "verurteilt jegliche Art von politischem Extremismus [...] aufs schärfste." Angeblich überprüft die "Schill-Partei" diesbezüglich sogar Bewerber auf eine Mitgliedschaft via Internet. Darauf, dass eine solche Vorgehensweise schon alleine wegen des kräftezehrenden und personalaufwendigen Bundestagswahlkampf weder erwünscht war, noch praktiziert wird, deutet einiges. Allein bei besonders Ruf schädigendem Verhalten erfolgt ein Parteiausschlussverfahren. Ein Beispiel hierfür aus NRW ist das des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und späteren Schill-Bezirksverbandsvorsitzenden Düsseldorf, **Frederick Schulze**. Dieser hatte am 11.9.2002 bei einer Wahlkampfveranstaltung in Kaarst (Kreis Neuss) Gegendemonstranten zugerufen, sie mögen sich doch Arbeit suchen, denn "Arbeit macht frei".



Dennis Ansgar Seegers (rechts)

Es wächst zusammen, was zusammen gehört

Kein Wunder also, dass nach dem erdrutschartigen Wahlerfolg der "Schill-Partei" am 23.9.2001 bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen (19,4 Prozent) zumindest ein Teil der extremen Rechten ein interessiertes Auge auf die Schillianer warf, was aber allerspätestens nach dem schlechten Abschneiden bei dem Bundestagswahlen[2] wieder nachgelassen haben dürfte. Ebenso ist es nicht sonderlich erstaunlich, dass diverse nach (noch) mehr law and order lechzende Polizeibeamte und frustierte CDU-Rechtsaußen bei Schill ihre politische Heimat gefunden haben. Hierzu zählt zum Beispiel in NRW der Schill-Bundestagskandidat und ehemalige CDUler **Christian Otte** aus Kaarst, einst NRW-Landesvorsitzender des "Christlich-Konservativen Deutschland-Forums" (CKDF)[3].

Auch aus der militanten Neonaziszene, die die "Schill-Partei" eigentlich deutlich abweisend beäugt, gibt es Vorstöße, Einfluss auf das Parteigeschehen zu nehmen. Mit dem Schill-Ortsverband Mettmann I wird seit dem 5.9.2002 mindestens eine lokale Untergliederung des NRW-Landesverbandes von einem bekennenden Neonazi geleitet. Die Rede ist von **Dennis Ansgar Seegers** (23), laut Pressemitteilung der "Antifaschistischen Aktion Düsseldorf" (AAD) seit mindestens 1997 in der militanten Neonazi-Szene aktiv, zeitweilig Mitglied der "Jungen Nationaldemokraten" und heute dem Spektrum der "Freien Kameradschaften" und dem nahen Umfeld, vielleicht sogar dem Stamm, der "Kameradschaft Düsseldorf" um **Sven Skoda** zuzurechnen. In Mettmann trat Seegers im Jahr 2001 unter dem Logo "Widerstand in Mettmann" in Erscheinung, so zum Beispiel durch das Verteilen von Flugblättern, auf denen dazu aufgefordert wurde, "MUT" zu "BEWEISEN": "ZIVILCOURAGE ZEIGT HEUTE DER, DER SICH ZUM HEIMATRECHT DER DEUTSCHEN IN DEUTSCHLAND BEKENNT!!!.

Auch mit der hauptsächlich im Raum Velbert aktiven Neonazi-Gruppierung "Siepensturm" wird er immer wieder in Verbindung gebracht. Gegen tatsächliche und vermeintliche Mitglieder dieser Gruppe lief Anfang 2000 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Gründung einer kriminellen Vereinigung. Am 23.9.2000 beteiligten sich drei "Siepenstürmer" an einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Wuppertal und wurden hierfür zu 4,5 bis 10jährigen Haftstrafen verurteilt (*vgl. LOTTA Nr. 5, S. 4*).

Noch drei Wochen vor seiner Wahl zum Ortsverbandsvorsitzenden, am 17.8.2002, soll Seegers am Gedenkmarsch anlässlich des 15. Todestages von Hitler-Stellvertreter **Rudolf Hess** im bayrischen Wunsiedel teilgenommen haben.

"Hast Du jemals bereut, ein 'Nazi' zu sein?"

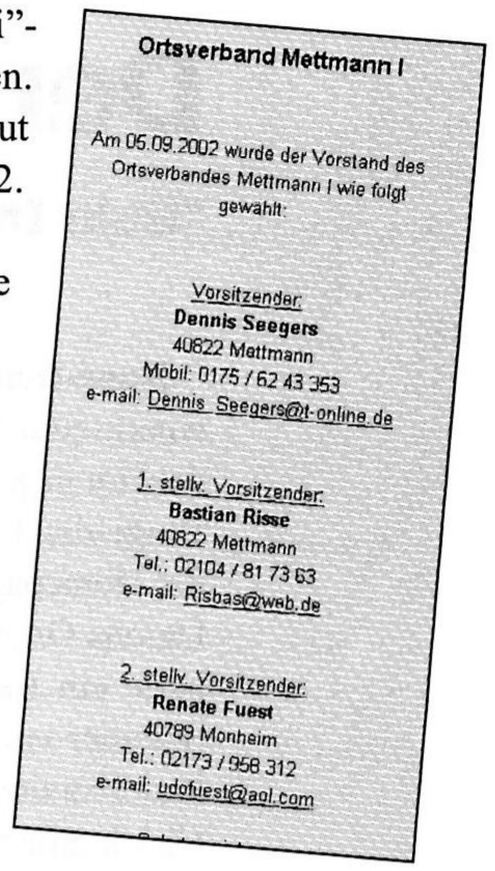
Auch als RechtsRocker ist Seegers bekannt: "Hast Du jemals bereut, ein ‚Nazi' zu sein?", fragt der Sänger und Gitarrist auf der ersten CD seiner über ein Düsseldorfer Postfach erreichbaren dreiköpfigen Band "Eskil" sein Publikum, um dann zum Durchhalten aufzufordern und abschließend festzustellen: "wenn Du uns vertraust, [...] können wir es schaffen." Im Booklet der CD wird nahezu die gesamte "Kameradschaft Düsseldorf" gegrüßt, drei "Siepenstürmer", die "Kameraden" von der befreundeten und benachbarten Band "Pech und Schwefel" um **Ingo Grau** ("Inge") aus Erkrath (Kreis Mettmann" und viele mehr. Bedankt wird sich bei einem "**Bastian R.**" für "seine Unterstützung der Band". Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass Seegers Stellvertreter im Schill-Ortsverband ein gewisser **Bastian Risse** ist. Produziert wurde die CD 1999 von NPD-Bundesvorstandsmitglied **Jens Pühse**, "abgemischt ... am Tag als I. starb". Gemeint ist Ignatz Bubis, ehemaliger Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, dessen Tod am 13.8.1999 von der Neonaziszene bejubelt und gefeiert wurde. "Feiert nicht so viel" riet damals das von der "Kameradschaft Düsseldorf" betriebene Düsseldorfer "Nationale Infotelefon Rheinland" zynisch und feixend seinen "Kameraden".

Von dem Hildener RechtsRock-Magazin "Rocknord" in der Ausgabe Nr. 80/81 nach ihrem Selbstverständnis und ihrer "Bandphilosophie" befragt, antworten Seegers und sein Bandgefährte **Björn Ferraro**: "Leben ist Krieg!", "Die Deutschen sind kein Volk, das sich ewig bescheissen läßt. eine Zeit klappt es, aber danach knallt es." Angesprochen auf den Hintergrund ihrer Namengebung, stammelt Seegers, man beziehe sich hierbei auf die Verfilmung der "skandinavischen Sage ‚Auge des Adlers'", in dem es um einen "seine kirchlichen Werte" verwerfenden Bischof mit dem Namen "Eskil" ginge, der es auf den Thron des dänischen Königs abgesehen habe. Die Band, die gerade an ihrer zweiten CD bastelt, wird natürlich auch für Konzertveranstaltungen der extremen Rechten gebucht. So z.B. für das "Signal-Pressefest" des Führungsaktivisten der extrem rechten "Bürgerbewegung Pro Köln e.V.", **Manfred Rouhs**, am 29.6.2002 in Köln. Seegers nahm auch an Demonstrationen von "Pro Köln" teil. Bei derartigen Kontakten in die Domstadt erstaunt es dann auch nicht, dass er ausgerechnet den neben Rouhs zweiten wichtigen "Pro Köln"-Kader, den ehemaligen REP-Funktionär Rechtsanwalt **Markus Beisicht**, als Rechtsbeistand auserkoren hat. Man kennt sich eben ...

Rechtsstaatlichkeit, Einigkeit und Recht und Freiheit?

Auch dem auch für die Kreise Mettmann und Neuss zuständigen Polizeilichen Staatsschutz Düsseldorf ist Seegers natürlich bestens bekannt. Einige ihrer Kollegen im Kreis Mettmann stört das scheinbar wenig. Diese arbeiten sogar in der selben Kreisverbandsstruktur wie Seegers, wie z.B. Kriminalhauptkommissar **Udo Fuest** aus Monheim, stellvertretender Kreisvorsitzender des Schill-Kreisverbandes Mettmann und "Schill-Partei"-Direktkandidat bei den Bundestagswahlen. Seine Frau, **Renate Fuest**, vertritt Seegers laut Homepage des Ortsverbandes sogar als 2. Stellvertreterin.

Doch die Schillianer in NRW haben andere Probleme: Sie streiten sich um die Parteipöstchen auf Landesebene. Erst kürzlich konzentrierte sich der Vorsitzende des Schill-Kreisverbandes Mettmann, **Wilfried Kaussen**, darauf, mehr Rechtsbewusstsein in der Partei zu fordern. Es sei, so Kaussen, beim Gründungsparteitag des NRW-Landesverbandes am 27.10.2002 in Werl/Westfalen zu krassen Unstimmigkeiten bei der Stimmabgabe gekommen.



Schillvorstand Mettmann I laut offizieller Schill-Homepage

"Die Stimmzettel seien Päckchenweise in die Urne geworfen worden" berichtet die Presse über Kaussens Vorwurf. Offenbar ist die vom frisch gewählten Schill-Landesvorsitzenden **Dieter Mückenberger** (Düsseldorf) nach seiner Wahl zur Schau gestellte Einigkeit nicht mehr als Fassade. "Ich habe einen Traum, dass wir uns [...] die Hände reichen und gemeinsam das Lied anstimmen, welches uns verbindet", so Mückenberger. Schon bei der Auswahl der zu singenden Strophen des "Liedes aller Deutschen" dürfte es in der Partei unterschiedliche inhaltliche und taktisch/strategisch motivierte Positionen geben. Diverse Mitglieder hätten vielleicht lieber mit der 1. Strophe ("Von der Maas bis an die Memel") begonnen. Den Hamburger "Führer" indes stört das Gezänk wenig. Mit "Querulanten" weiß er umzugehen: Entweder sie parieren oder sie bekommen seine "starke Hand" zu spüren. Vielleicht wird für Seegers dabei ja der Posten des Kreisvorsitzenden frei. Bislang scheint sich die "Schill-Partei" nämlich kein bisschen dafür zu interessieren, was über Seegers bekannt geworden ist. Und so brüstet sich dieser währenddessen sogar in aller Öffentlichkeit mit seiner Funktion in der "Schill-Partei". Und nutzt die auf der Homepage der "Schillpartei" zur Kontaktaufnahme zum Ortsvorsitz des Schill-Ortsverbandes Mettmann I angegebene Handy-Nummer als öffentlich verbreitete Hotline zur Koordination der Anreise zu einem "weihnachtlichen Konzert" seiner Band "Eskil", so geschehen zur "Wintersonnenwende" am 21. Dezember 2002 im Kreis Mettmann.

[1] Der Artikel basiert auf einer Presseerklärung der "Antifaschistischen Aktion Düsseldorf" (AAD) vom 20.11.2002, nachzulesen im Internet unter *www.antifa-kok.de*.

[2] Bundesweit 0,8%, in NRW 0,7%

[3] Siehe hierzu u.a. http://www.vvn-bda.de/bund/sehen21.htm

Literaturtipp

Marco Carini /Andreas Speit
Der RechtsSprecher - Ronald Schill
erschienen 2002 im konkret Literatur Verlag
in Hamburg

Von Jos Fritz und Jan Spreuk

Der Kampf des Professor Knütter

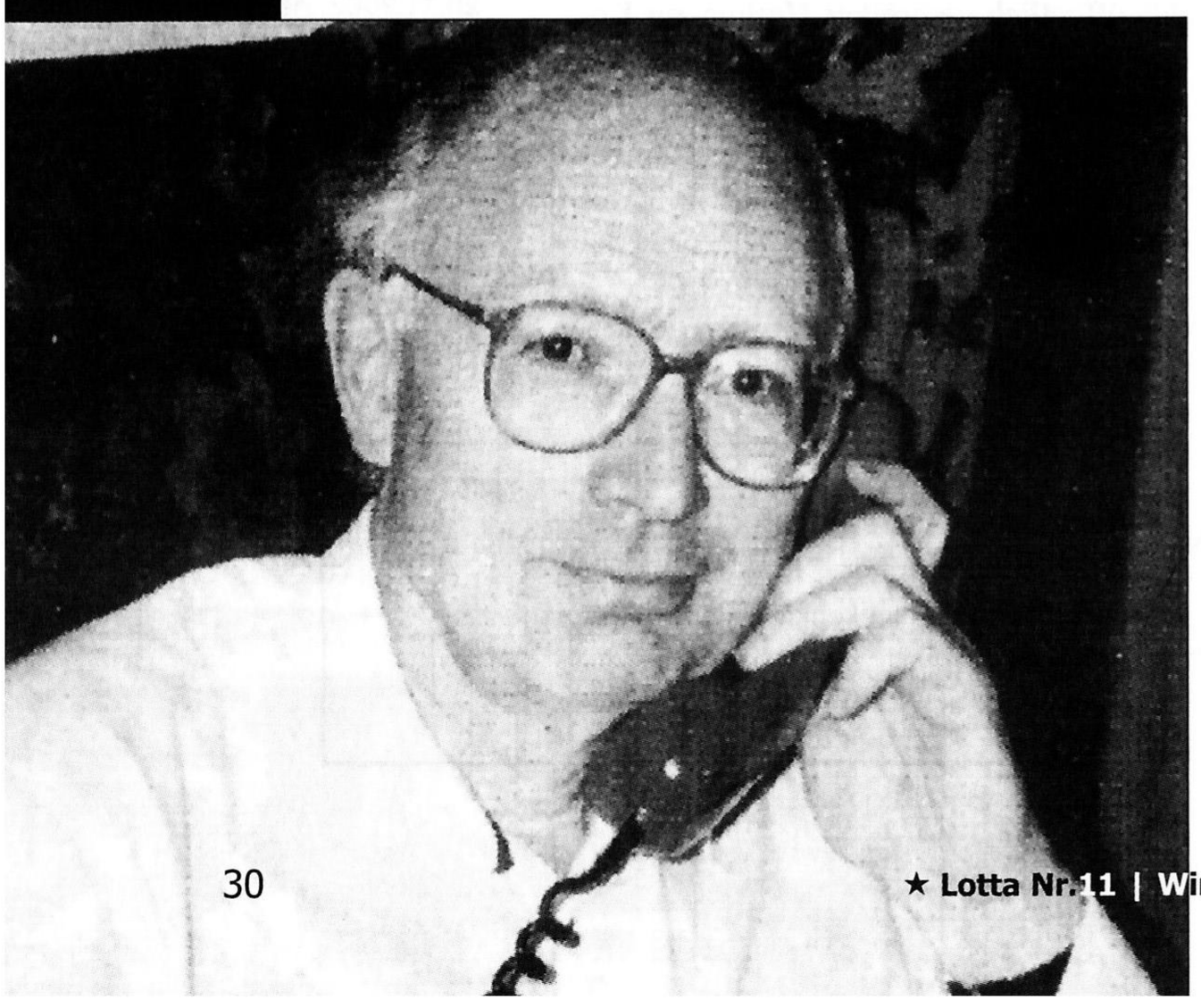
"Üble Infektionskrankheit"

Hans-Helmuth Knütter, 68 Jahre alt und inzwischen emeritierter Politikwissenschaftler, hat offenbar Zeit, sich daheim in seinem Wohnort auch um die scheinbar kleinen Dinge des Lebens zu kümmern: Noch immer wird er auf der Homepage der Bornheimer CDU als Schriftführer des Unions-Ortsverbands im Stadtteil Rösberg geführt. Dabei hatte ein Beitrag des Fernsehmagazins "Panorama" im Sommer vorigen Jahres dafür gesorgt, dass sein örtlicher Parteivorsitzender Kurt Odenthal und dessen Stellvertreter Ulrich Silberbach angesichts Knütters außerparteilicher Aktivitäten "wie vom Donner gerührt waren", wie der Bonner Generalanzeiger zu berichten wusste. Und auch der Kreisvorsitzende der CDU Rhein-Sieg, Andreas Krautscheid, mochte Konsequenzen für seinen umtriebigen Parteifreund nicht ausschließen. Doch Knütter darf - jedenfalls laut Partei-Homepage - weiter im Vorstand mitarbeiten.

Von nichts gewusst?

"Wie vom Donner gerührt" waren die Rösberger Christdemokraten, weil ihnen Verbindungen Knütters zur extremen Rechten "völlig unbekannt" gewesen seien, wie Silberbach gegenüber dem Generalanzeiger beteuerte. Sie hätten es besser wissen können. Dafür hätten sie nicht einmal in einschlägigen Publikationen wie der "Jungen Freiheit", in "Europa vorn", dem österreichischen Blatt "Aula", im "Ostpreußenblatt" oder in "Criticon" blättern müssen, wo sich Beiträge des ehrenwerten Parteifreunds finden ließen. Sie hätten auch nicht einmal ein knappes Jahrzehnt zurückdenken müssen, um sich an die Diskussionen über den studentischen "Ost-West-Arbeitskreis" in Bonn zu erinnern, der den Holocaust-Leugner **David Irving** und den Neonazi-Barden **Frank Rennicke** eingeladen hatte und dessen Vertrauensdozent der Professor gewesen war. Aber allerspätestens, als Knütter im Sommer 2001 Schlagzeilen gemacht hatte, hätten seine Parteifreunde gewarnt sein müssen: Damals hatten ihn die "Republikaner" im baden-württembergischen Landtag als Fachmann für eine Tagung zum Thema "Extremismus" benannt. Er war aber von der Liste der geladenen Experten wieder gestrichen worden. CDU, SPD, FDP und Grüne im Stuttgarter Landtag hatten anschließend erklärt – und darüber war auch überregional berichtet worden -, das Parlament dürfe "keine Plattform zur Verbreitung extremistischen Gedankenguts bieten".

elmuth Knütter



Im steten Kampf gegen "Zeitgeist" und "Linksextremismus"

Knütter wildert weiter am rechten Rand. Bei der "Kulturtagung" der "Landsmannschaft Ostpreußen" in NRW im Herbst 2002 referierte er zum Thema "Die politische Lage heute und die Chancen der Vertriebenen". Knütter, so das Ostpreußenblatt[1], sei dabei "mit dem heutigen Zeitgeist hart ins Gericht" gegangen. Dem Bericht zufolge sprach er von einer "linken Volksverhetzung", die er gar als "üble Infektionskrankheit"[2] bezeichnete. "Unter dem Deckmantel der Ausnutzung der Vergangenheit", so zitierte ihn das Ostpreußenblatt, "werde eine antideutsche und antipatriotische Haltung eingenommen, wobei der Staat als Zugriffskasse benutzt werde." Und weiter: "Propaganda gegen rechts werde mit einer dreistelligen Millionensumme finanziert." Den "Vertriebenen" riet Knütter in seinem Vortrag, "aus der Defensive" herauszutreten und sich gegenüber ihren Kritikern "verstärkt der Justiz" zu bedienen. Auch die Einrichtung eines Arbeitskreises zur Erstellung eines "alternativen Verfassungsberichtes" schlug Knütter vor, denn "die Berichte seien abhängig vom Blickwinkel der jeweiligen Parteienkoalition" [3].

Näher bestimmt wird die "üble Infektionskrankheit" in dem unlängst erschienenen "Handbuch des Linksextremismus", das Knütter gemeinsam mit **Stefan Winckler** herausgegeben hat. Das Buch weise nach, welchen "Einfluß Linksextremisten in Deutschland haben, wie sie sich als ‚Antifaschisten' tarnen, mit welchen Tricks sie arbeiten und wie weit auch ‚demokratische' Parteien und Institutionen bereits unterwandert sind", heißt es in einer Werbung des Buchdienstes der neofaschistischen Zeitschrift Nation und Europa für das Buch. Erschienen ist das "Handbuch" im österreichischen Leopold-Stocker-Verlag. Die langjährige Verlagsinhaberin **Ilse Dvorak-Stocker** wurde im April 2002 beim Jahreskongress der neofaschistischen "Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) für ihr Engagement mit der "Ulrich von Hutten-Medaille" ausgezeichnet[4].

Beim GfP-Jahreskongress 2001 unter dem Motto "Deutschland wird leben" war Knütter nach 1998 erneut persönlich als Referent zu Gast. Mit ihm unter anderem als Redner dabei: Gisa Pahl vom Deutschen Rechtsbüro, DVU-Sprecher **Bernd Dröse** und **Udo Walendy**, der frühere NPD-Landesvorsitzende in NRW. Die schlagkräftigen jungen Kameraden habe Knütter gelobt und Gewalt mit Leidenschaft propagiert, berichtete das TV-Magazin Panorama. O-Ton Knütter: "Diese jüngeren Leute werden sich, wie Jüngere das tun können, mit persönlichem, mit körperlichem Einsatz für die Durchsetzung der politischen Ziele einsetzen, und das ist gut, das ist hervorragend. Die Älteren können aber auch etwas tun. Man wird auch den hier Anwesenden aufgrund des Alters wohl kaum zumuten können, sich an Saalschlachten und Straßenkämpfen zu beteiligen. Aber was sie tun können, ist natürlich: Geld sammeln, Aktionen ermöglichen"[5]. Auch der Mitherausgeber des "Handbuch des Linksextremismus", Stephan Winckler, mit dem Knütter schon das Buch "Der Verfassungsschutz" (Universitas-Verlag, 2000) herausgegeben hatte, tut seinen Teil dazu, als "Mitarbeiter der Anti-Antifa-Homepage von Hans-Helmuth Knütter"[6].

Noch Ende 1989 fanden sich Texte von Hans-Helmuth Knütter (geboren 1934 in Stralsund) sogar in Veröffentlichungen des Bundesministeriums des Innern. Im selben Jahr bedauerte er in deren Broschürenreihe "Texte zur Inneren Sicherheit" in einem Beitrag für das Heft "Demokratie und politisch motivierte Gewalt", dass nach dem Verbotsurteil gegen die KPD im Jahre 1956 aus "politisch-opportunistischen Gründen" nicht auch gleichermaßen gegen die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) vorgegangen worden sei. Inzwischen taucht Knütter, einst Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung[7], zwar nicht mehr in Veröffentlichungen von Bundesministerien auf, sondern in Publikationen wie der "Jungen Freiheit", der Zeitschrift "Criticon", dem Ostpreußenblatt und dem "Deutschland-Magazin". Auch in dem Buch "Nationale Zukunft und Verantwortung"[8] des österreichischen Altnazis **Otto Scrinzi**, einem ehemaligem FPÖ-Nationalrat und "Nationalzeitungs"-Autor, der auch zum "1. Freiheitlichen Kongress" des NPD-Blattes Deutsche Stimme eingeladen war, findet man einen Beitrag von CDU-Mitglied Knütter.

Als Referent bei diversen rechten Burschenschaften bekannt, erstellte er im vorigen Jahr ein Gutachten zur Verteidigung der Burschenschaft "Danubia", die in die öffentliche Kritik geraten war, weil in ihrem Münchener Haus bekannte Neofaschisten als Redner aufgetreten waren und in ihren Räumen im Januar 2001 **Christoph Schulte**, der Haupttäter eines brutalen Nazi-Überfalls auf einen Griechen, Unterschlupf gefunden hatte. In seinem Gutachten beklagt Knütter ein "pogromartiges" Klima gegen Rechts. Knütter: "Der ‚Kampf gegen rechts' überschlug sich förmlich im Jahre 2000, als im Spätsommer ein bis heute nicht geklärter Sprengstoffanschlag auf jüdische Zuwanderer in Düsseldorf unternommen wurde. Das Klima, das hiermit geschaffen wurde, kann mit Recht als ‚pogromartig' bezeichnet werden, weil ein Pogrom gewalttätige, durch Verhetzung provozierte Aktionen gegen mißliebige Minderheiten bezeichnet." Als Beispiele für dieses Klima nennt er unter anderem Kontenkündigungen und das NPD-Verbotsverfahren[9].

Auf einer Veranstaltung des Cannstatter Kreises, einer "Vereinigung von Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur"[10], die nach Aberkennung ihrer Gemeinnützigkeit kürzlich ihre Arbeit einstellen musste, bekannte Knütter am 23. März 2001 unverhohlen: "Ich bin ein Verfassungsfeind, denn ich bin ein Feind dieser verderbten Verfassungswirklichkeit... Schröders ‚Aufstand der Anständigen' ist eine mentale Bürgerkriegserklärung!"

Während der vermeintliche "Aufstand der Anständigen" längst Schnee von gestern ist, wabert die "Anti-Antifa" im rechten Halbschatten der Union weiter, im konkreten Fall unterstützt aus der Pensionskasse des Staates.

Der Autor Jos Fritz ist Mitarbeiter des Hartmut-Meyer-Archivs der VVN-BdA

[1] "Ostpreußenblatt" 46/2002

[2] Infektionskrankheiten sind im allgemeinen "Krankheiten, die durch Infektion hervorgerufen werden". Neben "die Infektionskrankheiten treten die Invasionskrankheiten, die durch höher organisierte Erreger, bes. Würmer und Insekten, hervorgerufen werden". Zur "Vorbeugung gegen Infektionskrankheiten dienen: Impfung, Absonderung der an Infektionskrankheiten leidenden Kranken, Vernichtung ihrer ansteckenden Körperausscheidungen" u.a.m. (dtv-Lexikon, München 1980).

[3] "Ostpreußenblatt" 46/2000

[4] "Nation und Europa" 6/2002

[5] http://www.ndrtv.de/panorama/data/rechtsradikale_in_der_cdu.rtf

[6] "Archiv-Notizen" Juni 2002, DISS, Duisburg / "Antifaschistische Nachrichten" 12/2000

[7] "Blick nach Rechts" 23/1996

[8] Aula-Verlag, 2001

[9] http://www.danubia-muenchen.de/texte/knuetter.doc

[10] "Blick nach Rechts" 7/2001

Von Jörg Kronauer

Die so genannten Vertriebenen und ihre so genannte Vertreibung

Für spaßige Bezeichnungen sind die deutschen "Vertriebenen" immer zu haben. "Donauschwaben", "Siebenbürger Sachsen", "Bessarabiendeutsche", "Ober-" und "Niederschlesier", "Banater Schwaben" und "Dobrudschadeutsche": Kein Name ist so absurd, dass nicht wenigstens ein "Vertriebenen"-Verband sich mit ihm schmücken würde.

Die eigenartigen altertümlichen Bezeichnungen, die die einzelnen "Vertriebenen"-Verbände tragen, haben eines gemeinsam: Sie beziehen sich durchweg auf Landschaften in Mittel- und Osteuropa, in denen einmal - bis zu ihrer Umsiedlung in Folge des Zweiten Weltkriegs - deutschsprachige Menschen lebten (und in geringer Anzahl heute noch leben). Viele der damals Umgesiedelten und ihrer Nachkommen haben sich in "Landsmannschaften" zusammengeschlossen, die den Namen ihrer Herkunftsregion tragen, und pflegen gemeinsam altertümliche Bräuche ihrer Vorfahren.

Die einzelnen "Landsmannschaften" unterscheiden sich zunächst durch das jeweilige Herkunftsgebiet voneinander. Darunter befinden sich Gebiete, in denen auch früher nur wenig Deutschsprachige lebten; Bessarabien ist so ein Gebiet, und entsprechend hat die "Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen" nicht so viele Mitglieder und wenig Einfluss. Ganz anders die "Sudetendeutsche Landsmannschaft". Die "Sudetendeutschen" - früher Eigenbezeichnung deutschsprachiger Bürgerinnen und Bürger der Tschechoslowakei - zählten Millionen, und wenn die "Sudetendeutsche Landsmannschaft" auch nicht Millionen, sondern "nur" 250.000 Mitglieder hat, so gehört sie doch zu den größten und einflussreichsten Landsmannschaften. Groß und einflussreich sind daneben vor allem die "Landsmannschaft Ostpreußen" und die "Landsmannschaft Schlesien".

Um die eigenen Kräfte zu bündeln, haben die einzelnen "Landsmannschaften" einen Dachverband gebildet: Den "Bund der Vertriebenen" (BdV). Er ist, wie die einzelnen "Landsmannschaften" auch, relativ eng an CDU und CSU angebunden, erfährt aber seit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung steigende Zuneigung von der Sozialdemokratie und auch von Grünen.

Im vergangenen Jahr haben die "Vertriebenen" auch in der Öffentlichkeit ein gesteigertes Interesse hervorgerufen; die "Vertreibung" der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa ist zu einem neuen Modethema geworden. Zeitungen, Zeitschriften, Buchläden und Fernsehprogramme quellen über von Romanen und Dokumentationen, die tränenreich über "Hitlers letzte Opfer" berichten: über die Deutschen, die ab 1944 nach Jahren des "Herrenmenschen"-Daseins unsanft in die Wirklichkeit des Zweiten Weltkriegs befördert und aus denjenigen Gebieten verjagt wurden, die nicht mehr zu Deutschland gehören sollten. Die "Vertreibung" sei "Unrecht" gewesen, heißt es überall; die historisch korrekte Bezeichnung für den Vorgang - Umsiedlung - beschönige das damalige Geschehen.

Ursachen für die Umsiedlung

Dabei hatte die Umsiedlung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa gute individuelle und politische Gründe; sie wurde darüber hinaus völkerrechtlich verbindlich beschlossen.

Die individuellen Gründe für die Umsiedlungen leuchten unmittelbar ein. Deutschland hatte seit 1938 weite Teile Mittel- und Osteuropas annektiert und dort ein noch nie zuvor dagewesenes Terrorregime errichtet. Die Fakten sind bekannt: die rassistisch motivierte grausame Behandlung der einheimischen Bevölkerung durch die selbst ernannten "Herrenmenschen", der Vernichtungskrieg der Wehrmacht in Osteuropa, die industrielle Vernichtung von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma durch Deutsche. Jahrelang dauerte das Wüten der germanischen Barbaren.

Als die Rote Armee sich 1944 immer mehr dem Deutschen Reich näherte, wurde den Deutschen selbst recht rasch klar, dass das deutsche Terrorregime ihnen nicht viel Freundschaft gebracht hatte. Aus den Gebieten, denen sich die Front und damit die Befreiung näherte, begannen viele Deutsche zu fliehen; zunächst aus

Ostpreußen (heute Nordostpolen sowie die russische Oblast Kaliningrad), später auch aus Schlesien (heute Südwestpolen), dem Reichsgau Sudetenland (heute Randgebiete der Tschechischen Republik) und anderen Regionen.

Doch längst nicht alle flohen; zahlreiche Deutsche verblieben inmitten der befreiten nichtdeutschen Bevölkerung. Dass die zuvor zu "Untermenschen" erklärten Opfer der Nazis ihre bisherigen Peinigerinnen und Peiniger nicht besonders mochten, ist ebenso verständlich wie ihr Wunsch, nicht mit ihnen zusammenleben zu müssen. Bald nach der Befreiung kam es in einigen der befreiten Gebiete zu so genannten "wilden Vertreibungen": Die Deutschen wurden spontan und ohne rechtliche Regelungen verjagt.

Völkerrechtliche Grundlage

Relativ rasch versuchten die Alliierten, die "wilden Vertreibungen" in geordnete Bahnen zu lenken. Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 verordneten sie völkerrechtlich verbindlich die Ausweisung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. "In ordnungsgemäßer und humaner Weise" solle die Umsiedlung der Deutschen in das verkleinerte Deutschland erfolgen, legten die Alliierten fest. Vom Ziel wichen sie jedoch keinen Deut ab: "Die drei Regierungen [Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA] haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß", heißt es im Potsdamer Abkommen.

Dass die Alliierten - und mit ihnen die mittel- und osteuropäischen Staaten - die Ausweisung der Deutschen auch politisch für unumgänglich hielten, haben die Deutschen ihrer eigenen Politik zuzuschreiben. Die Umsiedlung war die politische Antwort auf die völkische Außenpolitik, die das Deutsche Reich seit der Reichsgründung 1871 kontinuierlich betrieb.

Völkische Außenpolitik

Dabei machte sich die deutsche Außenpolitik das in Deutschland herrschende völkische Denken zu Nutze. Demzufolge ist deutsch nicht, wer einen deutschen Pass besitzt, sondern nur, wer deutsche Vorfahren hat. Nach völkischer Ansicht gab es schon bei der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871, erst recht aber nach den 1919 im Versailler Friedensvertrag beschlossenen Gebietsabtretungen so genannte "deutsche Minderheiten" in zahlreichen europäischen Staaten. Diese "deutschen Minderheiten" nutzte die deutsche Regierung für ihre Außenpolitik.

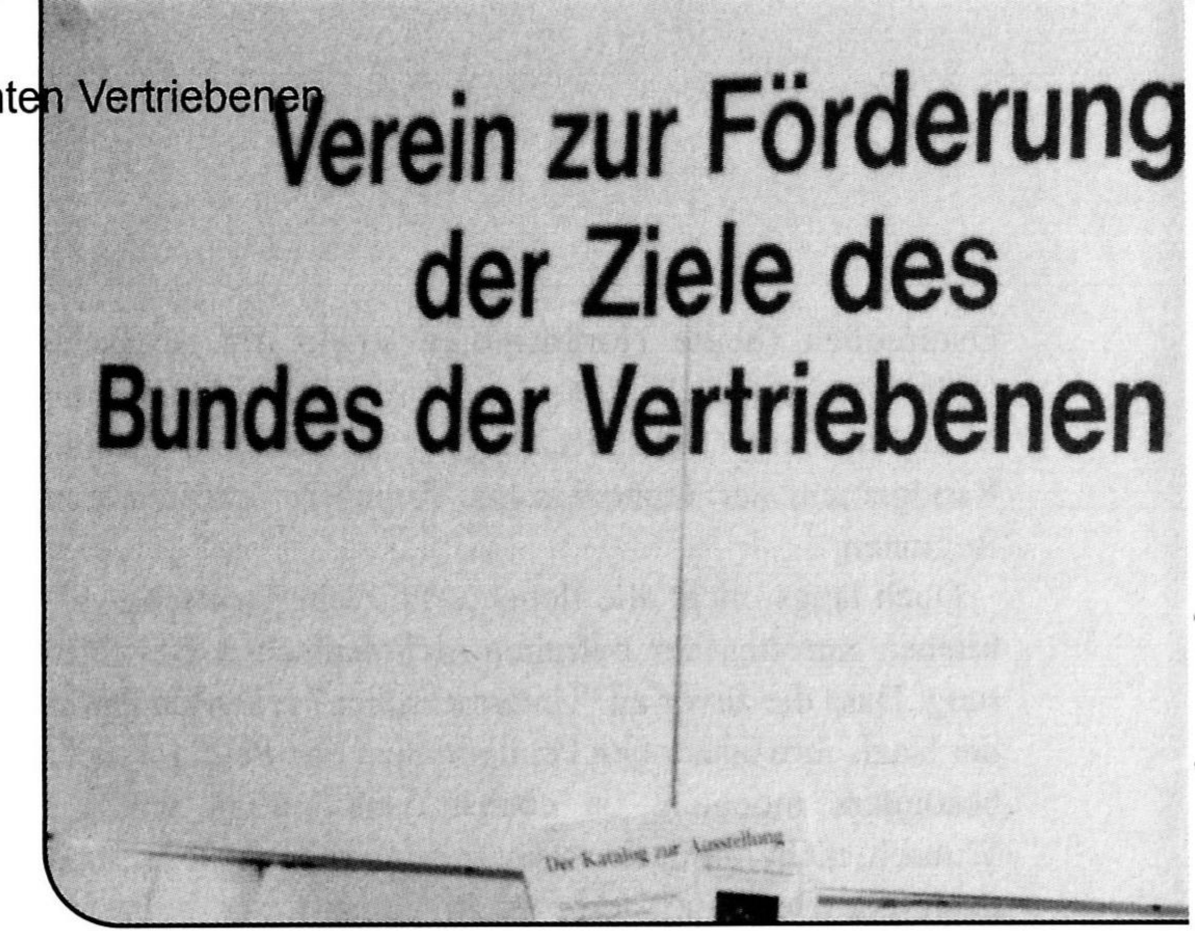
Mit nicht selten verdeckten Geldzuweisungen aus Berlin gelang es, die Anbindung der "deutschen Minderheiten" an Deutschland zu sichern. Eine wichtige Rolle spielten dabei auch zahlreiche nichtstaatliche Organisationen, die mit reger Besuchstätigkeit persönliche Kontakte zwischen "Reichsdeutschen" und "Auslandsdeutschen" stärkten und mit publizistischer Aktivität die Ansicht förderten, die jeweiligen "auslandsdeutschen" Gebiete sollten an das Deutsche Reich angeschlossen werden.

Das bekannteste Beispiel für die verheerenden Auswirkungen völkischer Agitation ist das "Sudetenland". Die deutschsprachige Bevölkerung der Tschechoslowakei entwickelte mit Unterstützung aus dem Deutschen Reich separatistische Aktivitäten in gewaltigem Ausmaß, die den Anschluss an das Reich maßgeblich vorbereiteten. Als die deutsche Wehrmacht im Oktober 1938 in die Tschechoslowakei einmarschierte, wurde sie von der "deutschen Minderheit" begeistert begrüßt.

Als die Alliierten und die polnische sowie die tschechoslowakische Exilregierung während des Zweiten Weltkrieges darüber nachdachten, wie die Nachkriegsordnung in Europa zu gestalten sei, spielten die Erfahrungen mit den staatszersetzenden Folgen der völkischen deutschen Außenpolitik eine wichtige Rolle. Die Funktionalisierung "deutscher Minderheiten" im Ausland bis hin zu Anschlussforderungen sollte nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs ein für allemal unterbunden werden. Die Lösung, auf die die Alliierten sich in Potsdam einigten, bestand darin, alle Deutschen in das (verkleinerte) Deutschland umzusiedeln. Völkischer "Minderheiten"-Politik, so hoffte man, könne damit die Grundlage entzogen werden.

"Benes-Dekrete"

Im Zusammenhang mit der Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in zahlreichen mittel- und osteuropäischen Staaten Gesetze verabschiedet, die sich auf die - gemäß dem Potsdamer Abkommen umzusiedelnden - Deutschen bezogen. Die bekanntesten dieser Gesetze sind fünf Dekrete des tschechoslowakischen Staats-



präsidenten Edvard Benes, die im Jahr 1946 von der tschechoslowakischen Nationalversammlung nachträglich zum Bestandteil der Rechtsordnung des Landes erklärt wurden. Ähnliche Gesetze gab es etwa in Polen (sie werden heute oft als "Bierut-Dekrete" bezeichnet) und in Jugoslawien (dort ist von "AVNOJ-Dekreten" die Rede). In den "Benes-Dekreten" wurden die Umsiedlungen nicht erwähnt; sie bildeten jedoch die Voraussetzungen dafür. Auf ihrer Grundlage wurde den "Sudetendeutschen" die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entzogen und ihr Eigentum verstaatlicht.

Erste Organisierung der Umgesiedelten

Schon rasch nach der Umsiedlung begannen die Umgesiedelten, sich trotz des alliierten Koalitionsverbots zu organisieren; und von Anfang an ging es dabei nicht nur um gemeinsames Erinnern an eine gemeinsame Vergangenheit, sondern auch um handfeste politische Interessen. Im Vordergrund stand dabei zunächst die materielle Sicherung der eigenen Existenz; die Umgesiedelten schlossen sich in kirchlichen "Hilfskomitees" zusammen, die sich vor allem der Unterstützung notleidender "Vertriebener" und ihrer Integration in die neue Umgebung widmeten.

Sehr früh jedoch war klar, dass die "Vertriebenen" - dieser Begriff etablierte sich erst nach und nach für die Umgesiedelten, war aber besser geeignet, sie als "Opfer" darzustellen - Ansprüche auf ihre Herkunftsgebiete anmeldeten. Im Juni 1948 etwa erklärte ein Kreis prominenter "Sudetendeutscher", ihnen stünde ein "Recht auf Heimat" in der Tschechoslowakei sowie "volle Wiedergutmachung" zu. "Wiedergutmachung" für die völlig legal geschehene Enteignung der "Sudetendeutschen" und ihre völkerrechtlich unstrittig geregelte Umsiedlung, versteht sich - nicht für die Gräueltaten der Deutschen in Mittel- und Osteuropa.

Die aggressiven Ansprüche der Umgesiedelten in Richtung Osten dürften die Zulassung der zunächst verbotenen "Vertriebenen"-Verbände in den westlichen Besatzungszonen noch vor der Gründung der Bundesrepublik erleichtert haben (in der DDR waren "Vertriebenen"-Organisationen weiterhin nicht erlaubt). Schon im April 1949 konnte der erste Dachverband - der "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" - seine Arbeit aufnehmen. Im Rahmen der schärfer werdenden Auseinandersetzung mit den realsozialistischen Staaten waren die Alliierten bereit, so ziemlich jede deutsche Organisation zumindest stillschweigend zu tolerieren, sofern sie den neuen "Frontstaat" BRD stärkte und die mittel- und osteuropäischen Staaten unter Druck zu setzen suchte.

Die "Vertriebenen" erfüllten diese Erwartungen durchaus. In ihrem ersten wichtigen Dokument - der am 5. August 1950 feierlich verkündeten "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" - verzichteten sie zwar prahlerisch auf "Rache und Vergeltung" (!), erklärten jedoch, ihr "Recht auf Heimat" auch in Mittel- und Osteuropa durchsetzen zu wollen. Mit diesem Vorhaben waren sie in den BRD-Antikommunismus bestens eingebunden, was sich auch organisatorisch ausdrückte: Schon 1949 bekamen sie ein eigenes Ministerium, das Bundesvertriebenenministerium; der 1950 gegründete "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) trat wenige Monate nach seiner Gründung mit einem Wahlergebnis von 23,4 Prozent in die schleswig-holsteinische Landesregierung und 1953 mit immerhin 5,9 Prozent in die Bundesregierung ein (er stellte zwei Bundesminister).

Forderungen der "Vertriebenen"

Das "Recht auf Heimat", eine der ältesten Forderungen der "Vertriebenen" und schon in der "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" enthalten, ist übrigens nicht identisch mit dem Recht auf freie Wahl des Wohnorts. Es beinhaltet - so sehen es jedenfalls deutsche Völkerrechtlerinnen und Völkerrechtler - im Grundsatz auch "Volksgruppen-" bzw. "Minderheitenrechte" für diejenigen, die in ihrer "Heimat" eine "Minderheit" darstellen. "Volksgruppen-" und "Minderheitenrechte" gehören ebenfalls zum Forderungskatalog der "Vertriebenen".

Und das aus gutem Grund. Denn "Volksgruppenrechte" bilden eine strategische Variante zur - von einigen "Vertriebenen" immer noch geäußerten - platten Forderung nach dem "Anschluss" des jeweiligen Herkunftsgebiets an Deutschland. Ein "Anschluss" wird so schnell nicht durchzusetzen sein; "Volksgruppenrechte" bieten die Alternative: Könnten die rückkehrwilligen "Vertriebenen" in ihre Herkunftsgebiete auswandern, so der Grundgedanke, dann bildeten sie dort mit den verbliebenen Deutschsprachigen eine "deutsche Volksgruppe". Je mehr Rechte diese "Volksgruppe" aber besitze, desto größere Autonomie habe sie und desto bessere Möglichkeiten, sich an Deutschland zu orientieren, sich also quasi informell an Deutschland anzuschließen.

Zum Forderungskatalog der "Vertriebenen"-Verbände gehören immer noch die Forderungen nach "Entschädigung" für enteigneten Besitz und "Wiedergutmachung" für die erzwungene Umsiedlung. Jüngst haben die "Vertriebenen" ihre Entschädigungsansprüche sogar ausgeweitet: Ein "Arbeitskreis Deutsche Zwangsarbeiter", der fast ausschließlich von "Vertriebenen"-Verbänden getragen wird, fordert "Entschädigungen" für die Arbeitsleistungen von Deutschen, die in Folge des Zweiten Weltkriegs interniert worden waren. Die Bemühungen der "Vertriebenen", in Mittel- und Osteuropa Zahlungen an ehemalige deut-

sche Internierte durchzusetzen, werden inzwischen vorsichtig von der deutschen Regierung unterstützt.

Gemeinsame Interessen von "Vertriebenen" und Staat

Die Zusammenarbeit von "Vertriebenen" und deutschem Staat reicht jedoch viel weiter; sie zeigt sich nach der Öffnung der Grenzen nach Osten im Jahr 1989 in verschiedenen Bereichen immer offener. Und sie dient der ungebremsten Ausdehnung der deutschen Hegemonie über ganz Europa.

Mit ihrer Forderung nach "Volksgruppenrechten" befinden sich die "Vertriebenen" schon lange in weitgehender Übereinstimmung mit dem deutschen Staat. Die deutschen Staatsapparate arbeiten selbst seit Jahren an der Durchsetzung von "Volksgruppenrechten" auf europäischer Ebene. Gäbe es zahlreiche "deutsche Volksgruppen" mit weit reichender Autonomie rings um das eigene Territorium herum, hätte Deutschland vermutlich größeren Einfluss als jetzt.

Die Eigenständigkeit der umliegenden Staaten, die "deutsche Volksgruppen" beherbergen, wird derzeit vor allem mit dem Schlachtruf "Weg mit den Benes-Dekreten!" angegriffen. Müsste die Tschechische Republik die "Benes-Dekrete" annullieren, dann träten unweigerlich die "Vertriebenen" auf den Plan - mit dem Verlangen, ihnen ihr früheres Eigentum in Tschechien wieder zuzuerkennen. Es ginge dann also darum, ob beträchtliche Teile des tschechischen Territoriums in deutschen Besitz kämen. Genauso verhielte es sich mit weiten Teilen Polens (bei einer Annullierung der "Bierut-Dekrete"), Sloweniens und Jugoslawiens (bei dem Fall der "AVNOJ-Dekrete") etc.

Noch weiter zielt die Forderung der "Vertriebenen", die Umsiedlung insgesamt zum "Unrecht" zu erklären. Gestützt wird diese Forderung durch die Behauptung, im Verlauf der Umsiedlungen seien zahlreiche Verbrechen an Deutschen verübt worden. Das mag stimmen, tut aber nichts zur Sache. Es kann ja eigentlich nicht ernsthaft gefordert werden, Vergeltungsmaßnahmen für die Gräueltaten der Nazis zu bestrafen, während ein Großteil der deutschen Gräueltäter straflos geblieben ist. Und: In der Tschechoslowakei etwa wurden Vergeltungsakte für von Deutschen erlittenes Unrecht in einem Amnestiegesetz von 1946 sowieso zwar nicht für rechtmäßig, aber für straffrei erklärt.

Die Forderung, die Umsiedlung insgesamt zum "Unrecht" zu erklären, die auch das vom Bundestag geplante "Zentrum gegen Vertreibungen" verkörpert, zielt jedoch direkt ins Herz der europäischen Nachkriegsordnung: Sie beträfe das Potsdamer Abkommen. Im Potsdamer Abkommen wurden grundlegende Entscheidungen getroffen, etwa die Festlegung der deutschen Grenzen, die Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands und auch die Umsiedlung der Deutschen. Würde die Umsiedlung zum "Unrecht" erklärt, dann wäre ein wichtiger Bestandteil des Potsdamer Abkommens hinfällig und der Weg für eine deutsche Neuordnung Europas noch offener als bisher.

Alltägliche Zusammenarbeit von "Vertriebenen" und deutschen Behörden findet in unspektakulären Bereichen statt, etwa bei Städtepartnerschaften. Die "Vertriebenen" haben weit überdurchschnittliche Beziehungen zu ihren Herkunftsgebieten; deutsche Städte nutzen dies, um die Kontakte zu ihren Partnerstädten im Osten auszubauen. Ein dichtes Netz von Städtepartnerschaften wiederum stärkt den deutschen Einfluss im Ausland. Dies erleichtert es übrigens deutschen Konzernen, ihre jetzt schon beherrschende Marktposition in Mittel- und Osteuropa auszubauen.

Die "Vertriebenen" werden ihren Beitrag zur deutschen Hegemonie über Europa auch dann noch leisten, wenn diejenigen, die persönlich umgesiedelt wurden, längst gestorben sind. Dafür hat der deutsche Staat gesetzlich vorgesorgt. Die Eigenschaft, "vertrieben" zu sein, war bis Ende 1992 erblich; Nachkommen von "Vertriebenen", die vor 1993 geboren wurden, gelten selbst als "Vertriebene". Die "Vertriebenen"-Verbände sind da noch kulanter. Bei ihnen genügt schon ein Bekenntnis zu den "deutschen Ostgebieten" zum Erwerb der Mitgliedschaft.

Literaturtipps

Samuel Salzborn
Grenzenlose Heimat
Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände
Berlin 2000 (Elefanten Press)

Samuel Salzborn
Heimatrecht und Volkstumskampf
Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung
Hannover 2001 (Offizin)

Holger Kuhr
"Geist, Volkstum und Heimatrecht"
50 Jahre "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" und die eth(n)isch orientierte deutsche Außenpolitik
Hamburg 2000 (GNN-Verlag)

Informationen zur Deutschen Außenpolitik:
http://www.german-foreign-policy.com

Von der Aktion Knastmucke - eine antirassistische Initiative

Roma erkämpfen "Wintererlass"

Seit dem 21.6.2002 hatten Roma aus NRW in Form eines Protestcamps in Düsseldorf für ihr Bleiberecht demonstriert (*vgl. LOTTA Nr.10, S. 37*). Am 19.12.2002 setzten sie ihre bis dahin sechsmonatige Demonstration vorerst aus. Mit einem erkämpften Abschiebestopp nach Ex-Jugoslawien für die in NRW betroffenen Roma bis zum 21.3.2003 ("Wintererlass") hatten sie einen ersten Etappensieg errungen. Vorweg gegangen waren die Besetzung der Landesgeschäftsstelle der Grünen und ein Besuch bei der SPD.

Realpolitik

Es dauerte nur wenige Minuten, bis am 27.11. etwa 40 Roma und einige UnterstützerInnen den Konferenzraum der Landesgrünen belegt und für besetzt erklärt hatten. Ihre Forderungen dürften der Regierungspartei nicht unbekannt gewesen sein, schließlich hatten die Grünen im Wahlkampf versprochen, sich für die Belange der bundesweit ca. 80.000 betroffenen Roma einzusetzen. Das nun folgende eingeforderte Gespräch mit dem Grünenminister Michael Vesper brachte nichts Neues. Tenor der Grünen: Sie seien zwar Regierungspartei, aber nicht in der Mehrheit, die richtige Adresse sei die SPD. Noch am selben Abend stellte die Partei Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch und gaben damit grünes Licht für eine mögliche Räumung. Zwei Hundertschaften der Polizei sperrten die Straße vollständig ab und drängte etwa 20 UnterstützerInnen, die sich nach der Anzeigenerstattung spontan vor dem Gebäude versammelt hatten, gewaltsam ab. Angesichts des Polizeiaufgebotes entschieden sich die Roma, das Gebäude vor der Räumung zu verlassen. Die Grünen zogen daraufhin ihre Anzeige zurück und die Roma wurden ohne Feststellung der Personalien zurück in ihr Camp gebracht. An Zynismus kaum zu überbieten ist, was die Landesgeschäftsstellenleitung der Grünen tags darauf in einem Brief an ihre Mitglieder erklärte: "Wir bedauern, dass die Roma trotz langer und konstruktiver Gespräche erst nach der Androhung einer polizeilichen Räumung und massiver Polizeipräsenz vor der Geschäftsstelle unser Büro freiwillig verlassen haben [...]. Wir haben der Gruppe gestern auch weiterhin unsere volle politische Unterstützung zugesagt." Grüne Realpolitik eben...

Merkwürdig muten die Reaktionen einiger UnterstützerInnen an, sowohl aus dem kirchlichen und dem Attac-, aber auch aus Teilen des linksradikalen Spektrums. Die einen warfen den Roma vor, sich mit "so einer" Aktion selbst zu schaden, andere versuchten, die Flüchtlinge zum Verlassen des Büros zu überreden. Außerdem wurde die von den Grünen als Spaltungstaktik benutzte Unterstellung, "die Antifa" und die PDS instrumentalisierten die Flüchtlinge für ihre eigene Politik, nicht nur von der bürgerlichen Presse, sondern leider auch von einzelnen UnterstützerInnen kolportiert. Realpolitik eben...

Die Roma werteten die Aktion dennoch als Erfolg. Für sie hatte sich die Situation angesichts beschleunigter Abschiebungen, auslaufender Duldungen und nicht zuletzt wegen des Wintereinbruchs zugespitzt. Einige hatten bereits aufgegeben und auch der Großteil des UnterstützerInnenkreises zeigte sich ratlos bzw. riet sogar zur Einzelfallprüfung, was von den Roma konsequent abgelehnt wurde. Die Besetzung wies wieder einen Schritt nach vorn und gab nicht zuletzt ein Gefühl gemeinsamer Stärke zurück.

Razzia im Romalager und die richtige Antwort darauf

Am 4.12. gegen 8.30 Uhr riß dann die "Ausländerpolizei" die Roma aus dem Schlaf. Die etwa 15 Beamten weckten sie mit Fußtritten gegen die Matratzen. Das Ausländeramt Essen war auf der Suche nach fünf "Illegalen". Die Roma verweigerten geschlossen die Kontrolle. Ihre Papiere habe ihr Sprecher und der stünde noch im Stau. Die gewonnene Zeit reichte, um eine große Anzahl UnterstützerInnen ins Camp zu mobilisieren, woraufhin die Beamten unverrichteter Dinge die Suche abbrechen mussten.

Nur wenige Stunden später erschienen die Roma als unangemeldeter Besuch in der Landeszentrale der SPD und forderten zur Aufklärung des Vorfalls ein Gespräch mit Innenminister Fritz Behrens, die Thematisierung ihres Anliegens auf der Innenministerkonferenz und ein dauerhaftes Bleiberecht. Die SPD reagierte gelassen und war bereit, in den Verhandlungen Zusagen zu machen. Wichtigstes Ergebnis des Gesprächs war der von Behrens zugesicherte "Wintererlass", der allerdings in NRW nur für Familien mit Kindern unter 16 Jahren gilt. Dieser politisch erkämpfte Erlaß verschafft zumindest einem Teil der Roma eine Verschnaufpause. Es verbleiben aber nach wie vor "Illegale", die sich auch über den Winter vor Abschiebung schützen müssen.

Für Roma und UnterstützerInnen gilt es also, den Protest spätestens für das Ende der Winters neu zu organisieren.

Weitere Informationen unter www. antifakok.de

Roma besetzen Grünen-Geschäftsstelle

[1]

[2]

[3]

Von Daniela Kunst und Kurt Herrmann

Bilder - Slogans - Revolution

Oder: eine kleine Plakatrevue

Wem gehört der ‚öffentliche Raum'? Schwer zu sagen... Die massive Präsenz von Sicherheitsdiensten, die Zurichtung der Innenstädte auf Konsum und die Ausweitung technischer Kontrolle über die Stadt signalisieren jedenfalls nichts Gutes. Aber: Der "öffentliche Raum" ist immer schon umkämpfter Raum gewesen, und eine der Waffen, mit denen AntifaschistInnen sich auf diesem Terrain schlagen, ist das Plakat. Beim Stöbern in der Bilderflut der letzten Jahre fällt vor allem eins auf: Die Zeit, in der die Antifa versucht hat, mit Hilfe von drei verschiedenen Fotos, vier verschiedenen Headlines und zwei erläuternden Texten fünf verschiedene Botschaften auf einem einzigen Stück Papier zu transportieren, ist wohl endgültig vorbei. Und das ist gut so. Offensichtlich ist in den letzten Jahren innerhalb der Bewegung viel Mühe darauf verwendet worden, ein "gutes Plakat" zu machen, wobei sich die Frage stellt, was ein gutes Plakat ist. Wurde vor einiger Zeit noch darum gestritten, ob man jetzt "pop-antifa"-mäßig hip und bunt auf die Viva-bedröhnten Jugendlichen zugehen sollte (man denke nur an die schicken bunten 1.Mai-Flyer aus Berlin, auf denen freundliche Maoisten für ein "Department"-Konzert werben), oder ob man sich eher "oldschool"-mäßig der eigenen vermeintlich subkulturellen Identität vergewissern müsse (ja, auch geschnipselten Punkrockstyle gibt's immer noch), so ist der Umgang mit dem Medium inzwischen souveräner geworden, und es gibt so viele Styles, wie es Antifa-Gruppen, AdressatInnen und Anlässe gibt. Hier das kleine Panini-Album "Antifa im dritten Jahrtausend". Daniela und Kurt tauschen Sammelbildchen:

Daniela: Das Plakat, auf dem 1999 zur Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss aufgerufen wurde [1], ist auf jeden Fall das Beispiel schlechthin für ein schlecht gemachtes Plakat! Der Hintergrund besteht aus aneinandergestückelten kleinteiligen Fotos von Gartenzwergen, da ist viel zu viel Bewegung drin! Das Auge findet in diesen durchbrochenen Linien keinen Ruhepunkt. Abgesehen davon, dass sich die Schrift nicht klar davon abhebt, wurden zu viele Bilder verwendet, von denen auch niemand weiß, was sie darstellen und wen sie ansprechen sollen. Das Plakat kann man bestenfalls in die Szenekneipe hängen, auf der Straße geht es unter.

Daniela: Ganz im Gegensatz hierzu das Plakat, das zur Verhinderung des Neonazi-Aufmarsches am 28.10. 2000 in Düsseldorf aufruft [2]. Die alleinige Aufforderung "Nazi-Aufmarsch verhindern" ist klar und springt sofort ins Auge. Das Plakat wurde auf das Wesentliche reduziert. Der Aufmarsch war damals auf lokaler Ebene total präsent, so dass man ohne weitere Erklärung auf einen Mediendiskurs zurückgreifen konnte.

Kurt: Auch was die Form angeht, arbeitet dieses Plakat mit minimalsten Mitteln, keine Bilder, ein fast einfarbiger Hintergrund, was sich vom bunten Wust absetzt. Das ganze Plakat ist auf zwei Linien ausgerichtet, die Schrift ist einfach und andererseits modern.

Daniela: Was gut ist, sind die Verweise auf die Homepage und eine Infonummer – da muss man nicht tausend Infos auf einem Stück Papier unterbringen...

Daniela: Bei dem Plakat, das im September 2001 zu Aktionen gegen einen Aufmarsch aufrief [3], dienen als Blickfang das ungewöhnlich breite Querformat und der rote Schuh mit dem quietschgelben Schriftzug "Wegtreten".

Kurt: Für Irritation sorgt die Diskrepanz zwischen Stöckelschuh, dem gemeinhin weibliche Attribute zugesprochen werden, scheinbar fernab jeglicher Militanz, und dem Befehl "Wegtreten". "Wegtreten" in Kombination mit "Strammstehen?" wird der Sphäre des Militärischen zugeordnet, die Nazis sollen wegtreten. Aber die kann man auch wegtreten, durchaus auch mit einem Stöckelschuh. Militanz wird in subtiler Form propagiert aber gleichzeitig wieder durchbrochen. Je nachdem, welchen Background die Leute mitbringen, wird das Plakat unterschiedlich interpretiert.

Daniela: Und obwohl ziemlich viel zusätzlicher Text drauf ist, stört der nicht besonders, weil er sich ganz gut

[4.1]

[4.2]

[5.1]

[5.2]

in den Hintergrund einpasst, so was klappt echt selten.

Daniela: Auch in Essen galt es am 6. Mai 2001 einen Aufmarsch zu verhindern. Auf dem Plakat zur antifaschistischen Mobilisierung [4.1] ist im Hintergrund eine Figur zu sehen, die als "klassischer Ruhrpottler" im Unterhemd inszeniert wird und eine Blume vom Balkon stupst. Dabei wird in ironischer Weise einerseits auf eine lokale Identifikationsfigur, andererseits auf Blumentopfschmeißen als eine Form weiblich konnotierter Militanz rekurriert.

Kurt: Die Darstellung einer solchen Aktionsform stellt sich dabei auch in eine gewisse Tradition. Nicht zuletzt in der berühmten Serie zum Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 1999 in Bremen oder für das Logo des Bündnisses "Köln stellt sich quer" fand der Blumentopf Verwendung.

Daniela: Was ja ein ganz charmantes Bild abgibt, die Nazis mit Blumentöpfen zu bewerfen anstatt mit Pflastersteinen. Das kommt zwar auf dasselbe raus, wird aber vom gesellschaftlichen Mainstream eher mit einem Schmunzeln oder Augenzwickern angenommen.

Kurt: ... hier verstärkt durch den Ausdruck "Ooops".

Daniela: Eines der seltenen Plakate, die mit Fotos arbeiten und trotzdem gut sind. Relativ simple, klare Gliederung. Umso bemerkenswerter, dass ein Jahr später zum 1. Mai dieses Oldschool-Plakat gemacht wurde [4.2]. Das Bild zeigt Godzilla, der Polizeiautos umwirft und Playmobilmännchen verspeist. Das Plakat war vollgestopft und unübersichtlich. Es beschränkte sich mit seiner "subkulturellen Ästhetik" stark auf die eigene Szene.

Daniela: Auf dem Plakat für das Antifa-Jugendcamp 2002 in Oberhausen [5.1] springt Spiderman durch's Papier und zerschlägt ein Hakenkreuz. Wie im Jahr zuvor, als mit Southpark-Figuren gearbeitet wurde, wird hier versucht, durch die Adaption einer populären Figur explizit jüngere Leute anzusprechen. Ist außerdem schwer aktuell, weil der Spiderman Film im selben Jahr rauskam.

Kurt: Dass das Layout etwas unübersichtlich ist, finde ich nicht schlimm, da für das Camp auch nur bestimmte Leute angesprochen werden sollen. Dieses Plakat wird nicht überall in der Stadt verklebt, sondern nur in Szeneläden.

Daniela: Ganz fantastisch ist der Hintergrund, der einen Ausschnitt eines alten Plakates aus Göttingen von der Sylvesterdemo '91/92 zeigt [5.2]. Damals gab es ja immer die klassischen "Helme, dicke Polster, Lederjacken und Seile-Demos". Dieser militant und martialisch auftretende schwarze Block wurde bei dem Plakat bunt eingefärbt. Dass zehn Jahre später ein selbstironisch gemachtes Plakat für ein Jugendcamp wieder aufgenommen wird, finde ich sehr charmant. Das ist ein Stück Antifa-Geschichte; Anfang der 90er, als fast überall Antifa als Bewegung aufgekommen ist...

Kurt: Spiderman springt sozusagen von den 90er hinein ins neue Jahrtausend und schafft so diesen Übergang. Die Darstellung Spidermans ist sehr dynamisch, sehr muskulös, aber nicht zu mackermäßig-militant.

Daniela: Doch, das finde ich schon! Es kann manchmal allerdings auch Sinn machen, mit so einem Mackerding zu posen, z.B. wenn es darum geht, den politischen Gegner einzuschüchtern. Das muss nicht immer ein Mann sein - eine maskierte Figur mit einer Sturmhaube ist ja nicht zwingend auf ihre Geschlechtlichkeit decodierbar. Trotzdem lässt sich konstatieren, dass die meisten Antifa-Plakate mit einer männlichen Identifikationsfigur arbeiten.

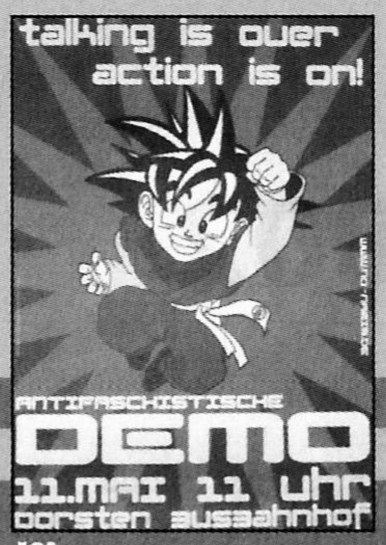
Kurt: Allerdings schafft eine Comicfigur eine gewisse Distanziertheit zu und eine Abstraktion des kämpfenden Subjekts. Spiderman spricht nicht nur Jungs an.

Daniela: Eine andere Comicfigur ist auf dem Plakat zu der antifaschistischen Demo nicht nur gegen Naziterror letztes Jahr in Dorsten zu sehen [6]. Hier haben wir ein ausnahmsweise freundliches Manga-Männchen, was ganz dynamisch aus dem Bild springt und grinst. Mangas waren ja eine Zeitlang in der Szene ganz fürchterlich beliebt, mir ist aber nie ganz klar geworden, warum das auf einmal so ein wahnsinniger Kult wurde.

Kurt: Es sind Figuren, die eine neue Bildsprache aufbringen. Klare Konturierung, jedoch keine zu starke Abstraktion wie den z.B. bei den so genannten Funnies.

Daniela: Ich glaube, das ist eher eine Stylefrage. Ende der 90er hat sich in der Antifa ja auf einmal wieder so ein komischer Markenfetischismus durchgesetzt, Coolness war plötzlich wieder schwer angesagt. Damit ging auch ein bestimmter Habitus einher, gerade bei Männern, und die Mangas haben einfach dieses toughe Schönheitsideal aufgegriffen.

Daniela: Das Plakat "Ich morde gern" zum Thema Bundeswehr(einsätze) aus dem Jahr 2002 [7] ist ein ganz nettes Beispiel für die Kategorie "Fake". Dadurch,



[6]

[7]

[8]

[9]

dass es olivgrün ist, unten der Bundeswehr-Schriftzug zusammen mit dem Eisernen Kreuz und im Mittelpunkt der Soldat zu sehen ist, könnte man es auf den ersten Blick für eine Bundeswehrwerbung halten. Das Plakat hat mehrere Ebenen: Der Soldat dient als Blickfang, dann wird das Ganze aber gebrochen durch die Textzeile "Ich morde gern". Das führt genau wie die Aussage "Gemeinsam Kriege führen" zu Irritation. Schließlich gibt es eine Erläuterung, ein Text von Einstein, mit dem er seine Verachtung des Militärs und der Armee zum Ausdruck bringt. Dann ist klar, das ist ein antimilitaristisches Plakat, das einen Denkanstoß geben soll.

Kurt: Ähnlich funktioniert das im Sommer 2002 hergestellte Plakat aus Köln, das gegen drei anstehende neonazistische Events mobilisiert [8]. Man bekommt den Eindruck, es handele sich um Werbung für ein Reisebüro: Palmen, Strand, blauer Himmel. Dann aber schon die erste Irritation, hervorgerufen durch die Umrisse eines Pärchens, welches ausgeschnitten wurde und eine Leerstelle hinterlässt. Zum anderen der Schriftzug "Nazis stoppen". Es geht also um etwas Politisches. Das korrespondiert nicht mit dem Bild und ruft eine weitere Irritation hervor. Der eigentliche Sinn dieses Plakates ist der Schriftzug, der sich auf das ausgeschnittene Pärchen bezieht, "Wir sind nicht da (also nicht am Strand), weil wir hier sind" sind und dieses "weil wir hier sind" verweist auf mehrere Naziaktivitäten, die es im Sommer 2002 in Köln gab und die es alle zu verhindern galt.

Daniela: Man kann es zwar als Werbeplakat lesen, aber dann diese beiden, die so ganz charmant mit der Luftmatratze in der Hand, freudestrahlend in die Kamera gucken und jetzt in Köln und überall Nazis stoppen... Das ist zwar nett und regt auch zum Schmunzeln an, wenn man sich die Zeit nimmt, um es anzugucken. Aber man kann es draußen schlecht kleben. Es ist unhandlich und passt auf keinen Stromkasten. Es ist viel zu voll und setzt sich nicht von anderen Werbeplakaten ab.

Kurt: Ein anderes Problem ist, dass nicht sofort klar ist, um was es geht. Und dann noch drei Events auf einem Plakat. Das macht es zu voll. Schon für das zweite Ereignis sind die Leute nicht mehr damit mobilisierbar, weil sie denken "Kenne ich doch schon".

Daniela: Ein weiteres Plakat wurde 2001 kurz nach der Erschießung von Carlo Giuliani in Genua geklebt: "Für die Macht der Reichen gehen sie über Leichen. Genua, die Revolte ist gerechtfertigt" [9]. Der Slogan ist eigentlich für'n Eimer, weil er kapitalistischer Verhältnisse personalisiert und sich auf Menschen bezieht, die reich sind. Als ob das das Grundproblem wäre.

Kurt: Entstand aber aus der Situation eines Schnellreagierenmüssens auf das, was in Genua passiert ist. Kurz danach gemacht und gleich geklebt. Ich finde die Reduktion von Komplexität in diesem Falle legitim, auch wenn dann eine verkürzte Kapitalismuskritik herausgekommen ist. Dieses Plakat gibt einen klaren Gut/Böse-Dualismus wider. Auf der einen Seite die roboterähnlichen Carabinieri, die Schusswaffen, Schutzschilder, Knüppel, Zeichen der Gewalt und des Repressionsapparates, auf der anderen Seite das Gute, was niedergemacht wurde. In der Situation sicherlich gerechtfertigt, weil es ja eine reale Gegebenheit zeigt. Für die Linke ist es dennoch generell wichtig von Vereindeutigungen Abstand zu nehmen

Daniela: Ein weiteres Problem was ich mit diesem Genuaplakat habe, ist die Heroisierung, die Verklärung von Giuliani zum Märtyrer. Natürlich ist es richtig, auf das, was da passiert ist, reagieren zu wollen. Sie haben einen aus unseren Reihen bei einem Protest erschossen. Das war ein Schock. Was mich aber genervt hat, war, dass das Bild dieser Leiche von Giuliani so wahnsinnig überstrapaziert worden ist. Durch die permanente Reproduktion dieses Fotos wird er zur Ikone und da habe ich das Gefühl, das wird Giuliani als Person auch gar nicht mehr gerecht. Der Mensch wird auf ein Zeichen reduziert.

Kurt: Aber gerade dadurch, dass wir ihn nicht kannten, empfände ich eine Art "persönliches Gedenken" auch als eine falsche Vereinnahmung.

Irgendwie ist das ein bisschen wie Fotoalbum gucken mit Oma... Auf jeden Fall hat's in den letzten Jahren ein paar ziemlich gute Plakate gegeben. Bloß schade, dass die von der Stadtreinigung immer so schnell abgeknibbelt werden. Aber vielleicht macht ja mal wieder jemand ein paar schicke Sprühschablonen - die gucken wir uns dann ndemnächst an...

Von Antifas aus Wuppertal

Repression in Wuppertal 2002

Eine Chronik und Bilanz

Der Wuppertaler Antifaschist T. wurde Anfang des Jahres unter anderem wegen der Blockade eines Abschiebebusses in Moers zu neun Monaten Haft verurteilt. Aufgrund vergleichbarer Vorwürfe gegen andere Angeklagte, die mit Geldstrafen endeten und der absurd konstruierten Vorwürfe war seitens der UnterstützerInnen kaum Öffentlichkeitsarbeit betrieben worden. Das eventuell abzuwendende Ergebnis zeigt noch einmal die Notwendigkeit eines politischen Umgangs. Im Juni und Juli dieses Jahres folgten weitere vier Anklagen, welche zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung gebündelt und mit Verfahren gegen andere Antifaschisten zusammen gelegt wurden. Im Sommer dieses Jahres mussten sich fünf Personen wegen insgesamt zwölf vorgeworfenen Straftaten vor dem Amtsgericht Wuppertal verantworten. T. wurde im bis dato größten Kriminalisierungsversuch gegen die Wuppertaler Antifa-Szene zum Rädelsführer aufgebaut (*zu den Prozessen vgl. LOTTA Nr. 8 und 9*). Die siegessichere Staatsanwaltschaft erreichte ihr Ziel nicht, was auf die entsprechende Mobilisierung, das hieraus folgende öffentliche Interesse, die Solidarität der Mitangeklagten und auf die politische Prozessführung zurückzuführen ist. Das Gericht blieb mit einer verhängten 10monatigen Haftstrafe, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung und 1.200 Euro Geldstrafe deutlich unter der Forderung der Staatsanwaltschaft, die T. "schädliche Neigungen" unterstellte und 19 Monate ohne Bewährung forderte. Auch bei den anderen Angeklagten fiel die Strafe eher gering aus. Im November 2002 folgte nun die entscheidende Berufungsverhandlung vor dem Landgericht in der Haftsache gegen T. von Februar 2002. Auch hierzu gab es entsprechende Aufrufe und eine Mobilisierung, an dem Prozess teilzunehmen. Das Landgericht, das neben den üblichen Sicherheitsmaßnahmen die Hälfte der Zuschauerplätze ausschließlich von Sicherheitskräften besetzen ließ, forderte den Angeklagten mehrfach vergeblich dazu auf, die Berufung zurückzuziehen, schliesslich sei er ja mit dem Urteil gut bedient. Letztendlich hob die Kammer das Urteil der ersten Instanz auf und wandelte die Haftstrafe in eine Bewährungsstrafe von 10 Monaten, diesmal auf 3 Jahre Bewährung und 200 Stunden gemeinnütziger Arbeit sowie 500 Euro Geldstrafe, zahlbar an den Bundesgrenzschutz, um. Eine Berufung oder Revision dieses Urteils ist nicht mehr möglich, da nach Jugendstrafrecht verhandelt und geurteilt wurde und dieses Recht keine weitere Instanz vorsieht. Alle Zeichen stehen somit auf Bewährung, denn das Landgericht hat die Haftstrafe in dem Wissen umgewandelt, Anfang 2003 auch über die Bewährungsstrafe vom Sommer dieses Jahres entscheiden zu müssen.
Es könnte noch von weiteren Verfahren berichtet werden, z.B. im Zusammenhang mit einem Wuppertaler Stadtrundgang und auch in Bezug auf die sich häufenden Anmeldungen von Neonazaufmärschen gab es die ersten Strafbefehle. Repression beginnt allerdings nicht erst mit der Anklageschrift und endet auch nicht mit dem Urteil vor einem bürgerlichen Gericht. So wurde T. kurz nach dem Urteil des Amtsgerichts Wuppertal vom Februar und unter Bedrohung durch eine neunmonatige Haftstrafe von Zivilpolizisten angesprochen und zu einem Gespräch über "Gewalt und Politik" eingeladen. Das Gespräch wurde entschieden abgelehnt. Nachdem eine weitere Verurteilung im Sommer gescheitert war und im November die Haftstrafe aufgehoben wurde, änderte sich die Strategie auch außerhalb des Gerichtssaals. In Form eines Schreibens von einem Privatdozenten der Universität Trier wurde T. zu einem Interview eingeladen. Ziel sei die "Rekonstruktion von Tathergängen" und die anschließende Auswertung. Das LKA habe die Daten von T. unter Beachtung des Datenschutzes an das "Forschungsprojekt" weitergeleitet. Recherchen ergaben, dass die Universität Trier eine rein polizeiliche Hochschule ist und besagter Privatdozent offen mit den Ermittlungsbehörden zusammenarbeitet. Vergessen sind auch nicht die gegen T. verhängten Ausreiseverbote nebst Passentzug. Und die Bewährungszeit, welche hoffentlich auch in der letzten Runde vor dem Landgericht im Frühjahr 2003 Bestand haben wird, ist letztendlich auch nur ein Mittel, gefügig zu machen.
Die Verfahren haben bisher ca. 10. 000 Euro für verschlungen und unter Einbeziehung noch ausstehender Kosten wird sich die Endsumme auf ca. 18.000 Euro belaufen. Um dieses bezahlen zu können, bitten Wuppertaler AntifaschistInnen um solidarische Spenden, damit auch weiterhin keine Ruhe im Bergischen Land einkehrt.

Wuppertaler Rechtshilfe
KtoNr.:93 93 48
Sparkasse Wuppertal (BLZ 330 500 00)
Kontakt über ea-wuppertal@freenet.de

Geldstrafe für

Mit einer Geldstrafe in Höhe von 50 Tagessätzen à 15 Euro endete am 12.12. vor dem Düsseldorfer Amtsgericht ein Strafverfahren gegen einen Bochumer Studenten. Diesem war Landfriedensbruch und Sachbeschädigung vorgeworfen worden, da er am Rande der neonazistischen Demo am 28.10.2000 in Düsseldorf den PKW eines anreisenden Neonazis mit einem Schirm demoliert haben soll. Nur ein Teil der anreisenden Neonazis hatte es damals geschafft, zur Reinuferpromenade vorzudringen, um dort für "Meinungsfreiheit auch für Nationalisten" zu demonstrieren. Einer derjenigen, die wohl Schwierigkeiten hatten, war der 28-jährige Industriemechaniker **Oliver Rademacher** aus Oelde (Kreis Warendorf). "Vermummte Gestalten" seien aufgetaucht

VVN-BdA bittet um Solidarität

Der Aachener Staatsanwaltschaft ist es zu verdanken, dass ein Student, Mitglied der VVN-BdA aus Düren, rund 800 Euro Gerichts- und Anwaltskosten zahlen muss. Im September 2000 hatten in Düren 150 Menschen gegen den "Tag der Heimat" des "Bundes der Vertriebenen" (BdV) und den Auftritt des langjährigen Mitglieds des neofaschistischen "Witikobundes" und ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten **Rüdiger Goldmann** als Festredner demonstriert. Obgleich die Demonstration störungsfrei verlief, leitete die Staatsanwaltschaft Aachen ein Verfahren ein. Entgegen der polizeilichen Auflage soll die Demonstration zeitweise auch die linke Straßenseite benutzt haben. Die örtlichen BdV-Funktionäre stellten zudem Anzeige wegen "Volksverhetzung". Die Revanchisten fühlten sich durch die Plakate, mit denen zur Demonstration mobilisiert wurde, als Nazis verunglimpft. Die Staatsanwaltschaft machte daraus eine Anklage wegen Beleidigung des BdV. Letztlich wurde der Betroffene in zweiter Instanz vor dem Landgericht Aachen vom Vorwurf der Beleidigung freigesprochen, für den angeblichen Verstoß gegen das Versammlungsrecht kassierte er eine Verwarnung. Die VVN-BdA Aachen ruft zur praktischen Solidarität mit dem Betroffenen auf. Spenden können unter dem Stichwort "Prozesskosten" auf das folgende Konto überwiesen werden:

VVN-BdA Aachen
KtoNr..: 1026900100; SEB Aachen (BLZ 390 101 11)

Eine Dokumentation über die Auseinandersetzungen mit dem BdV in Düren findet sich unter www.antifa-dueren.de

Anmerkung der LOTTA: *Der obige Text wurde sinngemäss aus einem Aufruf der VVN-BdA gekürzt.*

Antifaschisten

und hätten mit einem Regenschirm sein Fahrzeug bearbeitet, so Zeuge Rademacher. Letztendlich konnte er aber den Angeklagten ebensowenig wie die als Zeugen vernommenen Polizeibeamten als einen der Angreifer identifizieren. Die Richterin störte das überhaupt nicht. Die Angaben der Polizeibeamten, sie hätten damals den "richtigen", nämlich den schirmschlagenden Übeltäter festgenommen und demnach müsse der Angeklagte ja schliesslich der Täter sein, reichte ihr. Verschärfend käme für den Angeklagten hinzu, so die Richterin, dass er keinerlei Reue gezeigt und sich auch nicht für sein schändliches Tun entschuldigt hätte.

Von Pierre Briegert

Von Johannes Lohmann

Fear of a Kanak Planet

HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap

Gibt es neben den verschiedensten Spielarten rechts konnotierter Musik von Oi über DarkWave und HardCore bis hin zum Black Metal auch Nazi-Rap? Murat Güngör und Hannes Loh versuchen in ihrem Band "Fear Of A Kanak Planet. HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap" dieser Frage nachzugehen. Sie zeichnen die Entwicklung von den Ursprüngen des HipHops in Deutschland, über den Siegeszug der Neuen Deutschen Reimkultur mit der analog dazu verlaufenden Ausgrenzung des migrantischen Blicks nach, bis hin zur aktuellen Verfasstheit der Szene, in der selbst rassistische und nationalistische Metaphern möglich sind.

Die Autoren, die beide selbst aus der HipHop-Szene stammen, berichten von der anfänglichen kulturellen und sozialen Integrationskraft der Bewegung. Analog zu der Funktion in den USA als Sprachrohr der Marginalisierten, als "CNN der Schwarzen", bot HipHop mit seinen vielfältigen Ausdrucksformen auch in Deutschland für Migrant-Innen eine Möglichkeit, sich gegenüber dem Rassismus der Mehrheitsgesellschaft ein Stück weit Selbstfindung und Selbstbehauptung zu verschaffen. HipHop habe nicht nur Präsenz und Sichtbarkeit migrantischer Geschichte in der Öffentlichkeit zurückerobert, sondern sei auch Familienersatz gewesen, so Güngör und Loh. Die "Kinder der Gastarbeiter" hätten eine Szene aufgebaut, in der Nationalität, Herkunft und Hautfarbe noch keine Rolle gespielt hätten.

Doch die sogenannte Wiedervereinigung, und die damit einsetzende Deutschtümelei auf allen gesellschaftlichen Ebenen bedeutete auch für die Szene einen großen Einschnitt. HipHop war zwar als Ausstellungsstück im "Multikulti-Zoo, wo das Kebab-Gehege neben den Anden-Musik-Pavillon platziert wird" gefragt, jedoch spätestens mit den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock war der multikulturelle Traum ausgeträumt. Rap-Gruppen wie "Advanced Chemistry", die mit Songs wie dem 1992 veröffentlichten "Fremd im eigenen Land" den Rassismus thematisierten, fanden da nur bedingt Beachtung. Hatte man da doch bereits das Erfolgsmodell "Deutsch-Rap" als genuin deutsches Gegenstück zur US-amerikanischen Musik entdeckt. Ausdruck davon waren Tonträger wie der in Schwarz-Rot-Gold gehaltene Sampler "Krauts With Attitude", vor allem aber der Erfolg der "Fantastischen Vier". Die "Fantas" wurden als erste konsequent-deutschsprachige und damit auch explizit deutsche Rap-Gruppe verkauft und setzten damit eine Differenzmaschine in Gang, die fortan eine Trennung in "Deutschrap" und "Oriental Hip-Hop", als die von Migranten produzierte Musik, vor-

nimmt. Solche unsinnigen, jedoch deswegen nicht weniger erfolgreichen Definitionen wurden plötzlich wichtig in einem Klima, in dem die Sehnsucht nach einer "nationalen Identität", einer "Neuen Deutschen Literatur", einem "Neuen Deutschen Film" und einer Popmusik, die von allen fremdartigen Bildern gereinigt ist, hervorbrachte und den Popstandort Deutschland stärken sollte.

Die "Neue Deutsche Reimkultur" geriert sich als witzige, spaßige und vor allem unpolitische "ringel, reihe, rosen, schöne aprikosen"-Gute Laune-Musik. Der Erfolg der "Fantastischen Vier" und anderer Deutschrapper basiert auch auf einer Verknüpfung von ethnischer Zuordnung und sozialer Lebenssituation. Sie werden wahrgenommen als Bands, die vornehmlich die Bedürfnisse der deutschen Mittelstandskids widerspiegeln. MigrantInnen fühlen ihr Lebensgefühl nicht repräsentiert. Die Autoren vergessen bei der durchaus richtigen Analyse dieses Prozesses nicht, die Ambivalenzen darin wahrzunehmen. Die "Fantastischen Vier" seien eben nicht nur als Verräter zu bezeichnen, sondern hätten auch die Tür geöffnet für deutschsprachigen Rap, der von HipHoppern mit Migrationshintergrund gemacht wird.

Der Diskurs über deutsche Normalisierung und Renationalisierung hat Auswirkungen auf die Entwicklung einer HipHop-Szene, in der inzwischen eine gewisse Beliebigkeit und damit auch die Akzeptanz rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Statements zu konstatieren sind. Wenn die "MC Denana" meint, "Zu viele Bitches scheffeln Geld und Fame mit Niggerbonus", Ronald McDonald von "M.O.R." den Rapper Afrob als einen aus dem Zoo fliehenden Affen bezeichnet und fordert, "Kinder ins KZ" zu jagen, wenn andere reimen: "Skillz en Masse, ab ins Gas", so ist das eben nicht nur provokativ oder eine möglichst krasse Form des Dissens beim Battle-Rap, sondern auch Ausdruck einer politischen Meinung. Zu recht weisen die Autoren darauf hin, dass es sich hierbei nicht um Nazi-Rap handele, sondern um Gruppen, die ein Klima schaffen, in dem Nazi-Rap möglich wird. So ist inzwischen auch die extreme Rechte auf HipHop aufmerksam geworden, wie ein Artikel in der Nazi-Postille "Rock Nord" unter dem Titel "HipHop wird schneller weiß als man denkt" zeigt. Trotz der Diskussionen innerhalb der Nazi-Szene, ob HipHop als Instrument zur Verbreitung rechter Ideologie dienen könne, tauche dort HipHop auf offizieller Ebene noch nicht auf, so der Jugendforscher Christian Dornbusch in einem Interview mit Hannes Loh. Das sei jedoch dann möglich, wenn die Musik sich von ihren Wurzeln löse.

Auf diese Gefahr aufmerksam zu machen, gegen sie zu sensibilisieren und eine Diskussion darüber anzustoßen ist auf jeden Fall der Verdienst der Autoren. Auch für Nichtkenner bietet die äußerst informative kenntnisreiche Darstellung einen guten Einblick. Mitunter scheinen Güngör und Loh jedoch etwas zu sehr der Verklärung der guten alten oldschool Tage zu verfallen. Und so interessant die Erzählform, bestehend aus zahlreichen Szene-Berichten, Interviews und Darstellungen, die ohne in einen akademischen Duktus zu verfallen, wissenschaftlichen Anspruch bewahren, auch sein mag, so ärgerlich ist gleichzeitig, dass die Autoren des öfteren den roten Faden verlieren und sich etliche, zum Teil zeilenlange wörtliche Wiederholungen finden. Nichtsdestotrotz ist "Fear Of A Kanak Planet" ein auch für Antifas lesenswerten Stück "Poplitteratur" in bestem Sinne.

Hannes Loh / Murat Güngör:
Fear Of A Kanak Planet.
HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap
336 S., erschienen bei Hannibal, 2002
ISBN: 3-85445-210-1, 19,90 Euro

Von Rainer Brahms

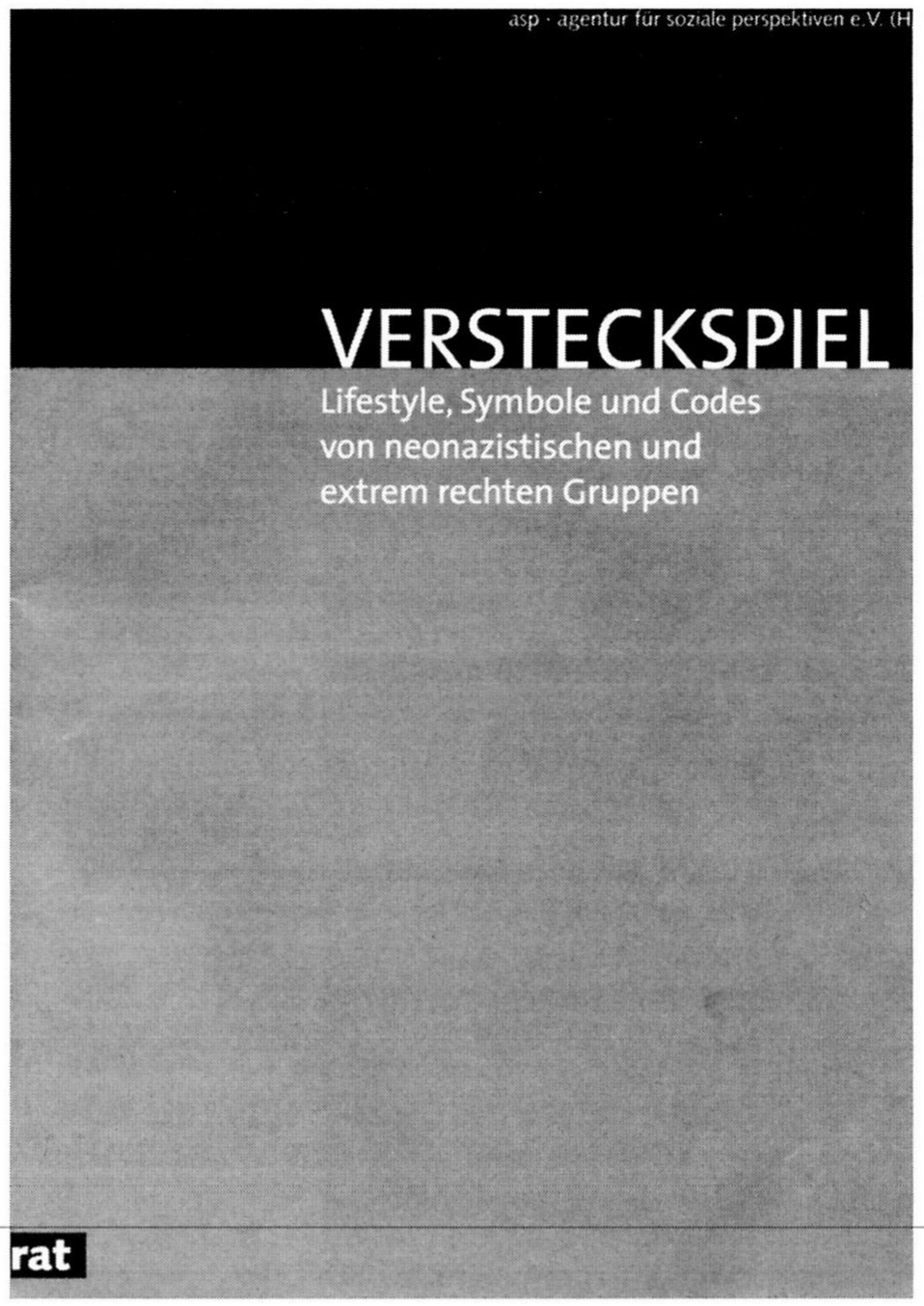
RechtsSprecher

Als der Richter Ronald Barnabas Schill bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 2001 mit seiner "Partei Rechtstaatlicher Offensive" aus dem Stand 19,4 % der Stimmen holte, wurde er zu einem bundesweit beachteten Phänomen in der Parteienlandschaft. Seinen Erfolg hatte er seinen populistischen Law-and-order-Konzepten und rassistischen Parolen zu verdanken, das Konzept, Stimmen am rechten Rand zu sammeln, war aufgegangen. Nicht nur durch seine repressive Politik als Hamburger Innensenator, sondern auch durch die Aktivitäten einiger Rechtsaußen in den Strukturen seiner Partei kam Schill zuletzt ins Gerede. So in Nordrhein-Westfalen, wo bekannt wurde, dass ein Ortsverband von einem langjährigen Neonazi-Aktivisten geleitet wird.

Wer ist Ronald Schill, wie ist die Entwicklung und der Erfolg der "Schill-Partei" einzuschätzen? Erstmals liegt nun ein Buch vor, dass die Entwicklung von Schills Erfolg analysiert. Marco Carini und Andreas Speit portraitieren in "Der Rechtssprecher Ronald Schill" die Person Schill und seine Partei, sie untersuchen Zielsetzung und Parteiprogramm ebenso wie die praktische Politik des amtierenden Innensenators und ehemaligen Richters. Sie legen dar, was die Partei von anderen rechten Organisationen und Parteien unterscheidet und wo Verbindungspunkte liegen. Zudem wagen die Autoren eine Diskussion über die Perspektiven der Schill-Partei, versuchen eine Antwort zu finden auf die Frage, ob und wenn ja unter welchen Bedingungen es der "Schill-Partei" gelingen könnte, eine neue Kraft rechts der Union zu werden. Ein sehr gelungenes Werk.

Marco Carini, Andreas Speit
"Der Rechtssprecher Ronald Schill"
205 S., Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2002
ISBN 3-89458-214-6, 15 Euro

— LOTTA empfiehlt —



Agentur für soziale Perspektiven - ASP e.V.
Versteckspiel
Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

Für 3 Euro(+1 Euro Versand) pro Exemplar zu Beziehen unter:
rat - reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Impressum

V.i.S.d.P.: R. Hillbert, c/o LOTTA

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begündung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

LOTTA abonnieren!

Pro Jahr erscheinen vier LOTTA-Ausgaben. Der Stückpreis beträgt 2 Euro plus Porto, für WiederverkäuferInnen (ab 5 Stück) 1,50 Euro plus Porto.

Unsere Kontoverbindung lautet:

Geschichtswerkstatt Dortmund e.V.
Konto-Nr.: 021023493
BLZ: 44050199
Stadtsparkasse Dortmund
Stichwort: LOTTA

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/ Person und die Nummer der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

Alle Preise inkl. Porto

O Jahresabo	11 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Ente"	16 Euro
O Jahresabo, Förderabo Mittelklasse	21 Euro
O Jahresabo, Förderabo S-Klasse	..... Euro

Ich überweise den Jahresbeitrag von ..... umgehend auf Euer Konto.

Ich habe den Jahresbetrag von ..... in bar beigelegt.

Archiv-Pack
(bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgaben Nr. 5-10 (inkl. Porto)	8 Euro

Jahresmehrfachabo für WeiterverkäuferInnen (ab 5 Exemplare)

O Jahresabo 5 Exemplare	30 Euro + Porto
O Jahresabo 10 Exemplare	60 Euro + Porto
O Jahresabo 20 Exemplare	120 Euro + Porto
O Jahresabo 30 Exemplare	180 Euro + Porto

Wir / Ich überweise/n Euch jeweils ¼ des Jahresbeitrages nach Erhalt einer jeden Ausgabe auf Euer Konto (nur für Weiterverkäufer/innen).

An die

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Bestellungen können auch an lotta@koma.free.de gemailt werden

.....
Vorname, Name, Gruppe

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail und/oder Telefonnummer

....
Ort, Datum Unterschrift

we will rock you

tour 2003

kein raum der nazi-musik!

Aktiv werden gegen Nazi-Konzerte und Rechtsrock-Strukturen!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

kampagne gegen rechtsrock & nazi-konzerte. mehr infos unter www.antifa-nrw.de